

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis vierteljährlich 1,10 Mk., monatlich 30 Pf., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Malteser Sonntagsschokolade „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement 1,10 Mk. pro Monat eingetragene in die Post-Vertragsbuchung.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Pf. für das übrige Ausland 3 Pf. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne, je nach dem Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereine und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das selbstdruckte Wort 20 Pf. (zulässig 2 selbstdruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenbewerbungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983. Dienstag, den 5. September 1911. Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die große Friedenskundgebung.

Die Riesendemonstration der Berliner Arbeiterschaft ist den Kriegsschreibern arg auf die Nerven gefallen. Sie, die fortwährend davon faselten, daß das Volk unter den Mannesmannern und ihren politischen und journalistischen Handlangern stehe, sind natürlich ergrimmt, daß das Berliner Volk ihnen in Treptow eine so klaffende Ohrfeige versetzt hat. Und diese Brut suchen sie nun hinter den lächerlichsten Grimassen zu verbergen. Die „Deutsche Tageszeitung“ leistet sich den Witz, von 20000 Demonstrationsteilnehmern zu sprechen. Nicht der Robold im Septasten hat diesen Witz gemacht, indem er etwa eine Null verjagt haben lieg, sondern die Redaktion, die in Buchstaben von zwanzigtausend Personen sprach. Und die „Tägliche Rundschau“ findet diesen kindlichen Scherz so geistreich, daß sie ihn sich zu eigen macht und meint, mit 20000 sei die Zahl der Demonstranten reichlich hoch gegriffen, und davon gingen noch 25 Proz. Nichtsozialdemokraten ab. Die Demonstration, so verkündet der publizistische Zummelplag für alldeutsche Tollhänsterei in föstlicher Uebereinstimmung mit dem Organ Stuten-Dertels, sei also ein „erheblicher Mißerfolg der Sozialdemokratie“ gewesen.

Aber wenn die „Tägliche Rundschau“ etliche hunderttausende Anwesende nicht sah, so macht sie das auf der anderen Seite wieder dadurch wett, daß sie mehr sah, als Menschen mit normalen Sinnen. Sie hat nämlich wahrgenommen, daß diesmal nur das „Mittelalter“ vertreten war: „Rob und Janhagel“ fehlten, das sei zur Ehre der Partei gesagt, gänzlich, aber beinahe ebenso fehlt in ganz auffallender Weise die Jugend, die mit heißen Gesichtern und leuchtenden Augen damals auswendig die ins Blut gehenden aufreizenden genossenschaftlichen Truggefänge mitfang. Hier ist nichts zu singen und nichts zu trugen. Was soll man sich da mopfen und den freien Sonntag veralbern? Für den ewigen Frieden? Quatsch. Mayes Lebenselixier ist der ewige Krieg. Du liebe Güte, man hat ja so viel überschüssige Kraft und möchte viel lieber mit, wenn es losginge. Nicht aus Vaterlandsgelübt, aus blohem Kraftgefühl. Man ist ja so gern dabei, wo es was zu attackieren gibt. Ob's nun ein Blauer ist oder ein Franzos, das ist schließlich unter Kameraden ganz egal.“

Man merkt es dem alldeutschen Schmoß an, daß er für das Blatt schreibt, das sich das Organ der „Gebildeten“ zu nennen beliebt. Seine Studien über Psychologie der Jugend hat er offenbar bei der gebildeten alldeutschen Jugend gemacht, bei unseren Kauf- und Kaufstudenten und künftigen Ordnungshütern ähnlichen Kalibers. Und diese strebsamen und liebenswürdigen Jünglinge verandelt er durch ein bißchen Berlinern flugs in die proletarische Jugend. Der Irrtum ist ja verzeihlich, denn woher sollte so ein alldeutscher Mägenmacher einen Hauch von dem wirklichen Wesen unserer Arbeiterjugend verspüren. Aber freilich, der Irrtum könnte leicht verhängnisvoll werden, wenn man in maßgebenden Kreisen diese schnurrigen Ansichten teilte und daraufhin faktisch einmal ein politisches Bon-banane-Spiel riskieren sollte. Doch das sind Sorgen, die uns nicht zu kümmern brauchen.

Welch starken Eindruck die Kundgebung auf alle diejenigen gemacht hat, denen die chauvinistische Verblendung nicht aufs Gehirn geschlagen, beweisen Schilderungen und Schätzungen der übrigen Presse. Das Scherblatt muß wenigstens 100 000 Teilnehmer zugeben, die „Boskische Ztg.“ spricht von weit über 100 000 Demonstranten, die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ gibt deren Zahl auf 200 000 an, das „Berliner Tageblatt“ schreibt von einer Viertelmillion, und ein Berliner Blatt schließlich schätzt die auf dem Plage und in seiner Umgebung zusammengedrängte Masse gar auf eine halbe Million, eine Annahme, die der Wahrheit immerhin näher kommt, als die läppischen Angaben unserer „nationalen“ Hanswürfte. Und nicht minder müssen diese Blätter den würdigen Verlauf der Demonstration und die imponierende Haltung der ungeheuren Menschenmasse vor und nach der Kundgebung anerkennen.

Wir glauben denn auch, daß der Aufmarsch der proletarischen Friedensarmee auch an der Stelle, auf die es ankommt, seinen Eindruck nicht verfehlt haben wird. Hat doch die Arbeiterklasse der Reichshauptstadt wieder einmal bewiesen, wie einmütig das Klassenbewußte Proletariat die wahnsinnige Politik weltpolitischer Abenteuerlusts und frivoler Kriegsspielerlei verurteilt. In der Ablehnung der händelsüchtigen Weltpolitik und des Marokkorummels gibt es innerlich der sozialistischen Arbeiterschaft keine Richtungen. Hier steht die proletarische Masse geschlossen zusammen. Insbesondere sind hier Partei und Gewerkschaften eine unlösliche Einheit. Es war deshalb auch ganz selbstverständlich, daß sich unter den Rednern auch mehrere Gewerkschaftsführer befanden, insbesondere die Mitglieder der Generalkommission, die Genossen Bauer und Silberstein. Ihr Protest gegen die kapitalistische Weltpolitik, gegen die dem heißhungrigen Profitinteresse der Kriegslieferungspekulanten entprungene Marokkobegehung und nicht um eine Nuance milder, als der aller übrigen Redner.

Alle Welt weiß nun, selbst wenn sie es bisher noch nicht gemerkt hätte, daß das deutsche Volk so wenig hinter den Kriegsschreibern steht, wie das französische und englische Volk hinter den Chauvinisten Englands oder Frankreichs. Ueberall wollen die Massen den Frieden, die ruhige Entfaltung der Kultur, den Ausbau der Demokratie. Und das Volk ist

überall bereit, für die Aufrechterhaltung des Friedens alle Kraft einzusetzen! Mögen sich diejenigen die von der „überschüssigen Kraft“ des Proletariats sprechen, hüten, diesem Kraftgefühl Ursache zur Entladung zu geben!

Uns geht folgende Nichtigstellung zu: Jrgend ein Schmierfink hat über die Demonstration am Sonntag in Berliner Zeitungen folgende Notiz verbreiten lassen, die er — wahrscheinlich aus Wichtigtuererei — als „polizeioffiziös“ bezeichnete:

Die uns von gutunterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist von seiten der Oberleitung des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Groß-Berlins in mehreren Punkten wider die Abrede verstoßen und damit eine Situation geschaffen worden, die für etwa in Zukunft zu beantragende Kundgebungen unter freiem Himmel und für ähnliche Veranstaltungen nicht ohne Folgen bleiben dürfte. So sind entgegen der ausdrücklichen Abmachung mit der Polizei die Wagen, welche als Tribünen verwendet wurden, ausgerechnet zur Kirchzeit und entgegen der ausdrücklichen Abrede mit rotem Tuch beschlagen zum Versammlungsort gefahren worden. Auch sind die Bezirke wider die Verabredung unter ausdrücklicher Kennzeichnung im Trupp zum Versammlungsort geführt worden, wodurch Verkehrsstörungen fühlbarster Art hervorgerufen wurden. Auch der Aufmarsch hat verabschiedungswidrig im Trupp bezirksweise stattgefunden und sich bis in die Stadt hinein erstreckt. Damit sind die in einer besonderen Konferenz des Ministers des Inneren mit Bürgermeister Schablow-Treptow und dem Polizeipräsidenten festgelegten Voraussetzungen für die Genehmigung nicht innegehalten worden, zu deren Beobachtung sich die Einkerkerer strikte verpflichtet hatten. Trotz der bekannten Vorschrift wurde es notwendig, auf dem Versammlungsorte eine rote Fahne zu konfiszieren, mit der der Beginn der Versammlung angezeigt wurde, obwohl zugesagt war, daß dies nur durch Trompetensignal geschehen werde. Der Träger dieser Fahne wurde polizeilich festgenommen.

Die Berliner Polizei kann nicht der Urheber obiger Notiz sein, da deren Behauptungen von Anfang bis zu Ende unwahr sind. Die Absicht ist allerdings sehr durchsichtig.

Der Einkerkerer der Versammlungen:
 Eugen Ernst,
 Vorsitzender des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine.

Die Marokkoaffäre.

Die Verhandlungen zwischen dem Staatssekretär Herrn von Riberlen-Waechter und dem französischen Votschafter Herrn Cambon über Marokko sind Montag vormittag wieder aufgenommen worden. Herr v. Riberlen-Waechter hat die Mitteilung der Beschlüsse des französischen Ministerrats, welche die Grundlage der weiteren Verhandlungen zu bilden bestimmt sind, entgegengenommen. Die deutsche Antwort dürfte in sehr kurzer Frist erfolgen. Das ist aber auch alles, was die Regierung dem deutschen Volke mitzuteilen geruht und so dauert die qualende Ungewißheit fort.

Inzwischen scheinen die Spanier eingesehen zu haben, daß sie sich etwas mehr Mühe aufbringen müssen. Noch am Sonnabend wurde in Madrid offiziös erklärt, daß sie demnächst die Befehle von Jni im Süden von Agadir durchzuführen werden, ohne sich um die Zustimmung des Sultans zu kümmern. Dem wurde aber von Paris aus scharf entgegengetreten. Es wurde mit der Kündigung des spanisch-französischen Marokkovertrages von 1904 gedroht und der „Temp“ schrieb:

„Diese in ihrer Form unkorrekte Befehle eines Punktes, der von den Spaniern selbst als wertlos angesehen wurde, läßt sich nur dadurch erklären, daß die Spanier von eifersüchtiger Feindseligkeit gegen Frankreich erfüllt sind und in den Besitz eines Pfandes gelangen wollen. Man wird bald sehen, ob Spanien gut daran getan hat, ein solches Spiel zu spielen.“

Montag fand dann in Paris eine Unterredung des französischen Ministers des Aeußeren mit dem spanischen Votschafter statt, als deren Resultat die Madrider Meldung zu betrachten ist, daß die Befehle von Jni verschoben ist und erst im Oktober erfolgen solle. Damit darf man diesen Zwischenfall wohl zunächst als erledigt ansehen.

Schließlich werden noch von offiziöser belgischer Seite alle Redungen über Mobilisierung dementiert; es handle sich bloß um Festungsmanöver.

Maßlose Kriegshetze.

Die Presse unserer deutschen Kriegshetzer entrüstet sich heuchlerisch über Karretieren französischer Chauvinisten. So schaltet sie eine solchen erscheinene Broschüre aus, die unter dem Titel „Rüffen wir uns vor Deutschland fürchten“ behauptet, daß Deutschland ein ächterer Kolos sei, und daß es, wenn es einen Krieg führe, unrettbar verloren wäre.

Diese Broschüre ist lächerlich und frivoll, weil sie die Skrupellosigkeit der französischen Chauvinisten zu steigern vermag. Aber — gibt es denn in Deutschland nicht genau dieselbe Sorte frivoler Kriegshetzer? Haben wir nicht erst vor einigen Tagen einen Artikel des offiziösen Scherblattes niedriger hängen müssen, der ganz genau dieselbe Meinung über Englands Kriegstärkte verbreitet?

Ja, mehr noch, unsere deutschen Kriegsschreier sind noch frivoler und skrupelloser als ihre französischen Konkurrenten. Denn das, was in der neuesten Nummer des „Deutschen Armees-Blattes“ an unflätiger Herabsetzung, Beschimpfung und Aufreizung Englands und Frankreichs geleistet

wird, steht in der ausländischen Chauvinistenpresse unerreicht da!

Das „Deutsche Armees-Blatt“ ist das Mitteilungsblatt des „Bereins inaktiver Offiziere der deutschen Armees und Marine“. Diesem Verein gehören die Gruppen Berlin, München, Breslau, Darmstadt, Poppo, Posen, der Landesverband Königreich Sachsen und zahlreiche Einzelmitglieder an. Das Blatt ist also das Organ zahlreicher ehemaliger Offiziere. Und dies Blatt schreibt in seiner Nummer vom 3. September:

„Das führt uns zu der Erwörterung, ob der gegenwärtige Zeitpunkt wohl für Deutschland für einen Krieg gegen das vereinigte Frankreich und England günstig wäre? Diese Frage ist unseres Erachtens unbedingt zu bejahen. Was zunächst die Popularität eines solchen Waffenganges betrifft, so haben die „Königliche Zeitung“ und die „Nationalistische Korrespondenz“ — beide durchaus maßvolle Presorgane — unlängst in ausgezeichnete Weise dargelegt, daß die Drohungen leitender englischer Minister und die anmaßende und propagandierende Sprache offiziöser französischer Zeitungen die Stimmung in allen national empfindenden Kreisen des deutschen Volkes auf das Äußerste erregt haben. Das genügt. Im Marokkos willen möchte der Kaiser vielleicht nicht das Schwert ziehen. Im weitergehende englische und französische Frechheiten zu züchtigen, tut er es unbedingt, und er weiß, daß er dann das ganze deutsche Volk hinter sich hat. Wie stehen sonst die Kriegschancen? England stellt sich entschlossen auf Frankreichs Seite. Das hat es mehrfach großspurig verkündet. Soll uns sehr lieb sein! Dann können wir gleichzeitig mit ihm und Frankreich gründlich abrechnen. In einem vor einigen Jahren geschriebenen Artikel „Die Englandsfurcht“ haben wir dargelegt, daß England ein ächterer Kolos ist, der nur von vergangenem Ruhme zehrt. Seit Trafalgar (1805) hat es sich mit keiner europäischen Seemacht gemessen, und eine Bevölkerung, die derzeit sich verkaufsmännlich, kann nicht in einer einzelnen militärischen Branche — zur See — spartanisch bleiben. Die Anzahl der Schiffe macht es wahrlich nicht. Größere Flotten sind schon oft von kleineren kriegstüchtigen geschlagen worden. Wir haben nach dieser Richtung auf unsere Marine das größte Vertrauen, und wir wissen, daß sie danach leicht, sich auf den Kolos zu stützen. Ueber die englische Landmacht wollen wir nicht weiter reden. England wäre des Keinen Vurenvolkes nie Herr geworden, wenn dieses selbst etwas mehr innere Kriegsdisziplin gezeigt hätte. Unser Generalfstab ist natürlich auf den Krieg gegen das vereinigte England und Frankreich vorbereitet. Die Pläne des Generalstabes kennen wir nicht, möchten aber daran erinnern, daß Bonaparte bereits 1805 eine Landung in England plante und sie sicher ausgeführt hätte, wenn er nicht durch seine Pläne nach anderen Kriegsschauplätzen abgelenkt worden wäre. Und im Uebergang nach Älien hat Preußen ja im kleinen gezeigt, daß es solche Taten nicht scheut. Gelingt es, von den etwa 50 Armeekorps, a 40 000 Mann, die Deutschland im Mobilisierungszustand sofort aufzustellen, 1 nach England hinüberzuwerfen, so ist dies fertig. In zweiter Linie träten dann seine wunden Stellen: Indien und Ägypten, in die Erscheinung, aus denen sich ganz nette Brandherde errichten ließen, so daß Eduard VII. vielleicht dereinst in der Geschichte als Englands Totengräber figurieren könnte. Ueber Frankreich läßt sich kaum etwas sagen. Die Leute dort haben seit 1870 nichts gelernt, obwohl sie damals das brillante Chassepot und wir das sehr mächtige Hindenadelgewehr hatten. Jetzt sind sie wieder „erzberzert“. Mögen sie ihren Schaden bescheiden. Für die inneren deutschen Verhältnisse wäre ein großzügiger Waffengang auch recht gut, wenn er auch den einzelnen Familien Tränen und Schmerzen bringt. Wir fangen an zu verwecheln. Ein Krieg löst alle großen, guten und edlen Eigenschaften in einem Volke. Das könnte uns gut tun. In die Sozialdemokratie würde das durch ihr entfachte patriotische Empfinden tiefe und breite Furchen reißen. Die paar elenden Schädler, die sich bei der Mobilisierung durch ihre Verführer zu Widerpassigkeiten verleben ließen, würden binnen drei Tagen kriegsrechtlich die Kugel empfangen, und dann heißt es: Deutschland, Deutschland, über alles, über alles in der Welt. Dieser Artikel ist nicht offiziös; aber maßgebende Leute teilen seine Anschauung. Vielleicht haben gleichfalls maßgebende Leute in Frankreich und England die Güte, ihn sich hinter die Ohren zu schreiben.“

Hier paßt in der Tat die Bemerkung, daß jede Kritik die bodenlose Frechheit solcher Völkerverhöhnung und Volkverhöhnung nur abschrecken könnte!

Immerhin: das Volk, das durch solche Elemente auf die Schlachtbank geschickt werden soll, sieht nun, wie es in gewissen Kreisen aussieht. Aber ist es nicht geradezu Hoch- und Landesverrat, wenn übergeschnappte Krakeeler die Politik großer Kulturenationen durch solch aberwitzige Verhöhnung zu bergewaltigen wagen?!

Und wenn die „Nordd. Allgem. Ztg.“, die an erstaunlicher Hartnäckigkeit leiden muß, noch in ihrer letzten Nummer behauptet, es gäbe in Deutschland gar keine Kriegshetze — magt sie diese Behauptung auch gegenüber diesem Erguß des Offiziersblattes noch aufrecht zu erhalten?

Nur die härteste Verurteilung solch töfsüchtiger Gehe kann die Regierung von der Mitschuld befreien!

Unsere Protestbewegung.

Gegen Kriegshetze und Polizeivergewaltigung.

Die für den 3. September auf dem ausgedehnten Amalienpflage in Braunschweig unter freiem Himmel geplante Demonstration wurde von der Polizei, wie bereits gemeldet, wegen angeblicher Gefahr für die öffentliche Sicherheit in geschwinder Weise verboten. Die Polizei verbot die Versammlung offenbar nur deshalb,

weil sie die Kundgebung als „sozialdemokratisch“ bezeichnete. Die Polizei hat sich also nicht für die Kundgebung interessiert, sondern nur für die Besetzung der Amalienpflage. Die Kundgebung wurde von der Polizei, wie bereits gemeldet, wegen angeblicher Gefahr für die öffentliche Sicherheit in geschwinder Weise verboten. Die Polizei verbot die Versammlung offenbar nur deshalb, weil sie die Kundgebung als „sozialdemokratisch“ bezeichnete. Die Polizei hat sich also nicht für die Kundgebung interessiert, sondern nur für die Besetzung der Amalienpflage.

welt auf dem Markt vor dem altertümlichen, illuminierten, gotischen Rathaus am Abend des 2. September eine Sedanfeier stattfand, die durch die sozialdemokratische Versammlung unter freiem Himmel arg in den Schatten gestellt worden wäre.

Statt des Profestes unter freiem Himmel fanden daher am Abend des 2. September neun sozialdemokratische Versammlungen in Sälen statt. Es waren über zehntausend Personen erschienen, die aber zum Teil in den Sälen keinen Platz fanden. Die Stimmung in den Versammlungen war begeistert. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt:

Nicht Krieg oder die gar zu leicht in ihm ausmündende Kolonial- und kapitalistische Weltpolitik, nicht neue Kolonien und neue Lasten für Meer und Marine, sondern neue Rechte und die sichere Gewähr für den friedlichen Wettbewerb auf dem Ehrenfeld der Arbeit fordert die Arbeiterklasse.

In Verbindung hiermit fordern sie die sofortige Einberufung des Reichstages.

Zugleich protestieren die Versammelten auf das schärfste gegen die widerrechtliche Versagung der Genehmigung der Versammlung unter freiem Himmel am Sonntag, den 3. September, auf dem Amalienplatz; sie weisen insbesondere entschieden zurück, verantwortlich gemacht zu werden für die Exzesse, die nach Schluss von früher stattgefundenen Versammlungen auf den Straßen erfolgt sein sollen.

Die völlig immobilen und tappische Abperrungsmannschaft der hiesigen Polizei und insbesondere das dreifache, mitunter geradezu provokatorische, rüchsiges Eingreifen einiger Polizisten und Nachtwächter haben wesentlich dazu beigetragen, die Verkehrsfreiheit auf den Straßen und die öffentliche Ordnung zu stören.

Die Versammlungsteilnehmer zerstreuten sich ruhig trotz der Abperrung, mit der auch dieses Mal wieder die Polizei die Hauptverkehrsadern der Stadt bedacht hatte. Alle Schutzleute waren mobil gemacht und in starken Posten an allen Hauptstraßen aufgestellt.

Weitere Friedenskundgebungen.

Zu einem impotanten Protest gegen die Kriegsbegeisterung gestalteten sich zwei Versammlungen, die die Parteileitung in Stettin zu Sonntag nachmittag einberufen hatte. Mehr als 5000 Arbeiter und Arbeiterinnen waren erschienen, um für den Völkfrieden und gegen den Krieg zu demonstrieren. Im Lokal von Haack referierte Genosse Medaieur G. Schumann vor etwa 300 Personen. Schon lange vor der festgesetzten Zeit war der geräumige Saal dicht besetzt. Um aber auch den Hunderten, die erschienen waren und keinen Platz mehr bekamen, Unterkunft zu verschaffen, mußte die Versammlung nach dem Garten verlegt werden. Hier standen Kopf an Kopf die Protestanten, unter ihnen sehr viele Frauen, und lauschten mit gespanntester Aufmerksamkeit den Ausführungen des Redners. Lebhafteste Zustimmungsrufe erschollten, wenn der Referent das Treiben der bürgerlichen Presse und ihrer Hinterwälder gebührend geißelte.

Bei Grammatke, wo Genosse Arbeitersekretär A. Decker sprach, mußte die Versammlung ebenfalls im Garten abgehalten werden. Über 200 Personen aus dem Stadtteil Grabow hatten dem Rufe der Parteileitung Folge geleistet. Die Versammelten gaben auch hier durch ihren Beifall, den sie den Worten des Redners zollten, zu erkennen, daß sie nicht gewillt sind, sich wegen Marokko in einen Krieg mit Frankreich gehen zu lassen.

In beiden Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, in der sich die Arbeiter mit großer Entrüstung gegen die kapitalistischen Kreise wenden, die aus Eigennutz und um ihre Verbrennen in der inneren Politik zu verschleiern, das Volk ins Verderben treiben wollen. Alle verbrecherischen Versuche, die darauf hinaus laufen, Krieg, Blutvergießen und Vernichtung des Nationalwohlstandes über die Nation zu bringen, wird die Stettiner Arbeiterklasse mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln abzuwenden versuchen.

In Arnstadt in Thüringen fand am Sonntag eine Protestkundgebung statt, zu der sich trotz tropischer Hitze das Proletariat in gewaltigen Scharen eingefunden hatte. Genosse Hähnisch, Berlin referierte. Die Versammlung war deshalb besonders bemerkenswert, weil sie zugleich als eine Protestversammlung gegen den nationalliberalen Arnstädter Oberbürgermeister Dr. Vielesfeld einberufen worden war. Dieser Herr hatte nämlich kürzlich bei einem offiziellen Anlaß eine „patriotische“ Rede gehalten, in der ganz im Stile der Alldeutschen von Deutschlands „geschliffenem Schwert“ die Rede war, in der das angebliche „Zurückweichen“ der deutschen Regierung getadelt und Agadir in bekannter Manier mit Dalmatien verglichen wurde. Herr Dr. Vielesfeld war nun, um sich vor der Arnstädter Einwohnerschaft wegen dieser Kriegsbegeisterung zu rechtfertigen, schriftlich zu der Protestkundgebung eingeladen worden, was jedoch nicht erschienen. Dagegen war ein längeres Schreiben von ihm eingelaufen, in dem er seine Haltung zu rechtfertigen suchte und sein Fernbleiben von der Versammlung damit „begründete“, daß er sich von einer öffentlichen Auseinandersetzung „keinerlei praktischen Nutzen versprechen“ könne. Diese bürgermeisterliche Ansicht hinderte die Versammlung natürlich nicht, in einer scharfen, einstimmig angenommenen Resolution ihre Entrüstung über das Vorgehen des Stadtoberhauptes auszuspochen. Ebenso einstimmig wurde unter großer Begeisterung die bekannte Friedensresolution der Berliner Verbandsgeneralversammlung zum Beschluß erhoben.

Die zurzeit in der Lungenheilstätte Beelitz weilenden Patienten veranfaßten am Sonnabend eine Kundgebung gegen die Kriegsbegeisterung und für den Völkfrieden. Einstimmig wurde von den Anwesenden die Berliner Protestresolution angenommen.

Fransösische Arbeiter für den Frieden.

Paris, 3. September. Ein von dem Arbeiterbundikat veranstaltetes Meeting gegen den Krieg fand gestern in der Arbeitshörse zu Lyon statt. Der Sekretär der Arbeitshörse und der Generalsekretär des allgemeinen Arbeiterverbandes hielten Ansprachen, worauf von der Versammlung einstimmig eine Tagesordnung angenommen wurde, in welcher sie sich mit den deutschen, englischen und spanischen Arbeitern solidarisch erklärt und sich verpflichtet, sofort den Generalstreik zu verkünden, falls es zu einem Kriege kommen sollte. Die Versammlung trennte sich darauf, ohne daß sich Zwischenfälle ereignet hätten.

Aus Jagows Reich.

Die Suspendierung von sechs Sittenbeamten vom Dienst ist, wie sich immer deutlicher herausstellt, aus Gründen erfolgt, die

lebhaft an die Tätigkeit der politischen Polizei besonders unter dem Ausnahmefesetz erinnert. Um für Verlängerung des Sozialistengesetzes Stimmung zu machen, gebrauchte die Regierung Material. Dieses Material mußte die politische Polizei liefern. Aber woher nehmen und nicht stehlen? Die politische Polizei wußte sich zu helfen; sie suchte Beamte unter allen möglichen Vorwänden in die politische Bewegung hineinzuschmuggeln, und diese suchten nach Material. Da das nicht leicht war, mußten die Beamten selber Hand anlegen, um solches zu fabrizieren. So kam es, daß besonders tüchtige „Ehrenmänner“ zu Verbrechen, wie zur Ausübung von Dynamittatentaten, aufreizten, um dann an die vorgegebene Behörde von der Gefährlichkeit der Sozialdemokratie berichten und die Notwendigkeit der politischen Polizei dargun zu können. Diese Gruppe der Agent provocateurs, die Jhings-Raslow usw., war die eckelhafteste Erscheinung des Sozialistengesetzes. Auf dem Gebiete der Sittenpolizei scheint sich ähnliches zutragen. In der „Zeit am Montag“ werden eine Anzahl Briefe veröffentlicht, aus denen hervorgeht, wie die suspendierten Sittenpolizisten gearbeitet haben. Zunächst wird von einem Sittenschuhmann erzählt, der sich samt seiner Frau nicht nur von einer Prostituierten besetzen ließ, sondern auch noch mit Genehmigung der legitimen Gattin ein Liebesverhältnis mit dieser Prostituierten unterhielt:

„Sie (die Prostituierte) hat mit ihrem „Kober-Ernst“ wonnige Stunden verbracht, und wenn sie der Frau des Gatten dafür seibene Blusen und andere kostspielige Kleidungsstücke, gelegentlich auch etliches Bargeld verlehrt, so hat sie ihr Glück doch nicht zu teuer erkauft. Einmal will sie sogar durch Zahlung von 40 M. an die Schuhmannsrau bewirkt haben, daß diese sie einen ganzen Tag mit ihrem Namen allein in der Wohnung ließ und selbst dem Hause bis zum späten Abend fernblieb.“

Dieses innige Verhältnis erlitt später einen argen Stoß, und es wandelte sich — wie es so oft geschieht — Liebe in Haß. Die Prostituierte ging zur Polizei und erstattete Anzeige. Bei dieser Gelegenheit will sie Briefe, aus denen zu erkennen war, daß intime Beziehungen zwischen ihr und dem Beamten bestanden haben, ausgeliefert haben. Später hat sie — nachdem inzwischen eine Ausföhnung stattgefunden — ihre Angaben allein widerrufen, die Briefe aber nicht zurückerhalten. Hinterher kam es offenbar wieder zu einem Zerwürfnis zwischen den „Liebesleuten“, und nunmehr wiederholte die Dame die früher gemachten Anschuldigungen und will gleichzeitig gegen die Frau des Schuhmannes die Anzeige wegen schwerer Kuppelerei erstattet haben.“

Ein anderer Beamter hat an eine Prostituierte, Frau W., die ihm jahrelang als Vigilantin Dienste leistete und dafür von ihm insofern schodlos gehalten wurde, als sie nicht unter Sittentontrolle kam, zahlreiche Briefe geschrieben, von denen nachstehend eine Auswahl gegeben werden soll:

„Sehr geehrte Frau W.! Teile Ihnen mit, daß die Genannte Sch. von Putzamerstraße nach der Königgräber Straße 60, vorn 2 Treppen hinauf, verziehen ist. Bitte, geehrte Frau W., wenn es Ihnen möglich ist, so bitte beschleunigen Sie die Sache. Es wäre mir sehr lieb, wenn es diese Woche noch wäre. Also wenn Sie höhere Sache haben, so benachrichtigen Sie mich. Bitte Frau W., erzählen Sie niemanden was und vernichten Sie gleich den Brief. Ich habe für Sie auch ein gutes Werk getan, der Herr Kollege Schneider er wollte Ihnen eine Anzeige machen, wo Sie mit einem Herrn im Hause Kochstraße 7 waren. Aber auf mein Zutreden nahm er Abstand. Dieses bleibt aber unter uns.“

Nochmals bitte ich Sie, diese Sache sobald wie möglich zu erledigen, und zwar sehr sicher. Außerdem soll ich Beweise erbringen gegen die S., Krausenstraße 14. Bitte sind Sie mir behilflich (13. 4. 1910.)

„Geehrte Frau W. ließ sich das nicht maßen, daß die Sch. unter Vorgespiegelung mit dem betreffenden Herrn nach der Sache zusammen das Haus verließ! Ich würde sie dann gleich festnehmen! Hoffentlich klappt diesmal die Sache...“

23. 4. 09. ... Da diese Angelegenheit zwischen uns beiden ganz geheim gehalten bleibt, so möchte Sie nochmals dringend bitten, sobald wie möglich die Sch. heranzuschaffen. Bitte, wenn Sie einen geeigneten Moment haben, so benachrichtigen Sie mich sofort. Am 20. 4. und 6. 5. habe ich Termin, da habe ich keine Zeit... Bitte, können Sie mir sagen, wo die Liddy S., die große schlank, absteigt! Ich weiß, dieselbe ist Ihnen persönlich bekannt, ich möchte diese ebenfalls gerne haben. Also geehrte Frau W., bitte Sie nochmals herzlich, die Sch. herbeizuschaffen, wofür ich Ihnen im voraus meinen herzlichsten Dank ausspreche.

1. November 1909. ... Bitte, erzählen Sie keinem Beamten was, daß wir miteinander verkehren und mir Dienste leisten. Von mir erfährt kein Mensch was, da seien Sie versichert. Bitte den Brief vernichten.

8. November 1909. ... Zur Beantwortung Ihres mir hochgeschätzten Briefes teile ich Ihnen ergeben mit, daß ich die fogen. Schneider-Git gleich dem anderen Tag aus ihrer Wohnung herausgeholt habe, sie heißt G. M. ... Bitte, geehrte Frau W., gehen Sie einmal bei der Frau S., wo die L. gemohnt hat und hören Sie diese aus, ob bei ihr die Mädels nicht absteigen können, die alte Bege hat mir schon viel zu schaffen gemacht, aber konnte leider bis jetzt noch nicht so recht Material bekommen. Außerdem wohnt die H. bei ihr. Diese habe ich zur Observation. Bitte, Frau W., können Sie mir diese nicht ins Garn führen, ich wäre Ihnen sehr dankbar. Vielleicht könnten Sie sich mit ihr bekannt machen. Daß die H. auf den Strich geht, weiß ich, ich habe sie schon einmal gehabt, aber der Herr hat absolut nicht ausgegagt. Vielleicht können Sie diese in ein Absteigequartier führen...“

14. November 1909. ... Es wäre mir sehr gelegen, die Vogelbetti mir ins Garn zu liefern. Bitte, wenn es Ihnen möglich ist, so bald wie möglich... Aber bitte unauffällig. Und liebe Frau W., wenn wir beide so was ausführen, so bitte ich Sie, schreiben Sie einen Tag vorher, daß ich mich dann auf den folgenden Tag einrichten kann... Der Jubiler von der S. ist bei der S. ebenfalls nicht gemeidet. Wenn ich die Vogelbetti überführen könnte, so würde ich den Juden, sobald er in der Wohnung der S. anwesend ist, wann die S. einen Mann hat, sofort einleifern, wegen Zuhälterei. Bitte achten Sie darauf, wo der Lude ist, wann die H. einen Mann hat, das wäre für mich von großer Wichtigkeit. Und die alte Heye S. würde ich wegen schwerer Kuppelerei einlegen. Allerdings muß ich die ganze Gesellschaft in der Wohnung überführen. Aber geehrte Frau W., ich habe große Zuhälterei, wenn Sie die Sache in die Hand nehmen, dann weiß ich auch, daß es klappt. Gewiß werden wir auch noch die richtige H. kriegen, gewiß tut es mir, sowie Ihnen sehr leid, daß gestern so ein Fehlschlag war, aber man darf die Hoffnung noch nicht aufgeben... Und, liebe Frau W., wegen der H., die möchte ich auch zu gerne überführen, vielleicht können Sie was mit der anfangen, ich bin dann zu jeder Zeit zu haben.

15. Dezember 1909. ... Wie ich in Erfahrung gebracht habe, wohnt die Vogel-Beermann mit ihrem Juden nicht mehr bei der S. Gerade die Vogel-Beermann will ich gerade unter Kontrolle bringen. Bitte, sehen Sie zu, daß Sie diese in die Hände liefern können, schreiben Sie aber einen Tag vorher an mich, daß ich mich einrichten kann... Zur Sache, daß Herr Sch. am letzten Freitag am Bahnhof Friedrichstraße Ihnen so schroff entgegengekommen ist, muß ich sehr mit Bedauern ausprechen... Glauben Sie, geehrte Frau W., daß ich mehr Erfolge habe wie Sch., und er wäre schon manchmal in Schwindel gekommen, wenn ich nicht gewesen wäre. Denn Personenkenntnisse hat er nicht, wenn er heute Person sieht, morgen kennt er sie nicht wieder und dabei muß ich ihm immer wieder aus dem Schwindel helfen. Wenn ich nicht so ruhig wäre, würde ich mich mit ihm alle Tage in den Haaren liegen. Betreffs Vigilantin, daß Sie gestrichen wären, ist unmoßig, und daß der Inspektor ihm oder einem anderen Beamten den Auftrag gegeben hätte, daß sie Ihnen observieren sollten, ist ebenfalls unmoßig, da denkt kein Mensch daran, das sind nur Mädchen.

14. März 1910. ... Können Sie mir die Juden-Rebelle für Dienstag abend um 5 Uhr am Bahnhof Friedrichstraße zuführen...“

Wie die Juden-Rebelle richtig heißt, wissen Sie, liebe Frau W., wohl nicht? Allerdings, wenn Sie dieselbe mit zuführen, spreche ich dieselbe glatt ein, ob sie unter Kontrolle steht oder nicht... Die Erna Pl. kann ich vielleicht morgen auch gleich mitnehmen...“

4. April 1910. Bitte Frau W.! Ich erlaube mir, Ihnen hierdurch mitzuteilen, daß ich morgen früh leider nicht zu Ihnen kommen kann, da ich dienstlich verhindert bin. Sollte es Ihnen angenehm sein, so komme ich am 6. 4. 10 am Mittwoch vormittag mal zu Ihnen. Alles andere mündlich.

27. Mai 1910. ... Wie ich aus Ihrem werthen Schreiben ersehen habe, ist es richtig, daß ich großes Interesse an der L. habe und wäre Ihnen zu Dank verpflichtet, wenn die Sache am Montag klappt würde... Hoffentlich machen Sie auch bald Ernst mit dieser. Daß ich nicht darüber spreche, Frau W., versteht sich von selbst, ich will Ihnen doch keine Unannehmlichkeiten machen... Nachher kommt aber gleich die Künstler dran. Nachmals seien Sie versichert, daß ich darüber zu niemanden was sage, was ich von Ihnen auch hoffe.“

Soweit die Briefe. Das „Heranschaffen“ der Mädchen, die der Sittenschuhmann „ins Garn locken wollte“, vollzog sich gewöhnlich in der Form, daß die Vigilantin irgend ein männliches Individuum mit der Aufgabe betraute, sich an die Betreffende heranzumachen und sie gegen Entgelt zu geschlechtlichem Verkehr zu veranlassen. Sobald dies gelungen war, trat der Beamte in Aktion und besorgte alles weitere. Der Beamte hat also die Vigilantin zur Kuppelerei verleitet und sich selbst der Beihilfe zur Kuppelerei schuldig gemacht. Nicht uninteressant ist auch, daß die Auslagen und Kosten der Observation und Kuppelarbeit von der Vigilantin getragen werden mußten. Die Männer, die sich an „verdächtige Weiber“ heranmachen mußten, erhielten dafür in der Regel 20 Mark.

Unter den angeforderten Beamten befindet sich auch einer, der in einem Prozesse gegen die „Zeit am Montag“ beschwor, von Prostituierten niemals Geschenke angenommen oder mit ihnen geschlechtlichen Verkehr gehabt zu haben. Die „J. a. M.“ behauptet auch, gegen diesen Sittenschuhmann kompromittierendes Material in Händen zu haben.

Zur Beleuchtung des heutigen Polizeiregimes liefern die obigen Mitteilungen wieder einen neuen Beitrag.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. September 1911.

Die korrigierte Kaiserrede.

Die Flottenrede des Kaisers in Hamburg ist den „Staatserhaltenden“ jetzt, am Beginne der Wahlbewegung, recht unbequem. Unmittelbar nachdem die Rede durch das offiziöse Wolffsche Telegraphenbureau der Öffentlichkeit übergeben worden war, wurde der derzeitige Vorsitzende des Flottenvereins als Kommentator angerufen, und er gab natürlich die gewünschte beruhigende Erklärung ab, daß die Rede nicht auf neue Flottenpläne schließen lasse. Jetzt geht selbst die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ an die Fälschung der Rede, die so ganz nebenbei in einem Festbericht vorgenommen wird. Alles, damit die Wähler in Sicherheit gewiegt werden.

Der Kaiser hatte in Hamburg tatsächlich gesagt: „Wenn anders ich den Ausdruck der Begeisterung der Hamburger richtig verstanden habe, so glaube ich annehmen zu können, daß es ihre Ansicht ist, unsere Flotte auch fürderhin zu verstärken, so daß wir sicher sein können, daß uns niemand den uns zustehenden Platz an der Sonne streitig machen werde.“

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, das Regierungsbblatt, läßt hingegen den Kaiser sagen:

„Es gelte einen Konkurrenzkampf, und wenn das Aufstreben des deutschen Handels anderwärts in der Welt als nicht eben bequem angesehen werde, so sei dieser Wettstreit doch gesund, um so mehr, als er sich friedlich austragen lasse. Den starken Schutz hierfür bilde Deutschlands Kriegsslotte, die immer ein Gegenstand fördernden Interesses bei den Hamburgern gewesen ist und sein wird.“

Die Vorsicht der „Norddeutschen“ kommt zu spät, die Wähler werden sich lediglich an die Worte des Kaisers halten und danach handeln, auch wenn das den Beschäftigungsärzten das Wahlkonzept verdirbt.

Opposition gegen die Lebensmittelerzeugung im Zentrum.

In verschiedenen Städten des Rheinlandes und Westfalens hat sich die „Christliche“ Arbeiterschaft sehr energisch dem Protest gegen die Lebensmittelerzeugung, besonders dem Protest gegen die Milchverteuerung angeschlossen, und dabei gleichzeitig scharfe Stellung gegen die einseitige Agrarpolitik genommen. In einigen Orten sind die Christlichen sogar in führender Stellung an dem Protest gegen Lebensmittel und Rohwucher beteiligt, so z. B. in Weimann (Wahlkreis Remscheid). In einer Versammlung, die in der Hauptsache von bürgerlichen Kreisen besucht und von christlicher Seite einberufen war, wurde eine scharfe Resolution gegen das herrschende Politiksystem beschloffen.

Auch in Münden hat gestern eine Protestversammlung christlicher Arbeiter gegen die Fleischverteuerung stattgefunden, die jedoch einen recht felsamen, stürmischen Verlauf nahm. Als nämlich nach den Klagen verschiedener der Zentrumspartei angehörender Arbeiter über die hohen Fleischpreise und die Untätigkeit des Rindgüter Magistrats ein sozialdemokratischer Redner aufstand und erklärte, die Hauptursache der Fleischverteuerung sei die konservativ-reaktäre Agrarpolitik, vornehmlich die Erhöhung der Viehzölle und die Abperrung der Grenzen gegen die Vieheinfuhr aus dem Ausland, erhob sich unter den Christlichen ein wilder Radau, der sich noch steigerte, als der Redner erklärte, er fände es höchst sonderbar, daß christliche Gewerkschaften eine solche Protestversammlung gegen die Lebensmittelerzeugung einberufen, während doch die Vertreter des Zentrums im Reichstag, Landtag und in der Gemeinde stiel für die Verteuerung der Lebensmittel gestimmt hätten. Ein wüster Lärm brach aus, und dem Redner wurden allerlei niedliche Beschimpfungen an den Kopf geworfen. Erst sah sich dieser ruhig den Sturm der tosenden katholischen Volksseele an, dann quittierte er die Schimpfworte mit der Bezeichnung: „Ihr Schafe!“ Nun ging der Standal erst recht los, und unter allseitigen Hallo wurde der Redner, der sich so dreist in den heiligen Schafstall gedrängt und deren Inzassen mit so scharfer Menschenkenntnis charakterisiert hatte, an die frische Luft besördert. Die zurückgebliebenen Schafe oder hatten sich demagen aufgeregt, daß es lange dauerte, bis ihre geduldige fromme Schafsnatur wieder die Oberhand gewann.

Von der Wahrheitsfeststellung bei Soldatenuihandlungen.

Von einem früheren Offizier wird uns geschrieben: Im „Vortradt“ wurde bereits erwähnt, daß der preussische Major Keller vom Infanterieregiment Nr. 182 wegen Mißhandlung und Verleumdung von Untergebenen, die er als Kompagnieführer im württemberg. Infanterieregiment Nr. 160 begangen hat, vom Kriegsgericht Stuttgart zu 3 Wochen Stubenarrest verurteilt worden ist. Die Verhandlung, die Herr Keller seinen Untergebenen zuteil werden ließ, war schon einmal

Gegenstand einer Gerichtsverhandlung, und zwar am Landgericht Stuttgart in den ersten Tagen des Oktobers 1910. Damals stand vor diesem Gericht der württembergische Oberleutnant a. D. Heinrich Gramm wegen Verleumdung des General v. Weller und des Major Weller. In der Verhandlung, über die auch der „Vorwärts“ einen längeren Bericht brachte, gestaltete die Sache sich aber für Herrn Weller viel gravierender, als vor dem Kriegsgericht. Von den damals vorgeladenen Zeugen wurden unter Eid viel mehr Verleumdungen und mehr Mißhandlungen bekundet, als das Kriegsgericht annehmen zu dürfen glaubte. Allerdings wurde vom Kriegsgericht ein sehr wichtiger Zeuge nicht vorgeladen. Der Oberleutnant a. D. Gramm. Er hat, als er noch altio und Oberleutnant in der Kompanie des Hauptmanns Weller war, letzteren sogar Vorstellungen wegen der inhumanen Behandlung der Soldaten gemacht. Gramm gab vor dem Zivilgericht auch an, daß er selbst verschiedene Mißhandlungen des Hauptmanns Weller gesehen und verschiedene Beschimpfungen von ihm gehört habe. Man sollte nun glauben, daß die Militärbehörde die Gelegenheit ergriffen hätte, den Oberleutnant Gramm über diese Mißhandlungen jetzt unter Eid zu befragen. Aber sie verspürte gar keine Sehnsucht danach.

Ferner ist vom Kriegsgericht offenbar auch ein zweiter sehr wichtiger Zeuge nicht vernommen worden, wenigstens steht von ihm in dem Gerichtsaktenbericht, der uns vorliegt, kein Wort. Es ist dies Leutnant a. D. Friedrich. Er war vor dem Landgericht Stuttgart als Zeuge geladen und bekundete unter Eid, daß der Hauptmann Weller die Leute schroff behandelte und gegen sie sogar tätlich geworden sei. Friedrich sagte unter Eid ferner folgendes aus: Er habe an das Bataillon einen Bericht darüber gemacht, daß Hauptmann Weller die Mannschaften schlecht behandle. Am nächsten Tage sei er (Friedrich) auf das Bataillonsbureau gerufen worden und hier habe ihm der Bataillonsadjutant Oberleutnant Freiherr v. Göttingen gesagt, er möge den Bericht umschreiben, da er in dieser Form einen großen Skandal aufwirbeln würde, der dem Bataillonskommandeur Major Wenker, dem Hauptmann Weller und schließlich Friedrich selbst den Kragen kosten würde. Als Friedrich sich weigerte, sei am nächsten Tage der Bataillonskommandant nochmals bei ihm erschienen und habe gesagt, daß er (Friedrich) tadellos entlassen werde, wenn er den Bericht ausreicht erhalte.

Man sollte meinen, daß die Militärbehörde begierig gewesen sein mußte, diese eidliche Aussage nachprüfen, aber der Gerichtsbericht über die vor dem Kriegsgericht gegen den Major Weller durchgeführte Verhandlung beweist ziemlich sicher, daß Leutnant a. D. Friedrich überhaupt nicht geladen worden ist.

Die Stimme in der Zentrumsdüfte.

Die „Westfälische Rundschau“ in Warendorf schreibt:
„Von Pest, Hunger und Krieg
Erlöse uns, o Herr!“

Wo bleibt unser ganzes Christentum, wenn die Kriegshölle ungeschont wagen dürfen, zwei große Völker, die zusammen mehr als 100 Millionen Christen aufweisen, in eine furchtbare Hechelei zu stürzen! Es berührt die „Christen“ ansehend gar nicht, daß unzweifelhaft der Krieg die größte Sünde gegen das Christentum darstellt, die denkbar ist, ein Faustschlag in das Gesicht des Heilandes und Erlösers der Welt. . . .

Aber trotzdem unterstützen unsere christlichen Abgeordneten im Reichstag, unbekümmert um Christus, den organisierten Massenmord, das systematisch betriebene Totschlagen, Totschlägen, Totschüssen und Verwunden von Menschen durch Bewilligung allerlei Militärverordnungen. Und wenn unsere sogenannten Vertreter als Christen und als Menschen auf dem Standpunkte stehen, daß der Ausspruch: „Wer den Frieden will, muß den Krieg vorbereiten.“ richtig sei, so sollten sie im Reichstage und auch sonst wenigstens Protest gegen den Krieg erheben. Doch es ist niemals etwas zu hören, was auch nur entfernt an eine Verurteilung der wissenschaftlich betriebenen Menschenmorderei erinnert. Mit Hurra wird alles bewilligt, damit man in der hohen Regierung gut angeschrieben ist. . . .

Millionen und abermals Millionen Katholiken allein in Deutschland und Frankreich beten die Litanei von allen Heiligen und stehen zu Gott:

„Von Pest, Hunger und Krieg
Erlöse uns, o Herr!“

Wer es nicht ernst meint mit dieser Bitte, wer gar zum Kriege schürt oder ihn auch nur herbeiwünscht, der verhöhnt den lieben Gott. . . .

Die „Westfälische Rundschau“ läßt weiter folgende Kritik:
„Es ist sicher hübsch vom Kaiser Wilhelm, daß er für seine Familie so eingekommen ist, und kein Mensch wird so tolllos sein wollen, einem Gatten und Vater zu widersprechen, der von seiner Gattin und seinen Kindern so entzückt zu sein scheint. Selbstverständlich ist jeder Ehemann überzeugt, daß seine eigene Frau die schönste und beste ist; jedenfalls ist sie ihm die liebste. Und mag der Kaiser seine Gemahlin noch so begeistert preisen, ich würde gewiß nicht mit ihm tauschen wollen, auch wenn er mir ein paar Schlösser und etliche Millionen zugäbe. Das ist eben Gemahlin- und Herzenssache.“

Eine andere Frage ist freilich, ob solche subjektiven Ansichten in die öffentliche Diskussion gehören, und ob es richtig ist, wenn ein Vater, der nicht bloß Familienvater, sondern auch sozusagen Landesvater ist, die eigenen Söhne mit den Söhnen anderer Leute in einer Weise vergleicht, die für die anderen Leute nicht gerade schmeichelhaft ist. Von den Kindern des Kaisers weiß ich für meine Person weiter nichts, als daß der eine, August Wilhelm, das Kaiserpaar zusammen mit dem Präbital „Gut“ bestanden hat. Ich glaube aber kaum, daß dem Prinzen dies Examenresultat in Berlin beim Kammergericht schwerer gemacht ist, als etwa in Kassel beim Oberlandesgericht meinem älteren Sohne. . . .

... Daß ferner die Dürre mit ihren Folgen nicht bloß eine Sorge der Landwirte, sondern auch der übrigen Bevölkerung des Reiches ist, übersehen Wilhelm II. sogar vollständig. Das bedrohende Elend der Arbeitermassen erfüllt in diesem kaiserlichen Trinkspruch nicht. Die nicht minder ernst drohende Gefahr der untern und mittleren Beamteten bei der Post, der Eisenbahn, der Steuerverwaltung, beim Gericht und allen anderen Behörden aus Anlaß der zu erwartenden furchtbaren Teuerung erwähnt der Kaiser nicht. Ebenfalls ist die traurige Lage des kleinen Handwerkers und der Gewerbetreibenden; zumal wenn es einen frühen und strengen Winter geben sollte, werden Sorge, Kummer und Hunger gar mancher Familie schlimme Bedrängnis bringen. Darüber hat der Kaiser nicht gesprochen. Wir beklagen uns darüber nicht, wir stellen bloß fest.

Trotzdem läge es nahe, die Opfer seiner eigenen Familie, die Wilhelm II. für einen hoffentlich nicht eintretenden Ernstfall anbietet, mit den Opfern zu vergleichen, welche die Familien des merkwürdigen Volkes tagtäglich auf dem Altar des Vaterlandes zu bringen gezwungen sind. Es ist noch kein Prinz in das Gerüch einer Dreifachmaschine geraten oder vom Verhängnis abgestürzt oder in der Kohlengrube erstickt. Es hat auch kein Prinz aus Bergzwicklun

über den trotz aller Anstrengung nicht abzuwendenden Zusammenbruch und Ruin seiner geschäftlichen Existenz sich eine Kugel in den Kopf geschossen. Es braucht auch kein Prinz, mag er auf dem Schlachtfelde oder Standesgemäß auf dem Beete sterben, in den letzten Augenblicken klaren Bewußtseins an die Not der Seinen zu denken; er weiß, daß der Tisch für sie gedeckt bleibt. Es braucht auch kein Prinz den Folgen einer Mißernte mit Sorgen entgegenzusehen, denn im äußersten Fall wird ja die Zivilliste der königlichen Familie wieder erhöht werden, wie das ja unter Berufung auf die allgemeine Teuerung schon mal geschehen ist. Mit den Löhnen und Javalidenrenten, mit den Gehältern und Pensionen ist das aber nicht so einfach, wie jeder Arbeiter und Beamte aus Erfahrung weiß. All diese Verhältnisse liegen dem Gedankenkreis des kaiserlichen Nebenbarns ziemlich fern. Darum spricht er nur von Prinzen und Agrariern, ihren Opfern und ihren Sorgen. Was aber die Arbeiter betrifft, so weiß man ja auch, wie Wilhelm II. über sie denkt. Sie haben eine gesicherte Existenz bis ins späte Alter hinein.“

Dem offiziellen Zentrum dürfte das Warendorfer Blatt, das sich rühmt, daß es „mit dem päpstlichen Segen behaftet“ sei, bei der kommenden Reichstagswahl recht unbedeutend werden. Es erscheint mitten im Reiche des Zentrumsberzogs Arenberg, im selben Herzogtum, wo jüngst die Wähler des ganzen Kreises durch große Festgelage betört werden sollten.

Der Bund vaterländischer Arbeitervereine.

In Dresden hielt gestern der Bund der sogenannten „vaterländischer“, d. h. gelben Arbeitervereine, seine diesjährige Hauptversammlung ab. Von Behörden waren vertreten: das sächsische Finanzministerium durch den Regierungsrat Jahn, das Ministerium des Innern durch den Geheimen Regierungsrat v. Lausch; ferner die Kreisbauhauptschaft und die beiden Dresdener Untereinrichtungen. Den Förderungsausschuß vertrat dessen Vorsitzender General v. Loebell.

Am ersten Referat referierte der Chefredakteur der „Arbeiterzeitung“, Freiherr v. Reibitz (Hamburg) über: „Die Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit.“ Er führte aus: Der Sozialismus überfließt völlig die produktionsfördernde Eigenschaft des Privatkapitals, das wichtige Moment des Wagens und Gewinns. Die Arbeiter werden keineswegs, wie die Sozialisten behaupten, durch den Kapitalismus proletarisiert, im Gegenteil, der Wettbewerb kräftigt sich zusehends. Zwischen Kapital und Arbeit besteht auch kein Gegensatz, denn beide müssen zusammenarbeiten zum Wohle des Vaterlandes.

Der zweite Referent Redakteur Kneus-Dresden sprach über: „Das vaterländische Bewußtsein und die ewige Harmonie zwischen Kapital und Arbeit.“

Zum Schluß wurde auch noch nebenbei die Marokkofrage im vaterländischen Sinne behandelt und folgende schöne Resolution angenommen:

„Das Vorgehen Frankreichs in Marokko, durch welches die Algeriasache durchbrochen ist, berührt so außerordentlich wichtige politische und wirtschaftliche Lebensinteressen Deutschlands, daß deren nachdrückliche Wahrnehmung eine selbstverständliche Pflicht unserer Reichsregierung ist. In Wahrung dieser Interessen ist von Frankreich die Rückkehr auf den Boden der Algeriasache zu fordern. Sollte dieser Weg nicht gewählt werden, so soll das Deutsche Reich sich in Westmarokko, wo fast ausschließlich deutsche wirtschaftliche Interessen bestehen, die gleichen Rechte und den gleichen Einfluß zu sichern wissen, den Frankreich für sich in irgend einem anderen Teile Marokkos in Anspruch nimmt. Auf keinen Fall dürfen wir dulden, daß Frankreich aus der Bevölkerung Marokkos seine Wehrkräfte ergänzt und verstärkt, da in diesem Vorhaben Frankreich eine Bedrohung des Deutschen Reiches ruht, die auch uns zu erneuten militärischen Rüstungen zwingen muß. Einmischungen irgend eines anderen Staates in den französisch-deutschen Marokkofreitritten wir mit Ruhe, aber mit der größten Entschiedenheit zurückweisen.“

Einberufung des bayerischen Landtages.

Wie amtlich mitgeteilt wird, ist der bayerische Landtag auf den 28. September einberufen worden. Die an diesem Termin beginnende Session ist die dritte und letzte der 35. Landtagsperiode. Während dieser Session finden die Reichstagswahlen statt und etwa neun Monate nach ihrem Schluß die bayerischen Landtagswahlen.

Zur Reichstagswahl im Konstanzer Wahlkreis.

Für die Nachwahl im ersten badischen Wahlkreis (Konstanzer-Neberlingen) haben die Nationalliberalen den Landtagsabgeordneten Gärtnerbesitzer Schmid-Singen, das Zentrum den Landgerichtsrat Ruppilin aufgestellt. Der nationalliberale Kandidat wird auch von den Demokraten gewählt.

Frankreich.

Statt Abhilfe Verhaftungen.

Paris, 4. September. Infolge der Unruhen wegen der Lebensmittelerzeugung ist ein Delegierter der Bergarbeiter unter der Beschuldigung verhaftet worden, die Manifestanten von Mericourt-Village, Mericourt-Coron und Sallaumines zur Plünderung aufgereizt und angeführt zu haben.

Belgien.

Weg mit den Lebensmittelpöllen.

Brüssel, 4. September. Die Bewegung im Industriezentrum wächst sich zu einem Boykott aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch Zwischenhändler und Konsumenten aus. So haben die Fleischer beschlossen, von heute ab zu feiern und die Hausfrauen wollen Mittwoch nach Brüssel gehen, um dort zu demonstrieren. Die Bürgermeister des Industriegebietes verlangen von der Regierung die Aufhebung der Zölle auf Lebensmittel.

England.

Der Gewerkschaftskongress.

Newcastle, 4. September. Heute wurde hier der diesjährige Kongress der Trade-Union unter dem Vorsitz des Präsidenten Mullin eröffnet. Es waren 520 Delegierte anwesend, die 1.667.000 Mitglieder vertraten. Mullin bemerkte in seiner Rede, der Ausstand habe den Arbeitern große Zugeständnisse, Lohnerhöhungen und andere Vorteile, die bisher verweigert worden seien, gebracht. Er beklagte die Politik der Eisenbahndirektionen und die Nichtanerkennung der Vereinigung und wandte sich scharf gegen die Regierung, die unaufgefordert erst Truppen entsendet habe, statt gegen die Geldfürsten scharf vorzugehen. Die Annahme der Parlamentsbill bedeute auch eine Warnung der Behörden vor der Kraft der Demokratie.

Türkei.

Minister- und sonstige Krisen.

Aus Konstantinopel schreibt uns Genosse Parvus: Allen Anschein nach geht die Türkei einer wichtigen politischen Wendung entgegen. Die Taktik des Kompromisses nach rechts, der zahllosen größeren und kleineren, politischen und kulturellen Konzeptionen, die man an die rückständigen Elemente gemacht hat, läßt sich nicht mehr aufrechterhalten.

Die Vertreter der Linken im „Antica“ wie im Parlament, einer Richtung, die man als industriellen Liberalismus etwa im Sinne der ehemaligen „Freisinnigen Vereinigung“ in Deutschland bezeichnen könnte und die unter der geistigen Führung von Djahid Bey, dem Chefredakteur des „Tamin“ und Djahid Bey, dem früheren Finanzminister, steht, scheint entschlossen zu sein, es diesmal auf die Kraftprobe ankommen zu lassen. Das ergibt sich nicht bloß aus den Publikationen und sonstigen Kundgebungen der Linken; der Konflikt hat vielmehr bereits das Ministerium erfasst.

Es handelt sich um die Sonderstellung, die das Kriegsministerium gegenüber den anderen Departements einnimmt. Schon vorigen Sommer kam es deshalb zu einem Konflikt zwischen dem Kriegsminister Mahmud Scheffet Pascha und dem damaligen Finanzminister Djahid Bey, der eine schärfere Kontrolle der Ausgaben des Kriegsministeriums durch das Finanzministerium verlangte. Damals mußte das letztere nachgeben. Diesmal wird der Konflikt von vornherein auf eine breitere Basis gestellt.

Da heißt es vor allem, die Militärausgaben müßten um mindestens eine Million türkische Pfund, also 18 Millionen Mark, jährlich gekürzt werden — aus dem einfachen Grunde, weil man das Defizit doch nicht ins Ungeheure steigern kann. Da der Kriegsminister darauf antwortet, daß dann die Interessen der Landesverteidigung leiden werden, so wird ihm entgegnet: „Laßt uns erst die einzelnen Ausgabenposten durchsehen, eine Kontrolle ausüben, die uns jetzt unmöglich ist, so werden wir vielleicht die nötigen Ersparnisse bewirken können, ohne die Militärkraft des Landes zu verringern; auf alle Fälle, so lange wir diese Kontrolle nicht haben, können wir die Verantwortung nicht übernehmen und müssen Nein sagen.“

Der Kampf gegen Mahmud Scheffet Pascha ist also im letzten Grunde ein Kampf gegen die Sonderstellung, welche die Armee, oder richtiger das Offizierkorps, in der parlamentarischen Türkei einnimmt. Die Armee betrachtet sich noch immer halb als Retter, halb als Eroberer des Vaterlandes. Es gilt, sie in die Schranken zurückzuweisen, die ihr durch das parlamentarische Regime gestellt werden. Gelingt das, so wird das unbedingt auf die allgemeine politische Entwicklung im Sinne eines stärkeren Liberalismus wirken.

Schließlich spielt auch hier, wie in allen Fragen des Orients, die auswärtige Politik mit. Mahmud Scheffet Pascha gilt als Vertreter der deutschen Richtung in der türkischen Politik. Noch vor kurzem war diese Richtung sehr stark. Aber die Potsdamer Entente und die Wilmersdorfer Deserzarchie in Albanien haben eine Wandlung hervorgerufen. Man ist enttäuscht, sieht sich betrogen. Das erleichtert den Kampf gegen Mahmud Scheffet Pascha. Stürzt er, so kommt das einer Stärkung des französisch-englischen Einflusses gleich.

Mexiko.

Der Kampf um die Präsidentschaft.

Mexiko, 4. September. Als der Präsidentschaftskandidat Bernardo Reyes gestern an seine Wähler eine Ansprache halten wollte, wurde er von den Anhängern Maderos verhöhnt und zwanzig Minuten lang mit Steinen beworfen, so daß er schließlich von seinem Balkon flüchten mußte. Die Polizei ging gegen die Menge vor. Insgesamt wurden 43 Personen durch Steinwürfe und Säbelhiebe verletzt.

Haus der Partei.

Die Parteitagssnummer der „Neuen Welt“

würdigt in diesem Jahre in Wort und Bild nicht nur Jena, den Ort der Tagung, sondern das ganze Thüringer Land. In einer Reihe von Illustrationen werden uns historisch interessante Stätten Thüringens vor Augen geführt, die, wenigstens dem Namen nach, jedem Leser bekannt sein dürften. Heinrich Schütz gibt in einem festlichen Artikel, der die landschaftlichen Schönheiten Thüringens würdigt, Auskunft über die imilde vorgeschrittenen Sehenswürdigkeiten. Parteigeschichtliche Erinnerungen, die ein hohes und gutes Bild von dem Anwachsen der Sozialdemokratie in den thüringischen Staaten geben, hat H. A. Dautert beigezeichnet. Ferner finden wir eine interessante kommunale Plauderei über die Stadt Jena von H. Gärger usw.

Gautag der Pfalz.

Am 2. und 3. September fand zu Kaiserslautern der Gautag der sozialdemokratischen Organisationen der bayerischen Pfalz statt. Aus dem gedruckten Geschäftsbericht des Gauvorstandes für 1910/11 sei als bemerkenswert hervorgehoben: Die Zahl der Ortsgruppen erhöhte sich, trotzdem einige als nicht mehr lebensfähig eingingen, von 108 auf 123. Der Mitgliederstand beträgt 9787 gegen 9284. Darunter befinden sich 419 Genossen gegen 399 im Vorjahre. Nur drei von den sechs Reichstagswahlkreisen zeigen in Hinsicht auf Reuehung von Ortsgruppen und Mitgliederzahl eine recht gute Entwicklung. Die anderen drei verlangen nach den vorliegenden statistischen Zahlen eine intensivere Arbeit. Die Stimmengahl bei den letzten Reichstagswahlen betrug in den sechs pfälzischen Reichstagswahlkreisen rund 44.000. Organisierte Parteigenossen sind vorhanden rund 9700, das sind 22 Proz. der sozialdemokratischen Wähler. Das Organisationsverhältnis ist am besten im ersten Wahlkreis mit 28,1 Proz., am ungünstigsten im sechsten Wahlkreis mit 13,4 Proz. — Die Zahl der öffentlichen Versammlungen einschließlich der Waisiern betrug 347.

Die Entwicklung unserer Parteizeitung, der „Pfälzischen Wesi“, war eine gute, sowohl was die Gewinnung neuer Bilalorie als neuer Abonnenten anlangt.

Den Bericht des Gauvorstandes erstattete der zweite Parteisekretär Genosse Liefert. Von den Anträgen zur Organisation und Agitation zu den Genossen Auer-Rindgen als Vertreter des Landesvorstandes das Wort nahm, verdienen besondere Beachtung die, welche auf die Jugendausschüsse, auf die Bildungsbesprechungen und auf die Frauenbewegung sich bezogen. Die Anträge wurden begründet durch die Genossen Radloff und Klefost-Ludwigsbafen und Feldmüller-Firmasens. Zu dem Punkte Frauenbewegung sprach in wirkungsvoller Weise die Genossin Rich, die als Vertreterin des Parteivorstandes den Gautag besuchte. Es werden danach demnächst eine Anzahl Frauenversammlungen in der Pfalz stattfinden und ein Zentralausschuß für den Gau gebildet werden, der das Gebiet der Bildungsbesprechungen bearbeiten soll.

Das Hauptreferat „Die nächsten Reichstagswahlen und die Parteien in der Pfalz“ hielt Genosse Reichstagsabgeordneter Huber-Ludwigsbafen. Er schilderte zunächst die allgemeine politische Lage im Reich durch die Herrschaft des schwarz-blauen Blocks, sodann die wahrscheinlichen Parteigruppierungen und voraussichtlichen Wählerfolge der politischen Parteien der Pfalz. Er proklamierte natürlich den Kampf in erster Linie gegen Zentrum und Bund der Landwirte, aber ebenso gegen den rechten Flügel der Liberalen, den es in der Pfalz trotz aller schlimmen Erfahrungen immer wieder zu den Agrariern hinzieht.

Nachdem noch Genosse Aldermann-Frankenthal in kurzen Ausführungen unter allgemeinem Beifall unsere Stellung zur Marokkofrage darlegte, insbesondere gegen die infame Kriegsbege der „nationalen“ Parteien protestiert hatte, schloß der Vorsitzende des Gauvorstandes, Genosse Körner-Ludwigsbafen, den pfälzischen Gautag mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Gewerkschaftliches.

Wer hat die Metallarbeiter-Ausperrung in Sachsen verschuldet?

Die Metallarbeiter natürlich, behauptet die von den Scharfmachern inspirierte bürgerliche Presse, denn die Metallarbeiter hätten bei den eingeleiteten Einigungsverhandlungen in Leipzig durch ihr Verhalten die Unternehmer brüskiert und diese so gezwungen, die Ausperrung über ganz Sachsen zu verhängen. Diesen falschen Behauptungen tritt jetzt eine Aufklärungsschrift der Bezirksleitung des 4. Bezirkes im Metallarbeiterverbande (Sachsen) entgegen, die durch den Abdruck von Briefen usw. die Einleitung und den Gang der Einigungsverhandlungen darlegt. Daraus geht zunächst klipp und klar hervor, daß die Behauptung, die Metallarbeiter hätten gefordert, daß nur mit den Vertretern der Organisation verhandelt werden solle, eine freie Erfindung ist. Verlangt worden ist nur, daß zu den Verhandlungen zwischen den Unternehmern und den Arbeiterkommissionen Vertreter der Organisation hinzugezogen werden sollen. Eine solche Hinzuziehung ist aber schon im Frühjahr bei der Ausperrung in Chemnitz erfolgt, mithin könnte, wie die Bezirksleitung in ihrer Schrift sagt, für das sächsische Metallindustriellenkariell diese Hinzuziehung keine Prinzipienfrage sein. Warum solle das, was in Chemnitz ging und anderwärts schon lange geht, in Leipzig unmöglich sein?

Als nun die Bezirksleitung die Vertrauensleute durch ein Zirkular von den tatsächlichen Verhältnissen in Kenntnis setzte, traten in verschiedenen Betrieben die Arbeiterausschüsse den unwahren auf den gleichen Ton gestimmten Behauptungen der Betriebsleitungen entgegen. Nun erregte sich das, was die bürgerliche Presse im Interesse der Scharfmacher kraampshaft abzulugeln sich bemühte: es versuchten nämlich sowohl in Dresden als auch in Chemnitz eine Anzahl Betriebsleitungen, auf die Metallarbeiter einzuwirken, ihren Einfluß bei der Verhandlung geltend zu machen, damit in Leipzig Einigungsverhandlungen eingeleitet würden. Ja, es wurden in einigen Fällen Arbeiterausschüßmitglieder im direkten Auftrage solcher Betriebsleiter nach Leipzig geschickt — teilweise unter Bezahlung von Zeitverlohn und Reisekosten — um dem damals in Leipzig befindlichen Bezirksleiter Haack Vorschläge zu Einigungsverhandlungen zu unterbreiten. So von der Firma Seidel u. Raumann in Dresden, der Maschinenfabrik Kappel in Chemnitz u. a. Weiter ersuchte der Direktor Köhler der Firma Seidel u. Raumann in Dresden den Bezirksleiter Haack um eine Aussprache in der Privatwohnung des Direktors Köhler. Die Aussprache fand statt und drehte sich auf Ersuchen des Herrn Köhler um die Einleitung von Einigungsverhandlungen in Leipzig. Beide wurden sich dahin einig, eine allgemeine Kommission für die Ausgesperrten und eine Kommission für die Leipziger Metallarbeiter vorzuschlagen; die Leipziger Unternehmer sollten auch eine Kommission wählen. Auf weiteren Vorschlag des Direktors Köhler sollte dann die Auforderung zu den Einigungsverhandlungen sowohl von den Chemnitzer als auch von den Dresdener Unternehmern erfolgen. Damit erklärte sich Haack einverstanden. In einer weiteren Besprechung wies dann Bezirksleiter Haack darauf hin, daß es bei der Komplexität der Materie ganz unmöglich sein würde, die Streitfrage bis zum 23. resp. 26. August zu erledigen. Nach einer Bekanntmachung der Industriellen in Dresden und Chemnitz vom 12. August sollten in beiden Städten die Metallarbeiter am 26. August ausgesperrt werden, wenn bis zum 23. August in Leipzig keine Einigung erzielt sei.) Darauf erklärte Direktor Köhler: Es ist ganz selbstverständlich, daß in dem Moment, wo Sie unsere Vorschläge annehmen und wo die Einigungsverhandlungen eingeleitet sind, die Ausperrung in Dresden und Chemnitz verschoben wird. Danach begannen die Verhandlungen, die durch das eigenartige Verhalten der Leipziger Industriellen erst am Donnerstag, den 21. August, aufgenommen werden konnten. Nunmehr erklärte aber der Industrielle Nothe, daß die Verhandlungen am Freitag, den 25. August, abends, beendet sein müßten, anderenfalls würde in Chemnitz und Dresden am Sonnabend ausgesperrt — Obendrein erschien am 25. August in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ eine Notiz, in der es hieß, die Ausständigen seien durch ihre Vertretung an die Unternehmer mit der Frage herantretend, unter welchen Bedingungen Verhandlungen eingeleitet werden könnten. Natürlich konnten die Metallarbeiter diese Darstellung nicht un widersprochen lassen, schon um ihrer Position bei den Verhandlungen willen. Und da die Fassung der Notiz, sowie die Forderung des Industriellen Nothe die Annahme rechtfertigte, daß die Notiz zum mindesten von den Industriellen inspiriert worden war, forderte die Kommission der Arbeiter bei Eintritt in die Verhandlungen Aufschluß, der ihr aber verweigert wurde. Dazu verlangten nun auch die Vertreter der Industriellen, daß die Verhandlungen bis zum Abend (Freitag) beendet sein müßten, anderenfalls am Sonnabend in Chemnitz und Dresden die Ausperrung erfolge. Auf den Hinweis der Arbeitervertreter auf die Vereinbarungen beim Zustandekommen der Verhandlungen, erklärten die Industriellen: Das geht uns nichts an! — Trohdessen bemühte sich die Verbandsleitung, die darauf unterbrochenen Verhandlungen wieder weiterzuführen. Bezirksleiter Haack fuhr sogar mit zwei Kommissionsmitgliedern nach Dresden, um nochmals mit Direktor Köhler zu verhandeln; doch wies Köhler jetzt aus. Darauf telephonierte am Sonnabend früh der Obmann der Arbeiterkommission in Leipzig den Industriellen Nothe an, daß sie beisammen und zu Verhandlungen bereit sei, worauf Nothe die Kommission auf nachmittags 4 Uhr bestellte.

Bei diesem Stand der Dinge war es natürlich verblüffend, daß am Sonnabend der Direktor Köhler in Dresden seinem Arbeiterausschuß erklärte, es müsse nun doch ausgesperrt werden, denn in Leipzig habe die Kommission der Arbeiter den Unternehmern auf das Ersuchen, zur Verhandlung zu kommen, erklärt: Wir haben jetzt keine Zeit, erst nachmittags 4 Uhr wollen wir verhandeln! — Dieses Verhalten sei aber eine Brüskierung der Unternehmer, und deshalb müsse ausgesperrt werden. So geschah denn auch die Ausperrung in Dresden und Chemnitz auf Grund einer völlig aus der Luft gegriffenen Behauptung, für die nicht der Schatten eines Beweises erbracht werden kann. Derjenige, der diese Mitteilung nach Dresden gegeben hat, hat — wie Genosse Haack, der Verfasser der Aufklärungsschrift, sagt — in bewusster Weise die Wahrheit ins Gegenteil verkehrt und geradezu frivol gehandelt, da dadurch Tausende von Existenzen schwer geschädigt wurden.

Fest steht — so schließt das Schriftchen — trotz aller Verdrehungen, daß die Vorbesprechungen, die zu Verhandlungen führten, von den Unternehmern veranlaßt wurden, daß ein Abkommen dahingehend bestand, auf Ersuchen der Metallindustriellen von Dresden und Chemnitz beiderseitig Kommissionen zu wählen, daß die Ausperrungen in Dresden

Chemnitz und Chemnitz während der Dauer der Verhandlungen aufgehoben werden sollten, daß dieses Abkommen von den Metallindustriellen gebrochen wurde, daß die Kommission der Arbeiter am Sonnabend, den 26. August, sich früh 4 1/2 Uhr zur Verfügung hielt, nachdem die Unternehmer davon am Freitagabend verständigt waren, daß eine dem entgegenstehende Behauptung eine Krasse Unwahrheit darstellt.

Genosse Haack erwartet, wie er eingangs seiner Broschüre sagt, daß die angegriffenen Unternehmer den Klageweg beschreiten, um vor Gericht die Wahrheit feststellen zu können. Die Unterlassung dieser Klage aber beträchtet er als die Anerkennung der Richtigkeit seiner Darlegungen.

Berlin und Umgegend.
Der Streit der Kisten- und Koffermacher.
In später Nachtstunden hatten am letzten Donnerstag die Arbeiter dieser Branche einstimmig beschlossen, in allen Betrieben die Arbeit sofort niederzulegen, welchem Beschluß auch sämtliche Kollegen prompt nachgekommen sind. Alle Unternehmer, die nicht dem Klinge angehören, haben zu erkennen gegeben, daß sie mit der Organisation auf friedlichem Wege sich einigen wollen. Bewilligt haben bis jetzt die Firmen: Müller in Charlottenburg, Stolz, Rigdorf, Hobergstraße, Spielhagen, Köpenicker Straße. Die Verhandlung befaßt den Generallstreik aufzuheben, der partielle Streik dauert weiter. Wo bewilligt ist, wird die Arbeit sofort aufgenommen. Zu diesen Firmen kommen noch einige Kleinbetriebe, wo keine Forderungen bestanden und die Arbeiter bis jetzt nur aus Solidarität gestreikt haben: Meißner, Spittelmarkt, Berger, Daffertorstraße, Ohnschein, Mariannenplatz.

Die Lohnbewegung der Mühlenarbeiter.
Die Mühlenarbeiter von Berlin und Umgegend hatten Anfang August einen Tarifvertrag, wie sie ihn abzuschließen wünschten, durch ihre Verbandsleitung den einzelnen Mühlenbesitzern wie auch dem Syndikat der Vereins der Mühlenindustriellen unterbreitet. Die Antwort der Unternehmer wurde den Arbeitern mitgeteilt in einer Versammlung, die am Sonntagvormittag im Gewerkschaftshaus stattfand, einberufen vom Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter. Den Versammelten, die sehr zahlreich erschienen waren, legte der Vorsitzende Godapp den Briefwechsel zwischen der Verbandsleitung und der Vereinigung der Unternehmer vor. Aus den erhaltenen Antworten ist zu entnehmen, daß die Unternehmer sich nicht auf einen streik ablehnenden Standpunkt stellen, so daß Verhandlungen über die aufgestellten Forderungen möglich sein werden. In den Antworten wurde darauf hingewiesen, daß gegenwärtig noch viele Mühlenbesitzer bereit seien und darum eine Entscheidung vorläufig nicht getroffen werden könnte. Dieser schon früher einmal geäußerten Verzögerungstaktik stehen die Arbeiter etwas mißtrauisch gegenüber. Die Versammelten beauftragten die Lohnkommission, einer etwaigen Verschleppung seitens der Unternehmer mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten. Sie verpflichteten sich, den von der Organisation zur Durchführung der Lohnbewegung beschlossenen Maßnahmen jederzeit Folge zu leisten.

Deutsches Reich.
Der Tischlerstreik in Frankfurt (Main) ist nach einer Dauer von 26 Wochen jetzt beendet worden. Der Kampf drehte sich um den Abschluß eines Tarifvertrages, über den im Frühjahr keine Einigung erzielt werden konnte. Jetzt haben die Parteien einen Vertrag bis zum 15. Februar 1915 abgeschlossen. Die Arbeitszeit wird während der Vertragsdauer von 56 auf 55 Stunden wöchentlich berürzt. Der Stundenlohn wird stufenweise um 4 Pf. erhöht. Der Durchschnittslohn steigt von 38 auf 41 Pf. Ein Teil der Streikenden ist bereits wieder in Arbeit getreten, die übrigen werden nach und nach wieder eingestellt. Damit ist die Vertragsbewegung dieses Frühjahres, die sich auf eine Reihe von Orten erstreckte, auch in dem letzten Orte beendet und die Verträge, welche im Frühjahr 1911 abgelaufen waren, sind sämtlich wieder erneuert.

Zum Streik der Zutearbeiter in Gemelingen.
Seit 9 Wochen stehen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Zute Spinnerie in Gemelingen im Kampfe um eine Aufbesserung ihrer miserablen Löhne. Der Arbeiterausschuß, der neuerdings im Beisein des Gemeindevorstehers mit der Direktion verhandelt hatte, mußte am Mittwoch in einer Versammlung der Streikenden berichten, daß die Direktion jedes Zugeständnis ablehne und bedingungslos die Wiederaufnahme der Arbeit verlange. In einer einstimmig beschlossenen Resolution brachten die Versammelten zum Ausdruck, daß sie nach wie vor zu Verhandlungen bereit sind, daß sie es aber entschieden ablehnen, ohne befriedigende Zugeständnisse der Direktion die Arbeit wieder aufzunehmen. Unter den galizischen „Hingehübren“, die der Direktion als Hausarbeiter dienen, befinden sich mehrere mit Revolvern bewaffnete Elemente, die schon wiederholt auf harmlose Passanten schossen. Die Polizei macht diesem Skandal natürlich kein Ende. Die Streikenden lassen sich aber nicht aus der Ruhe bringen, sie führen den Kampf mit Entschlossenheit weiter.

Streikjustiz.
Noch bei keinem wirtschaftlichen Kampfe ist von der Scharfmacherpresse so eund geschwindelt worden, wie bei der Ausperrung der Hamburger Holzarbeiter. Wir haben dieses heisse Bemühen der edlen Organe vom Schlage der „Hamburger Nachrichten“, die von 900 lebensgefährlichen Körperverletzungen schwindelten, bereits niedriger gehängt. Der Zweck heiligt da die schafelsten Mittel; es gilt nämlich, Material gegen die Arbeiterbewegung zur Stelle zu schaffen, um es gegenüber den Wertungen zu können, und da wird eben noch Reichsverbandsmannier gearbeitet. Von den „lebensgefährlich Verletzten“ ist erstensichtweise noch niemand gestorben, es sei denn, daß — wie weiland die Gummekrieger — die Erschlagenen nach der „Schlacht“ wieder zu neuem Leben und neuen Taten erweckt worden sind. Die Sache hat aber auch eine ernste Seite. Lesen die mit der Rechtspflege betrauten Personen täglich solchen Schwindel so läßt dieser eine suggestive Wirkung aus. „Wie bekannt, ist bei diesem „Streik“ — jede Ausperrung wird kurzweg als „Streik“ bezeichnet — sehr viel passiert“, so oder so ähnlich ist schon wiederholt von Hamburger Richtern oder Anklägern geäußert worden. Und gingen die Verteidiger von der gewöhnlichen „Uebertretung“ der Strafvorschriften oder der einfachen Streifbroschebeleidigung angeklagten Streikführern der Sache auf den Grund bezeichneten sie die Scharfmacherleistungen als das, was sie sind, als Schwindel, dann gab es erstaunte Gesichter. Vor einigen Tagen kam ein „erster Fall“ zur Verhandlung, ein Arbeitswilliger sollte mißhandelt worden sein. Diese Mißhandlung löste sich jedoch in nichts auf, der „Angeklagte“ wurde freigesprochen.

Der zweite Fall von „traffem Terror“ gelangte vor dem Forum des Amtsrichters v. Löhl zur Verhandlung. „Schämt Ihr Euch nicht, so jung und schon so verdorben!“ Diese Worte, die doch mehr moralisierend, denn beleidigend Inhalts sind, hat ein ausgesperrter Tischler G. an zwei jugendlichen Streifbroscher gerichtet. Das Gericht machte aber noch mehr daraus, Th. Hode, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt

denn es beurteilte den Angeklagten aus § 153 der Gewerbeordnung zu zwei Wochen Gefängnis. Bei diesem Urteil scheinen wieder die bekannten „inneren Einflüsse“ mitgewirkt zu haben.

Die Solidarität der „Hirsche“.
Als im März d. J. die dem Metallarbeiterverbände angehörenden Mitglieder des Arbeiterausschusses auf der Werk von Blohm u. Voß in Hamburg ihr Amt niederlegten, weil sie mit den Praktikanten dieser Werk hinsichtlich der Bezahlung der Nacharbeit bei den Beschäftigten nicht einverstanden waren, fragte das Ausschüßmitglied Karsten den Schmie Otto Seebert, der Vorstandsmittglied der „Hirsche“ ist und ebenfalls dem Arbeiterausschuß angehört, ob er sich mit den übrigen Mitgliedern solidarisch erklären wolle. Er antwortete, er lehne sich nicht nach der Lumpen- und Spigbubenaktion am Besenbinderhof (Gewerkschaftshaus). Auf eine weitere Frage, ob vielleicht die Gewerkschaftsbeamten Lumpen und Spigbuben seien, setzte Seebert hinzu: „Das hat Kürbis (der Vorsitzende der Verwaltungsstelle Hamburg des Deutschen Metallarbeiterverbandes) bei den letzten Abmachungen mit den Arbeitern am Lande bewiesen.“

Wegen dieser hohnheißenden Äußerungen zog Genosse Kürbis den „Hirsch“ mit den losen Zungen schlägen zur gerichtlichen Verantwortung. Die Verhandlung fand am Sonnabendnachmittag vor dem Schöffengericht VI in Hamburg statt. Der Angeklagte Kniff, indem er behauptete, den Namen Kürbis gar nicht erwähnt zu haben. Er habe sich durch die Zumutung, er solle die Befehle sozialdemokratischer Personen, die seine politischen Gegner seien, ausüben, beleidigt gefühlt. Zu Karsten habe er nur unter vier Augen gesagt: „Spigbubenpolitik treibe ich nicht.“ Dann wurde der temperamentvolle Angeklagte gegen die „anderen“ so ausfallend, daß der Vorsitzende, Amtsrichter Dr. Rudolphi, ihn ernstlich in die Schranken wies.

Auf Grund der Beweisaufnahme verurteilte das Gericht den Angeklagten zu 50 M. Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis. Durch die Beweisaufnahme sei voll erwiesen, daß die inkriminierten Worte gefallen seien und daß der Privatkläger damit getroffen werden sollte. Von Wahrnehmung berechtigter Interessen könne keine Rede sein, weil keinerlei Anlaß vorlag gegen Kürbis vorzugehen. Es sei dem Angeklagten nur darum zu tun gewesen, dem Privatkläger zu beleidigen.

Aus der Frauenbewegung.

Lehrreiche Zahlen.

Die fortwährende Zunahme der Ehescheidungen, die Steigerung der unehelichen Geburten sind soziale Erscheinungen. Nach der vom Statistischen Amt der Reichshauptstadt veröffentlichten Bevölkerungsbevölkerung waren mehr als ein Viertel aller Geburten — 10 008 von 39 474 — unehelich. Und die armen Unehelichen sind minderen Rechts als die ehelich Geborenen. Sie werden, noch ehe sie zur Welt kommen, von Gesetzgebern dafür gestraft, daß sie armer Leute Kinder sind. Aus der Berufsstellung der Mütter ist ersichtlich, daß sie meistens arme Proletarierinnen sind, die sich zum größten Teil in abhängiger Stellung befinden. Ihre soziale respektive unsoziale Lage hindert sie gewöhnlich daran, rechtzeitig eine Ehe einzugehen. Von den unehelichen Müttern gehörte fast der dritte Teil dem Dienstbotenberufe an. 8103 Dienstmädchen schrieben sich 1958 ungelernete Arbeiterinnen, 1202 Näherinnen und Schneiderinnen und 787 im Handelsgewerbe tätige Personen an. Es folgen die Mädchen „ohne Beruf“ mit 423, die selbständigen Modistinnen mit 281, Blätterinnen mit 220, Aufwärtserinnen mit 163, Kassierinnen mit 85, Lehrereinnen und Gouvernanten mit 52, Sängereinnen und Schauspielereinnen mit 27, Sekretäreinnen mit 10, Beamteinnen mit 5, Studentinnen mit 8 und Hausbesitzerinnen mit 4 unehelichen Müttern. 1040 uneheliche Mütter hatten das 20. Lebensjahr erreicht, 904 waren 19jährig, 691: 15jährig, 382: 17jährig, 109: 16jährig, 80: 15jährig und 7 uneheliche Mütter waren noch keine 15 Jahre alt. Die Zahl der Ehescheidungen betrug im selben Jahre 1970. Die jüngste geschiedene Frau war 16 Jahre alt und die älteste 63 Jahre. 19 Geschiedene waren noch nicht 20 Jahre alt, 15 Ehen wurden im ersten und 78 im zweiten Jahre nach der Eheschließung getrennt. Ein Paar ging noch nach 89jähriger Ehe auseinander. 907 der geschiedenen Ehen waren kinderlos. Selbst Ehen mit 6—10 Kindern gingen auseinander. In den meisten Fällen bedeutet eine Eheschließung auch eine Vernachlässigung in der Erziehung und Pflege der betroffenen Kinder.

Frauenkonferenzen in Oesterreich.

Am 17. September findet in Troppau die Landeskonferenz der Genossinnen Schlesiens statt, die sich mit einer Reihe von wichtigen Fragen zu beschäftigen haben wird.
Am 28. und 29. Oktober wird in Innsbruck die vierte Reichskonferenz der österreichischen Genossinnen tagen, in deren Mittelpunkt die Diskussion über den Anschluß der Frauen an die politischen Vereine stehen wird.
Obwohl das gesetzliche Hindernis für den Eintritt der österreichischen Genossinnen in die Wahlvereine noch nicht beseitigt ist, wollen die Genossinnen doch schon die Vorbereitungen treffen, um nach Beseitigung des § 80 („Frauenspersonen“) dürfen nicht Mitglieder politischer Vereine sein) den Uebertritt vollziehen zu können.

Lesenabende.

Zehlendorf (Wamsbadoh). Mittwoch, den 6. September, bei Ruden, Vortrag: Frau Dr. Paula Rosenthal: „Frauenkrankheiten und deren Verhütung“.

Letzte Nachrichten.

Ein blutiges Liebesdrama.

Karlsbad, 4. September. (B. S.) Der Sohn des Sägewerksbesizers Julius Reumann in Leskau erschloß heute früh unterhalb der Stefaniewarte seine Geliebte Steffi Stamen und verletzte sich dann selbst durch einen Schuß lebensgefährlich.

Großfeuer in Duderstadt.

Göttingen, 4. September. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In Duderstadt im Eichsfeld, wo erst am 12. August über 130 Häuser abgebrannt sind, steht schon wieder, und zwar am Oberort, in der Nähe der katholischen Kirche, ein ganzer Stadteil in Flammen. Bis 8 Uhr abends waren 12 Häuser vom Feuer zerstört. Infolge der großen Dürre und des Wassermangels wütet der Brand weiter.

Im Hochgebirge abgestürzt.

Jansbrud, 4. September. (B. T. B.) Im Jilertthal stürzte der Vikar Procker aus Weiskalen bei einer Tour ab. Auf dem Totenkirch im Kaisergebirge verunglückte der Münchener Tourist Helfer. Beide sind schwer verletzt.

Ein neuer Höhenrekord.

Barame (Dep. Me et Loire), 4. September. (B. T. B.) Der Flieger Garros erreichte heute mit seinem Apparat eine Höhe von 4250 Meter und schlug damit den Weltrekord.
Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Die Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs 1911.

Aus Stuttgart wird uns berichtet:

Die am Sonnabend, den 2., und Sonntag, den 3. September, stattgefundene Landesversammlung war stärker besucht als je eine zuvor. An die 300 Delegierte mochten anwesend sein. Als Vertreter des Parteivorstandes war Genosse Ebert erschienen. Den Vorsitz führte Reichstagsabgeordneter H. Diez. Den Geschäftsbericht erstattete der Vorsitzende des Landesvorstandes Genosse Sperka. Wir haben die wichtigsten Angaben und Zahlen des Geschäftsberichtes bereits mitgeteilt. Der Vorsitzende rühmte die Einigkeit und Geschlossenheit der Stuttgarter Parteigenossenschaft bei der Stadtvorstandswahl im Mai dieses Jahres. Obgleich ein Teil der Parteigenossen schwere Bedenken gehabt gegen die Wahl eines Stadtobershauptes in einer Residenzstadt mit bürgerlicher Rathausmehrheit und obgleich die vom sozialdemokratischen Kandidaten Dr. Lindemann beanpruchte Freiheit in Ausübung der Repräsentationspflichten des Oberhauptes einer Residenzstadt und im Verkehr mit der Krone manchem Genossen als unvereinbar mit unserer Stellung zur Monarchie und zum Klassenstaat erschien, habe die organisierte Arbeiterklasse ihre Pflicht doch restlos getan, wie die Wahlziffern beweisen. Um so bedauerlicher sei, daß man nach der Wahl den Parteigenossen Vorwürfe gemacht habe, während doch nur das Ausbleiben des bürgerlichen Zuzuges, auf den die Befürworter der Kandidatur sicher gerechnet hatten, den Mißerfolg verursacht hat.

In ihrem weiteren Verlauf führten die Verhandlungen zu scharfen Zusammenstößen zwischen den Radikalen und Revisionisten, die mit dem Verlassen der Landesversammlung durch die große Mehrzahl der Stuttgarter Delegierten und der einer Anzahl Städte und ländlicher Mitgliedschaften endeten.

Zum Verständnis der Vorgänge sei das Delegationsystem zur Landesversammlung, durch das die größeren Mitgliedschaften, in denen das Parteileben am regsten pulsiert und die auch die finanziellen Träger der Landesorganisation sind, arg benachteiligt werden, hier skizziert. Die betreffende Bestimmung des Statuts lautet:

Ortsvereine bis zu 100 Mitgliedern wählen einen Delegierten, mit 100—300 Mitgliedern zwei Delegierte, mit über 300 Mitgliedern auf je weitere volle 200 Mitglieder je einen weiteren Delegierten.

Diese Bestimmung macht es möglich, daß 49 Mitgliedschaften mit je 6 bis 20 und insgesamt 729 Mitgliedern 49 Delegierte zur Landesversammlung entsandten, während die beiden großen Vereine Stuttgart und Cannstatt mit 8007 Mitgliedern nur 41 Delegierte entsenden konnten.

Wegen dieser krassen Ungerechtigkeit wendete sich ein Antrag Stuttgart und anderer Mitgliedschaften, der verlangte, daß auf Antrag von 15 Delegierten eine namentliche Abstimmung erfolgen müsse. Weiter wurde gefordert, daß auf Verlangen der gleichen Zahl Delegierter die Abstimmung nach Zahl der vertretenen Parteigenossen erfolgen müsse. Beide Forderungen wurden von der Mehrheit der Delegierten abgelehnt.

Zu außerordentlich heftigen Auseinandersetzungen kam es dann bei Beratung des Antrages der Ortsvereine Stuttgart, Cannstatt und noch anderer Orte auf

Einfügung einer Prekominmission

für die „Schwäbische Tagwacht“, die aus neun Mitgliedern zusammengefaßt werden sollte, von denen drei der Landesvorstand und Landesauswahlgang delegieren sollte, während die anderen sechs von Stuttgart, Cannstatt und noch einigen Orten des Industriegebietes gewählt werden sollten. Dieser Antrag wurde auf Vorschlag des Vertreters des Parteivorstandes später dahin geändert, daß nach dem Vorbild der Prekominmission für den „Vorwärts“ eine besondere Prekominmission gebildet werden sollte, die gleichberechtigt mit dem Landesvorstand die prinzipielle und taktische Haltung der „Tagwacht“ überwachen und die Verwaltungsangelegenheiten regeln sollte. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen diesen Körperschaften würde der Landesauswahlgang (Kontrollkommission) als dritter gleichberechtigter Faktor anzuziehen sein. Die Prekominmission sollte sieben Mitglieder zählen, von denen vier die Mitgliedschaften Groß-Stuttgart zu wählen hätten, während der 1., 2. und 4. Reichstagswahlkreis je einen Delegierten wählen sollten. Zur Begründung dieses Wahlmodus wurde geltend gemacht, daß wenn die Kreisgeneralversammlung der genannten drei Wahlkreise allein die Wahl vornehmen würden, das Industriegebiet mit seinen großen Mitgliedschaften wiederum schwer im Nachteil sein würde, weil bei dem Delegationsystem zur Kreisgeneralversammlung ähnlich dem zur Landes-

versammlung die kleinen ländlichen Mitgliedschaften die Zusammenlegung der Prekominmission fast ausschließlich bestimmen würden.

Der Antrag Stuttgart wurde von Westmeyer begründet. Einleitend zeichnete er die wirtschaftliche Umwälzung in Württemberg. Die Zahl der Selbständigen nehme rapid ab, während die Zahl der Lohnarbeiter riesenhaft answelle. Die Verschärfung des Klassenkampfes zur Regierung und den bürgerlichen Parteien sei die Folge. Das Verhältnis der Parlamentsfraktion und der „Schwäbischen Tagwacht“ nehme die entgegengesetzte Entwicklung. Daraus resultieren die sich immer mehr verärgelnden Differenzen zwischen der Mehrheit des Industriegebietes und dem Parteiorgan. Das Delegationsystem zur Landesversammlung gewähre aber den großen Mitgliedschaften so gut wie keinen Einfluß auf die Wahl des Landesvorstandes und auf die „Schwäbische Tagwacht“. Darum verlangen sie die Prekominmission.

Hauptredner gegen den Antrag auf Einfügung einer Prekominmission war der Chefredakteur Genosse W. Keil, dessen 1 1/2 stündige Rede sich hauptsächlich gegen den Genossen Westmeyer richtete. Der Vertreter des Parteivorstandes trat energisch für den Rechtsanspruch der Stuttgarter Parteigenossen ein, nach der Rede Keils konnte aber auch er nicht durchdringen. Die Mehrheit der Delegierten machte durch Annahme eines Schlufantrages es dem Genossen Westmeyer unmöglich, auf die Verdächtigungen Keils zu antworten. Als Westmeyer eine kurze, persönliche Bemerkung machen wollte, schrie die Mehrheit ihn nieder. Das gleiche Schicksal widerfuhr einem anderen Stuttgarter Delegierten, der gleichfalls von Keil aufs schwerste persönlich angegriffen worden war. Derselbe Mehrheit beschloß dann noch eine Prekominmission, die von den drei genannten Wahlkreisen gewählt werden soll.

Einer der Führer dieser Mehrheit, Göhring-Ulm, setzte alsdann trotz der Bitten des Vorsitzenden Genossen Diez einen Antrag durch, daß den fünf Redakteuren, Keil, Rohmann, Ulric, Krille und Westmeyer, gekündigt werden soll. Die Tendenz des Antrages wird gekennzeichnet dadurch, daß Keil infolge seines Doppelmandats zum Reichs- und Landtag in kurzer Zeit die Chefredaktion ohnehin niedergelegt hätte, während Rohmann als Redakteur für das demnächst in Ulm erscheinende Blatt in Aussicht genommen ist. Die Mahnung richtet sich also gegen die beiden Radikalen Krille und Westmeyer. Die Tat sache dem Fah den Boden aus. Etwa 50 Delegierte Stuttgart, Cannstatt und noch einige Mitgliedschaften verließen die Landesversammlung. Folgende

Erklärung

gaben sie zu Protokoll: „Die unterzeichneten Delegierten haben sich gezwungen gesehen, die Landesversammlung aus folgenden Gründen zu verlassen:

„Nicht genug damit, daß die sachlich durchaus berechtigten Anträge der Mehrheit der Delegierten von Stuttgart sowie von Delegierten anderer Wahlkreise von der Majorität der Landesversammlung ohne sachliche Würdigung niedergestimmt worden sind, hat die Majorität auch durch die Annahme des Antrages Göhring den oben genannten Delegierten einen Faustschlag ins Gesicht versetzt. Dieser Antrag bedeutet nämlich die Aufhebung des prinzipiellen Beschlusses, die Einfügung einer Prekominmission betreffend, dem er preßt die Mitglieder der Prekominmission auf lange Zeit hinaus um das ihnen zuerkannte Recht, an der Regelung der Redaktionsverhältnisse als gleichberechtigter Faktor mitzuwirken. In Verbindung mit dem Antrag Göhring ist also der Antrag Rosenhagen (Einfügung einer Prekominmission) eine Farce.

Damit nicht genug. Dieser Antrag bedeutet außerdem die Mahnung der Redakteure der „Tagwacht“ Westmeyer und Krille, und das geschah nach einer etwa einhalbstündigen Anfechtung des Genossen Keil, voll der schwersten Unwahrheiten und Beschuldigungen gegen andere Redakteure.

Zu alledem noch wurde dem zumeist angegriffenen Redakteur Westmeyer nicht nur das Wort zur Erwidrerung verweigert, sondern auch seine persönliche Bemerkung brutal niedergegriffen. Ebenso wurde der Stuttgarter Delegierte Stetter niedergegriffen, der vom Redakteur Genossen Keil ebenfalls schwer angegriffen worden war.

Diese brutale Vergewaltigung der Minderheit der Delegierten durch von den Genossen Keil, Wadner und andere Stuttgarter Genossen angeführten Delegierten der Mehrheit der ländlichen Mitgliedschaften macht es den unterzeichneten Delegierten und Gästen unmöglich, der Landesversammlung länger beizuwohnen. Wir müssen es unseren Mitgliedschaften überlassen, die Konsequenzen aus diesem Verhalten der Majorität der Landesversammlung zu ziehen.“

Die Mehrheit der Landesversammlung glaubte damit aber noch nicht genug getan zu haben. An Stelle des zurückgetretenen Vor-

sitzenden des Landesvorstandes Genossen Sperka wählte sie den Reichstagsabgeordneten Genossen Hildenbrand zum Vorsitzenden. Genossin Geilin, die sich mit dem Stuttgarter Stand solidarisch erklärt hatte, wurde aus dem Landesvorstand hinausgewählt. Das gleiche widerfuhr dem radikalen Reaktionen verbächtigen Gaug-Krummenacker. Dafür wurde Genosse Göhring-Ulm mit noch einem Genossen dem Landesauswahlgang beigegeben. Die kritischen Bemerkungen des Vertreters des Parteivorstandes wurden kaum angehört.

Der „Vorwärts“ vor Gericht.

1. Ein Sergeant und drei Mann

traten gestern als Zeugen gegen unseren verantwortlichen Redakteur, Genossen Barth, vor die Schranken des Gerichts. Der Anklage lag eine am 18. Januar veröffentlichte Lokalnotiz zugrunde. Darin wird nach Mitteilungen von Augenzeugen gefast, vor einer kleinen Abteilung von Soldaten des 2. Garderegiments zu Fuß, die von der Kaserne in der Karlstraße nach der Kaserne in der Friedrichstraße marschierte, sei ein 9—10jähriger Knabe hergetänzelt. Als der die Truppe führende Fahnenträger dies bemerkte, habe er den Knaben dermaßen geohrfeigt, daß er sich mehrere Male überschlug. Die Anklage behauptet, diese Angabe sei un wahr. Barth hat sich deshalb wegen Verleibigung des erwählten Fahnenträgers, Sergeant Schmanna, zu verantworten. Wie sich der Vorgang in Wirklichkeit abgespielt hat, das konnte in der gestrigen Verhandlung noch nicht aufgeklärt werden, da die Angaben der Zeugen wesentlich voneinander abwichen.

Die drei Soldaten, welche zusammen mit dem Sergeanten und einem vorausmarschierenden Spielmann die erwähnte Abteilung bildeten, stellten den Hergang so dar: Schon in der Karlstraße sei der Knabe zwischen dem Spielmann und der Abteilung mitgelaufen und habe die Marschbewegungen der Soldaten nachgemacht. Der Sergeant habe den Knaben mehrere Male aufgefordert, sich zu entfernen. Da der Knabe das nicht getan habe, sei der Sergeant auf ihn zugegangen, um ihn „rauszubringen“. Der Knabe sei dann fortgelaufen und hingefallen. So war zunächst die Angabe des ersten Zeugen. Durch Fragen des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, kam dann aber heraus, daß der Sergeant nicht nur auf den Knaben zugegangen, sondern ihn am Schultornis berührt. Schließlich mußten die drei Soldaten zugeben, daß die „Verührung“ ein „Schub“ war, den der Sergeant dem Knaben verlegt hat. Aber nicht infolge des Schubs, sondern infolge seines Fortlaufens soll der Knabe gefallen sein. Nach übereinstimmender Angabe der drei Soldaten soll der Knabe in der Karlstraße an der Vorshawelle hingefallen sein. — Nach der sehr bestimmten Angabe des Sergeanten soll sich der Vorgang in der Friedrichstraße abgespielt haben, als die Truppe den Fahrdamm derselben überquerte. Hier, und zwar auf dem Fahrdamm, ist nach Angabe des Sergeanten der Knabe gefallen. Der Sergeant hat in der Karlstraße nicht von dem Knaben gesehen, sondern bemerkt, daß der Knabe erst in der Friedrichstraße an die Truppe herantam und vor ihr berging. Aufgefordert, sich zu entfernen, hat der Sergeant den Knaben nicht, sondern gleich eine Armbewegung — wie er selbst sagt, keine kanste — nach dem Knaben gemacht und ihn dabei am Schultornis berührt. Teils infolge dieser Verührung, teils infolge der eigenen Bewegung sei derselbe gefallen. So sagt der Sergeant.

Zwei Zivilzeugen stimmen in der Ortsangabe mit dem Sergeanten überein, sie haben auch gesehen, daß der Sergeant den Knaben stieß. Einer dieser Zeugen sagte, der Junge bekam einen Stoß ins Gesicht, infolgedessen fiel er hin, stand wieder auf und lief weinend und schreiend davon. Unter dem Straßenpublikum habe der Vorgang lebhaft Erregung und Mitleiden hervorgerufen.

Der Verteidiger beantragte, noch zwei Zeugen zu laden, die bekunden werden, daß sich der Vorgang genau so abgespielt hat, wie er im „Vorwärts“ dargestellt wurde, nämlich daß der Sergeant den Knaben derart geohrfeigt habe, daß er sich mehrere Male überschlug.

Das Gericht gab dem Antrage statt und vertagte die Verhandlung.

2. Der Ehre eines Arbeitgebers

galt ein zweiter Verleibigungsprozeß, der gestern gegen unseren Kollegen Barth verhandelt wurde. In diesem Falle war es ein kurzer Bericht über eine Verhandlung vor dem Innungsgericht, der Anlaß zur Anklage gegeben hat. Ein Stutischer, der seinen Arbeitgeber, einen Schmiedemeister Wedtler, wegen einer Lohnforderung verklagte, hat bei der Vertretung seiner Klage vor dem Innungsgericht gesagt, der Arbeitgeber habe mit der Frau des Anklägers ein intimes Verhältnis unterhalten. Das habe zum Streit zwischen den Parteien

geführt. Münchener Theater! Der Reinhardt's Theater-Intentionen kennt, wußte im voraus wissen, daß die Aufführung der Orestie des Reschlos, die in der Arena der Ausstellungsballe als Massen-Vollstüchspiel vor sich ging, nur eine Wiederholung der Oedipuswirkungen sein würde. Wo Reinhardt bei Oedipus den allegorischen Chor aus seiner Storre riß und ihn als lyrisches Prädigewand um die Dichtung, um die Tragödie schlug, da macht er ihn diesmal quasi zur Hauptperson mit einem Massen-aufgebot von Hunderten, die sich ihm aus den Reihen des wertstättigen Volkes zur Verfügung stellen. Wochenlang dauerten die Vorproben bis in die Mitternacht, um das Riesenorgan des Chors in plastischer und phantastischer Gliederung zum gewaltigen Stimmungs-träger heranzubilden. Doch blieb die Wirkung hinter der des Oedipus zurück, da die gespannten Erwartungen bei dem durch keine neuen Triebkräfte verstärkten Reinhardt'schen Kunst-mechanismus nicht voll auf ihre Kosten kamen. Die Entsetzungen blieben aus; es sei denn, daß man Rosi's hinterreichenden Orestes gegenüber der guten Durchschnittsleistungen der übrigen Solospieler eine Sensation nennen wollte. Auch die Rollen'sche Einleitung imponierte nicht sonderlich. Schließlich zeigte sich, daß das Volk beim fernem Mithenstoff am Ende gähnt — und in den Weisfall sang energisches Jischen.

Humor und Satire.

Herr v. Jagow's Schieberlaß.

Wohst Du heute friedlich aus:
Wirte erst mit Mut Dich.
Laß Dein Schieberlaß nicht zu Haus,
Denn oft wird's jetzt blutig.

Herrn v. Jagow's Schieberlaß,
Dieser rigoroze,
Schlägt den Boden aus dem Fuß ...
Arme Unterhose ...

Ganz gewaltig wird im Preis
Der Revolver steigen:
Jeder, der bedroht sich weiß,
Macht ihn sich zu eigen.

Permanente Schiebererei
Ist jetzt zu erwarten;
Wer nicht sig genug dabei,
Dem geht's an die Schwarten.

Darum hat der Schuymann ja
Säbel und Pistole ...
Glaubt Du Giel, er sei da
Nur zu Deinem Wohle?

Alfred Scholz.

Kleines feuilleton.

Theater.

Freie Volksbühne (Leising-Theater). „Wenn der junge Wein blüht.“ Von Björnstrjerne Björnson. — Es ist charakteristisch für die ganze Lebensauffassung des großen nordischen Dichters, daß er noch kurz vor seinem Tode ein feingliedriges Lustspiel herausbrachte, wie es jugendfrischer und temperamentvoller kaum je ein Poet in seinen besten Jahren schuf. Und wenn auch die eigentliche Handlung, die seinem wirksamen Bühnenstück fehlen soll, in einem zarten Gewebe wechselnder Stimmungen mehr als nötig zurücktritt, so bleibt der behandelte Stoff dennoch frisch, wirksam und fessend bis zum letzten Akt des Vorhanges. Alle Situationen sind mit ansprechender Schalkhaftigkeit und reifer Lebensfreude erfüllt, denn die Jugend steht an und führt dem Alter seine Schwermüdigkeit vor Augen. Das erlebt auch der Probst Hall an sich, ein wunderlicher Schwärmer, der sich zu seiner jüngsten Nichte Helene in unwiderstehlicher Reizung hingezogen sieht. Anders deren Vater, der alte Arnt, ein weicher, empfindsamer Mensch, den die Herrschaft des Ewigweiblichen in seinem Hause — er hat eine reiferen Frau und drei emanzipationslästerne Töchter — zum Schweigenden und Spötter gemacht hat. Auch er findet Gefallen an der Jugend; aber auf seine Weise. Und zwar ist es Halls Tochter, die ihn fesselt. Um der Hölle seines Heims zu entfliehen, will er mit dieser, die seine Reizung dazu benützt, ihm Geld abzulisten, auf und davon. Neugierlich bestärkt ihn zu diesem Entschlusse eine scharfe Auseinandersetzung mit seinen Familienangehörigen. Nun, da er fort ist, setzt eine ungesüßte sentimentale Reue bei Frau und Töchtern ein. Aber der Ausreißer kehrt über Erwarten reich zurück. Nach einem Monat bei seiner Gattin der Gang zu einer wirksamen Gardinenpredigt auf. Dann erfolgt die Veröhnung und eine Verständigung, die dauerhaft zu sein verpricht.

So leicht und anmutig das seine Gewebe des an helteren Epochen überreichen Stückes ist, so schwierige Anforderungen stellen die einzelnen Rollen an ihre Darsteller. Denn gerade die vom Dichter absichtlich unterschätzte Komik der einzelnen Figuren verleitet leicht zu einem gewissen Uebermaß, das unnatürlich und abstoßend wirkt. Aber allen diesen Fährnissen gingen die Darsteller der Volksbühnenaufführung geschickt aus dem Wege. Willi Frohöfe gab den alten Arnt glaubwürdig und lebenswahr mit jenem feinen Spott, der vornehm und sympathisch wirkt. Prächtig war auch Paula Ebert als Frau Arnt; sie überschritt weder als triumphierende Mutter, noch als reuige Gattin das dieser Figur vom Dichter gesteckte Ziel. Bruno Bienen-

brachte den Probst Hall ein wenig überschwänglich heraus, dennoch überzeugend. Sehr fein hatte Lora vom Busch die Nichte, die Tochter des Probstes, ausgestattet; ebenso verdiente Paula Somarby temperamentvolles Spiel als Helene volle Anerkennung.

Die freie Volksbühne hat am letzten Sonntag ihr neues Spieljahr mit frischen Kräften begonnen. Im Neuen Schauspielhaus wurde Lessings „Rathen“, im Residenztheater Augiers bereits anfangs der neunziger Jahre zur Aufführung gebrachte Gesellschaftskomödie „Die arme Löwin“ gegeben. Außerdem gab es Björnstrjerne's letztes Lustspiel: „Wenn der junge Wein blüht“ (im Leisingtheater) und schließlich eine Uraufführung (im Thaliatheater). Es wurde der „Zigaretten-laffen“ bestritt, eine Komödie von John Galsworthy, dem Verfasser des im vorigen Jahre aufgeführten Dramas „Kampf“. Wieder schwingt ein soziales Problem hinein: die Erörterung der im Klassenstaat immer aufzuwerfenden Frage, ob ohne Unterschied des Herkommens und Standes gleiches Recht und gleiche Rechtsprechung gebräuchlich seien. Natürlich wird nicht bloß bei und mit zweierlei Maß gemessen. Der reiche Bourgeois repariert jede von ihm begangene Verletzung der Moral und des Strafparagraphe durch Geld; der Proletarier und notorische Hohn-nichts wird, weil er keinen Rammon hat, wegen des gleichen Reates sündig gesprochen und verdonnert. In dieser Komödie konzentriert der Verfasser zwei Menschenklassen und zwei Anschauungen. Das ist, vom rein sozialen Stoff gesehen, sein gutes Recht. Damit allein wird aber kein Drama geschaffen. Was wir hier vorüberblicken sehen, ist eine Novelle; in vier Bilder — nicht Akt! — aufgeteilt. Eine gewisse Groblosigkeit ist nicht zu übersehen — trotz mancher psychologischen Feinheit. Recht eigentlich recht ist nur das zweite Bild in der Proletarierkassette geraten. Dies arme Weib und ihr arbeitsloser Mann sind lebenswahre Gestalten; allen anderen dagegen haftet etwas Konstruiertes an. Das Gerichts-personal wirkt karikaturhaft. Einen Gewinn können wir also diese Komödie schwerlich nennen — es wäre denn, daß sie zwei Mit-wirkenden vollaus Gelegenheit gewährte, aus der Nichtbeachtung herauszutreten. Bei Martha Altenberg lernten wir ganz die Schauspielerinnen vergessen: — so eindringlich, so unerschütterlich war sie als Frau Jones; erschütternde Wirkungen gingen von dieser Ver-förderung aus. Wenn's wirklich noch Bühnenleiter gäbe, die nicht bloß à la Reinhardt'scher Fikselveräußerung im Schauspielhaus einen Statisten sehen, dann müßten zehn Hände nach Martha Altenberg greifen. Auch Robert Garrison (Jones) ließ eine nicht alltägliche Nacht naturalistischer Charakteristik erkennen. Freig Jungfermann als lauberes Bourgeoisfräulein war einfach vorzüglich. Rollen, wie diese, kann nur er so herausstellen. Und dann nennen wir noch Emil Sondermann's dutadlen John Barthold. o. k.

geführt, in dessen Verlauf der Arbeitgeber den Kutscher ohnfeige, weshalb dieser das Arbeitsverhältnis vor Ablauf der Kündigungsfrist löste.

Der am 30. Dezember 1910 im „Vorwärts“ veröffentlichte Bericht über diese Verhandlung stellt die intimen Beziehungen des Arbeitgebers zur Frau des Kutschers als Tatsache hin. Später hat sich herausgestellt, daß dies nur eine nicht erwiesene Behauptung des Kutschers ist. Dieser Irrtum in unserem Bericht ist es, wodurch sich der Schmiedemeister, auf dessen Antrag die Staatsanwaltschaft im öffentlichen Interesse Anklage erhoben hat, beileidigt fühlt. Daß der Irrtum unseres Berichterstatters durchaus begründlich und entschuldigbar ist, das beweist die gestrige Verhandlung vor der Strafkammer. Hier wurde der Vorsitzende des Jugendrichters sowie einer der Arbeitgeber befragt. Beide gaben an, im Schiedsgericht habe die einstimmige Meinung geherrscht, daß die Angaben des Kutschers zutreffend seien, um so mehr, da der Vertreter des beklagten Schmiedemeisters diese Angaben nicht bestritten habe. Auch der Kutscher sagte als Zeuge vor der Strafkammer, er sei noch heute der Meinung, daß ein intimes Verhältnis zwischen seiner Frau, mit der er in Unfrieden lebe, und dem Schmiedemeister bestanden habe, aber beweisen könne er es nicht.

Aus der weiteren Vernehmung ging hervor, daß alle, welche der Verhandlung vor dem Schiedsgericht beizuwohnten, die Sache ebenso aufgefaßt haben, wie unser Berichterstatter. Aber wie gesagt, es kann nach Lage der Sache nicht behauptet werden, daß intime Beziehungen zwischen den genannten Personen tatsächlich bestanden. Deshalb erklärte sich Paris auch bereit, die Angaben des Gerichts zu widerrufen, wenn der Schmiedemeister den Strafantrag zurücknehmen würde. Der aber weigerte sich dessen und bestand auf der Verhandlung.

Der Erste Staatsanwalt Steinbrecht bemühte sich, den Irrtum, dessen Opfer der Angeklagte geworden ist, als eine schwerwiegende Straftat hinzustellen. Die Ueberrückung der Kette, die Art des Druckes und andere Ausschereien zog der Erste Staatsanwalt heran, um nach seinem bekannten Schema die Ansicht zu vertreten, der „Vorwärts“ habe hier wieder nach seiner bekannten Methode gegen einen Arbeitgeber gehandelt. Zwei Monate Gefängnis beantragte der Staatsanwalt wegen Verleumdung des Schmiedemeisters.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Roth wandte sich zunächst gegen die Art, wie der Vertreter der Anklage die Sache hinzustellen sich bemüht hatte. Die an sich recht unbedeutende Angelegenheit werde wirklich nicht, mit so großem Pathos behandelt zu werden, wie es der Erste Staatsanwalt anwandte. Geht, der Inhalt der Notiz sei objektiv unrichtig. Das sei ohne weiteres gegeben. Aber sie sei entstanden auf Grund eines begründeten Irrtums. Eine mäßige Geldstrafe würde sich vielleicht rechtfertigen lassen, aber nicht das beantragte Strafmaß.

Paris selbst wandte sich ebenfalls gegen die Methode des Ersten Staatsanwalts, bedeutungslose Nebensächlichkeiten als strafschärfende Momente heranzuziehen und beantragte seine Freisprechung.

Das Gericht erkannte auf die vom Staatsanwalt beantragte ungeheuerlich hohe Strafe von zwei Monaten Gefängnis.

2 Monate Gefängnis, weil der „Vorwärts“ über eine Gerichtsverhandlung ebenso berichtet hatte, wie sie auch der Jugendrichtersgerichtsvorsitzende und die Arbeitgeber befragt hatten und auffassen mußten, weil der Vertreter des Beklagten die Angaben des Klägers nicht bestritten hatte! 2 Monate Gefängnis, weil der „Vorwärts“, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die Behauptungen des Klägers nicht nachweislich wahr seien, zu einer Verächtlichmachung in lauzastlicher Weise bereit erklärt hatte. Eine Verleumdung soll in der Annahme und Weitergabe von Behauptungen liegen, die der Vertreter des angeblich beleidigten Schmiedemeisters vor dem Jugendrichtersgericht unwidersprochen ließ und dadurch alle Anwesenden zu der Annahme verleitet, der Schmiedemeister, der ja im übrigen völlig hübschliche Fintwendungen gegen den berechtigten Anspruch des Klägers erheben ließ, gebe die vorgebrachten Behauptungen zu! Das ist für das gesunde Rechtsempfinden, das für Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen eintritt, unverständlich.

Welches öffentliche Interesse lag ferner vor, in diesem Falle öffentliche Klage durch den Staatsanwalt zu erheben, statt die Sache als Privatverleumdungssache ausfinden zu lassen? Die Erörterung dieser Frage ist um so interessanter, als demnächst bei Beratung der Strafprozessordnungsnovelle die Frage wieder aufgerollt werden wird und die Regierungsvertreter in der Kommission erklärt hatten, es sei undenkbar, daß deshalb, weil der angeblich Beleidigte ein Arbeitgeber oder der angeblich Beleidiger ein Sozialdemokrat, öffentliche Klage erhoben würde. Dank der Staatsanwaltschaft, daß sie durch Erhebung der Anklage in diesem Falle neues Material zur Bekämpfung des Rechts freier Willkür der Staatsanwaltschaft für Erhebung von Anklagen geliefert hat! Verraten dürfen wir unseren Lesern, daß weniger der Schmiedemeister als ein Kriminalbeamter die Erhebung der Anklage betrieben hat. Der Staatsanwalt Steinbrecht hat durch seine völlig aus der Luft gegriffenen Behauptungen über eine „Methode des „Vorwärts““ Stimmung für eine Verurteilung und für eine der Höhe und Art nach durchaus ungerechte Strafe gemacht. Wegen solche Stimmungsmacherei vor einem aus Gegnern der Sozialdemokratie bestehenden Gericht, das den „Vorwärts“ noch schlechter als der Staatsanwalt kennt, gibt es nur ein Gegenmittel: die eidlische Verneinung des Staatsanwalts. Sie würde nach unserer Ueberszeugung ergeben, daß die mit so reichlichen behördlichen Mitteln zur Wahrheitsverfolgung ausgerüstete Staatsanwaltschaft in einer Woche weit mehr nach Ansicht des Gerichts „nicht erwiesene Behauptungen“ aufstellt als der „Vorwärts“ in einem ganzen Jahre. Das müßte das Gericht zu einer anderen Auffassung über die von der Staatsanwaltschaft gegen den „Vorwärts“ erhobenen Anklagen führen. Oder läßt unsere Justiz tatsächlich von dem Verdammungsmotto einer schäblichen Justiz sich leiten, das der verlassene Justizminister Dr. Schönfeld als Leitmotto für Preussens Justiz aufstellte: Wenn zwei daselbe tun, ist es nicht daselbe?

Soziales.

Landarbeiterlos.

In einer Landarbeiter-Versammlung zu Mirrow (Meklenburg-Strelitz) wurde in der Diskussion ein Fall erörtert, der das Wort Wilhelm II., daß in Deutschland für den Arbeiter bis ins hohe Alter hinein gesorgt ist, recht trefflich illustriert. Ein 70-jähriger Landarbeiter namens Koch hat seit 45 Jahren in Magdow zwischen Möbel und Mirrow auf einem Rittergut gearbeitet. Jetzt ist der Alte erwerbsunfähig geworden. Der Pächter des Gutes verwies ihn nun an den Besitzer, den Baron von Hammerstein auf Rehob. Dieser soll dem Alten großmütig eine „Wohnung“ in einer alten

Mühle angewiesen und angeordnet haben, daß der Alte täglich 1 Liter Rahmgermilch geliefert bekommt und soviel Kartoffeln essen könne wie er will. Das ist eine Kost für einen alten Mann, wie man sie auf gewissen Gütern auch den Schweinen zukommen läßt.

In Versammlungen auf der Insel Rügen mußte unser Gewährsmann hören, daß in den meisten Orten die Knechte und Arbeiter noch im Pferdestall, an manchen Orten die Mägde im Kuhstall schlafen müssen. Sogar die letzte Ostern aus der Schule entlassenen Jungknechte müssen im Pferdestall hauen. Die reichen Bauern auf Rügen scheinen gar nicht zu wissen, daß sie mit solchen Zuständen aller Kultur ins Gesicht schlagen. Aber die Scham ist eben zu den Hunden entflohen.

Kampf der schweizerischen Kapitalisten gegen die Kranken- und Unfallversicherung.

Während in der Öffentlichkeit die Gegner des Versicherungsgesetzes sich vor allem mit dem Mantel echter Demokratie drapieren und erklären, ein Gesetz von solcher Bedeutung dürfe nicht allein von der Bundesversammlung erledigt werden, sondern zur Wahrung der Demokratie müßte dem Volk, d. h. den Stimmberechtigten Gelegenheit geboten werden, darüber zu entscheiden, läßt man ein unserer Parteipresse zugesprochenes Geheimartikel des Schweizerischen Verbandes der Versicherungsvereine und Versicherungsbeamten, die ja nur die Handlanger der Versicherungskapitalisten sind, über die wahren Beweggründe der kapitalistischen Gegner des Versicherungsgesetzes auf. In dem Geheimartikel heißt es nämlich u. a.: „Heute ist es die Unfallversicherung, morgen wird es die Feuer- oder sogar die Lebensversicherungsbranche sein, welche der Staat an sich reißen will. Unmittelbar vor der Abstimmung über die Kranken- und Unfallversicherung ist bereits in unserer Bundesversammlung die Motion Hoffmann eingereicht worden, welche die Verstaatlichung der Mobilitätsversicherung bezweckt. Was würden andere Gewerbetreibende sagen, wenn der Staat, für den jeder gern seine Opfer bringt, sie ihrer Existenz berauben wollte, und bezieht nicht wirklich die Gefahr, daß sich der Verstaatlichungswahn später auch auf andere Gewerbe ausdehnt?“

Diese Verstaatlichungs-Befürchtung, die Entziehung des Profits der Versicherungsgesellschaften, ist genau so wie 1881 in Deutschland ein Hauptmotiv gegen das sozialdemokratische Verlangen, daß das Unternehmertum und der Staat für die Opfer einzutreten habe, die der von der Hand in den Mund lebende Arbeiter bei Schaffung des Mehrwerts für den Kapitalisten erleidet. In Deutschland hat es die Kapitalistenklasse dann fertig gebracht, die Lasten der Versicherung zum überprozent Teil dem Arbeiter aufzupacken. Die ökonomischen Parteien wurden durch die Erkenntnis für die Sozialgesetzgebung gewonnen, daß durch sie die Armenlasten auf die breiteren Schultern der Arbeiterklasse gelegt werden. In der Schweiz wird's nicht anders verlaufen.

Aus Industrie und Handel.

Teurer Kaffee und Kakao.

Die Preise für Kaffee und Kakao, die heuer im Vergleich zu den Vorjahren schon außergewöhnlich hoch sind, haben von Juni auf Juli eine weitere bedeutende Steigerung erfahren. Beim Kaffee beträgt die Erhöhung des Preises gegen das Vorjahr bereits 25 bis 50 % pro Doppelzentner. Es kostete nämlich im Großhandel ein Doppelzentner Kaffee der nachstehenden Sorten in Mark:

	Juli 1910	Juni 1911	Juli 1911
Sabaniila	88,00	157,50	158,50
Santos, good ab.	78,00	121,00	121,00
„ Surin.	150,00	106,00	200,00
„ Tschin.	150,00	195,00	197,00
Java, gut mittel	190,00	212,75	216,00

In ähnlicher Weise haben sich die Kakaopreise entwickelt. Sie stiegen seit Juli 1910 um 10 bis 15 % pro Doppelzentner. Für die wichtigsten Sorten stellten sich die Preise pro Doppelzentner in Mark auf:

	Juli 1910	Juni 1911	Juli 1911
Secra, Surant.	92,00	100,00	102,00
St. Thome, fein	95,00	103,00	110,00
Teindot, Surant.	106,00	110,00	114,00
Samana, Surant.	89,00	97,00	104,00

Die Einfuhr von Rohkaffee ist in den Monaten Januar bis Juli 1911 um 60 609 Doppelzentner gegen das Vorjahr gestiegen. Dem Werte nach ergibt sich eine Zunahme von 108,67 Millionen Mark auf 115,53 Millionen Mark.

Korruption.

Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, daß in der kapitalistischen Handelspresse die Westschicklichkeit geradezu als etwas Selbstverständliches angesehen zu werden scheint. Wie tief die Korruption sitzen muß, lehrt wieder einmal folgende Aeußerung im neuesten Heft der „Bank“, aus Anlaß des jüngst von der „Adl-nischen Zeitung“ zur Sprache gebrachten Falles: „Wollte man alle diejenigen (Handelsredakteure) nennen, die von Banken und Syndikaten teils in bar, teils — was in der Wirklichkeit weit schlimmer ist — durch sogenannte „Informationen“ für ihre Wohlverhalten entschuldigt werden, so wäre das Ansehen der Finanz- und Handelspresse dahin. (!) Denn es ist nicht nur vor 25 Jahren bestanden worden. Auch heute noch werden bei jeder größeren Subskription in den Direktionsbüros der Banken Listen mit den Namen derjenigen Handelsredakteure aufgestellt, denen ein Posten Aktien zum Subskriptionskurs zugeteilt und gleichzeitig zum 10 oder 20 Prozent höheren ersten Kurse wieder abgenommen wird, so daß ein Guthaben entsteht, über das beliebig verfügt werden kann. . . . Soll man die Namen derjenigen angesehenen Redakteure nennen, die im Handelsteil ihres Blattes einen erbitterten Krieg gegen alle Budehshops und Anwaltskanzleien führen und sich vom ersten Borsendebesucher hämisch fragen lassen müssen, weshalb denn gerade die Namen derjenigen Anreiter fehlen, die im Anseerenteil des Blattes annoncierten? Soll man die Namen der Handelsredakteure nennen, die sich seit Jahren um gutdozierte Stellungen bei denselben Industriellen und Finanziers bewerben, mit denen sie sich in ihrem Blatt kritisch zu beschäftigen haben? Die „Bank“ kommt zu dem Schluß: man soll sie nicht nennen, weil man dadurch nur ein paar „arme Schächer“ herausgreifen würde, die nicht schuldiger sind als ihre Kollegen allgemein! Nichts anderes wäre damit erreicht, als daß eine Anzahl armer Schächer, die von ihren Verlegern vielleicht schlecht bezahlt werden, ihrer Stellung verlustig gehen, und daß der Glanzschleim anderer, die besser bezahlt werden, unverändert stehen um so heller erstrahlt. . . . Man soll sie nicht nennen, denn sie sind, wenn auch nicht besser, so doch gewiß nicht schlechter als ihre Kollegen, die ein Trinkgeld in Form eines kleinen Emissionsgewinnes oder dergleichen nehmen.“

Wir denken ja über die Mäßigkeit des Namensnennens anders als die „Bank“, aber zweierlei geht aus ihren Aeußerungen mit unumstößlicher Sicherheit hervor: erstens daß sich die Herren von der bürgerlichen Handelsmoral alle, alle ohne Ausnahme bestechen lassen, und zweitens daß wir auch hier wieder weniger eine Schuld der Personen als eine Sifflüte des kapitalistischen Systems vor uns haben.

Gerichts-Zeitung.

Beamtenelide.

Daß Behörden und Gerichte den Eiden von Beamten, besonders wenn es solche der Polizei sind, oft leider einen höheren Wert als den von Privatpersonen beimessen, ist eine hinlänglich bekannte Tatsache. In den Fällen, in denen die Unrichtigkeit der beschworenen eidlichen Behauptungen später klar erwiesen und dennoch von Er-

hebung einer Anklage Abstand genommen wird, gehört der nachstehende. Die Kriminalbeamten Wagner und Krenke in Steglitz behandelten und beschwerten vor der Strafkammer des 1. Landgerichts II am 5. April 1910, der Schuldner Ehr. habe den Paul W. ihnen am Abend des 22. Oktober 1909 vor der Fortbildungsschule in der Zahnstraße in Steglitz als die Person bezeichnet, welche an diesem Abend und auch vorher, am 19. Oktober, vor der Fortbildungsschule Jettel verteilt habe. (Es handelt sich dabei um eine Einladung zur Versammlung der damaligen Freien Jugendorganisation.) Die Beamten bekundeten ferner eidlich, den Paul W. hätten sie darauf festgesetzt und ihn aufgefördert, weiter zu gehen. Er sei dann in eine Seitenstraße eingebogen, sie hätten ihn weiter beobachtet, er sei wieder vor die Schule gegangen und habe dem Fortbildungsschüler W. einen Jettel eingehändigelt. Die Richtigkeit dieser Angaben bestritt der Angeklagte vor Gericht. Dennoch wurde er rechtskräftig verurteilt.

Im Wiederaufnahmeverfahren gelang es auf Grund eines umfangreichen Entlastungsmaterials den schlüssigen Beweis zu erbringen, daß dem Angeklagten die ganze Sache nichts anging, daß er niemals solche in Frage kommenden Jettel vor der Fortbildungsschule verteilt habe, noch daß er jemals von den Beamten Wagner und Krenke festgesetzt sei. In dem Wiederaufnahmeverfahren, stellte sich heraus, daß es sich um seinen jüngeren Bruder handele. Die Brüder haben keine Ähnlichkeit miteinander. Der Angeklagte war zu der fraglichen Zeit der „Feststellung“ 30 Jahre und unterschied sich rein äußerlich von seinem Bruder dadurch, daß er einen strammen Schnurbart hatte, während letzterer ein barlosler junger Mann war. Als der ältere W. das Strafmandat zugestellt bekam, ging der jüngere einige Tage später zur Polizei, um sich als den fraglichen Akzentuar vorzustellen. Es wurde ihm dabei die Frage vorgelegt, ob er der Vormund seines Bruders sei? Da dies nun nicht der Fall war, mußte er unrichtiger Sache abziehen.

Im Wiederaufnahmeverfahren wurde dann Paul W. freigesprochen, gegen den jüngeren Wilhelm W. war bereits Verjährung eingetreten.

Gegen die Beamten Wagner und Krenke wurde dann der Antrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt, wegen Verletzung der Eidespflicht das Verfahren gegen sie einzuleiten. Der Antrag wurde abgelehnt. Auch der Oberstaatsanwalt lehnte auf die eingereichte Beschwerde gegen den abtinnenden Bescheid den Antrag ab mit folgender Begründung: „Daß die Beamten die eidlichen Behauptungen wieder besserer Willen gemacht haben, dafür fehlt jeder Anhalt. Es ist auch kein Motiv für eine willkürliche Verletzung der Eidespflicht ersichtlich. Ebenso wenig läßt sich eine fahrlässige Verletzung der Eidespflicht feststellen, da nicht nachweisbar ist, daß die Beschuldigten sich bewußt geirrt haben, daß ihre Behauptungen unsicher und unbestimmt waren.“

Aus aller Welt.

Waldbrände in der Mark.

Wie aus Landsberg a. M. gemeldet wird, wütet in der Forst zwischen Königswalde und Reichenstein ein ungeheurer Waldbrand, um dessen Löschung man sich bisher vergeblich bemüht hat. Durch das Feuer sind bereits 8000 Morgen Baumbestand, zwei Förstereien, eine Mühle und andere Gebäude vernichtet worden. Der durch den Riesenbrand entstandene Schaden wird auf drei Millionen Mark geschätzt. Zur Hilfeleistung bei der Löschung ist Militär herangezogen worden. Die außerordentliche Trockenheit in diesem Jahre begünstigt die schnelle Uebertragung des Feuers außerordentlich. Der Versuch, durch Aufwerfen breiter Sandgräben das Feuer auf seinen bisherigen Umfang zu beschränken, ist bis jetzt erfolglos geblieben.

Ein zweiter Waldbrand kam am Sonntag in der Forst zwischen Heidenau und Radenickel aus. Als man des Feuers Herr werden konnte, waren bereits 1000 Morgen Wald vernichtet.

Das Attentat auf den serbischen Weltreisenden.

Der vor einigen Tagen von uns gemeldete Mordfall auf den Weltreisenden Dr. Radokowitsch bei Wusterhausen a. d. Dosse scheint nach den angelegtesten Ermittlungen auf die Gespenterieberei eines Kutschers des Autobusses Schulte zurückzuführen sein. Der am meisten Belastete ist der Inspektor Seuster, während Schulte selbst bei dem unglücklichen Vorgang eine mehr passive Rolle gespielt hat.

Der Kutscher hatte Seuster vor der Bahn abgeholt und ihm dabei mitgeteilt, daß Radokowitsch auf der Chauffee hinter ihm hergeschossen habe. Der Inspektor telephonierte an den Gutsbesitzer um Hilfe; Schulte gab ihm aber zu verstehen, daß er nur ruhig losfahren solle. Seuster fuhr aus ganz unbedacht beim alarmierten aber auf dem Gute mit seinen Räubergeschichten die Gäste des Gutsbesitzers, einen Kaufmann Wildgans und einen Studenten. Mit Schußwaffen versehen, fuhr Seuster mit den beiden Gästen im Automobil des Gutsbesitzers zu der Stelle, wo Radokowitsch friedlich neben seinen angelegtesten Doggen schlief. Wenige Schritte von ihm entfernt, beleuchteten sie den Schlafenden mit ihren Stalllaternen. Als die Doggen anschlugen, wurden sie niedergebissen. Der dabei durch Schrotflinten verlegte Radokowitsch stieg vor den schlafenden Helden, mit ihm der eine nur angelegte Hund. Auf den Helden wurde eine Kugel abgegeben, die ihn ins Gesicht traf. Mittlerweile war der Gutsbesitzer Schulte den dreien in einem Wagen gefolgt; er machte mit einem Schusse dem zurückkehrenden verwundeten Hunde den Garau. Der verletzte Reisende schleppte sich später nach dem Gute und wurde als Gefangener nach Wusterhausen gebracht, weil Seuster fälschlich behauptete, daß Radokowitsch zuerst geschossen habe und die Kugel dem Inspektor ins Bein gedrungen sei. In Wusterhausen werden die Schichthelden den Gendarm durch Schüsse Radokowitsch wurde am anderen Tage aus der Polizeihast entlassen und ins Lazarett eingeliefert, das er in Kürze geheilt verlassen wird. Für die drei Hauptbeteiligten Seuster, Wildgans und den Studenten wird die Geldstrafe ein gerichtliches Kaspielt haben.

Krieg im Frieden.

Nach einer Meldung aus Grenoble stürzte während des stanzösischen Wanders eine Schwadron bei einer Parade in einen fünf Meter breiten Graben. Etwa zehn Reiter wurden schwer verletzt; einer ist seinen Verletzungen erlegen.

Wie der Marinekommandant aus Batavia meldet, hat sich an Bord des niederländischen Linienschiffes „Hertog Hendrik“ bei Schiedamschen ein schwerer Unfall ereignet. Drei Mann sind den erlittenen Wunden bereits erlegen, fünf andere wurden schwer und sieben leicht verletzt.

Kleine Notizen.

Absurd in den Dolomiten. Wie aus Innsbruck gemeldet wird, ist in den Dolomiten ein Tourist aus Charlottenburg, der Dr. Piener heißen soll, abgestürzt und zerschmettert aufgefunden worden.

Sechs Personen durch Blitzschlag getötet. Während eines Gewitters, das über der rumänischen Ortschaft Radokowitsch niederging, wurde durch einen Blitzschlag die ganze aus sechs Personen bestehende Familie eines Gutsbesitzers getötet.

Ueberraschung in einem russischen Eisenbahnzuge. Auf dem Bahnhof Bogorenko der Nijan Realbahn wurde in einem Postzuge ein Eisenbahnkassierer überfallen und eine Geldkiste mit 4100 Rubel bar und 100 000 Rubel in Papieren geraubt.

Größter in Glasgow. Ein Eisenbrand zerstörte das Engros-Geschäft eines Konsumgeschäftes auf den Grundstücken in der Wortschloßstraße. Der Schaden beträgt mehr als hunderttausend Pfund Sterling. Eine zweite Feuerbrunst brach im Bezirk von Trognate aus und vernichtete einen großen Komplex mit Spezerei-, Schuh- und Schreibwarengeschäften. Ferner fielen eine Rollschuhbahn und ein Restaurant dem Brande zum Opfer. Vier Feuerwehreinheiten mußten in das Krankenhaus gebracht werden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen 68, von vier bis sechs Uhr abends, Sonnabends, von 10 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Schreiben und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, deren klare Abgrenzung nicht erfolgt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen frage man in der Sprechstunde vor.

Alara 52. Die Rede, daß das Verhältnis zum 1. Oktober nicht ist gültig. — **Sarawell 15.** 1. Ja, entsprechend den Vermögensverhältnissen. 2. Ja, 3. Ja einer solchen Forderung liegt kein begründeter Anlaß vor; das Mädchen soll sich derartige Fragen verdrängen. — **W. D. 100.** Das kann unterlagert werden. — **W. S. 11.** 1. Ja, 2. Das ist abhängig von den Bestimmungen des Statuts. 3. Wenn das Buch als Beweismittel dienen soll: ja. — **W. 31.** 1. Ja. Antrag an den Kreisvorsitzenden. 2. Nein. 3. Landrat. — **See 100.** 1. Ja, soweit für entbehrlich sind. 2. Nein. 3. Nein. 4. Unzulässig. — **W. S. 1886.** Nach Ihrer Darstellung nicht. — **H. 60.** 1. Sie sind verpflichtet, die Reparatur auszuführen zu lassen. 2. Sie können Befreiung des Ungelieferten fordern, eventuell klagen. — **J. R. 4.** Einen Kinnast können wir Ihnen nicht bestellen. Wir raten, sich um ein Kinnastnetz zu bemühen. — **W. 200.** 1. Es kann trotz der Leistung des Offenbarungseides Zwangsvollstreckung veranlaßt werden. 2. Unterliegt der Vereinbarung mit dem Gegenstand. — **C. S. 80.** Unzulässig. — **W. 23.** 1. 1. Ununterbrochen mindestens 10 Wochen, desfalls 2. Ja. — **W. 39.** Wir halten die Ortskrankenkasse für haltbar, da unleserliche Bescheinigungen vorliegen. Die Kasse hält sich damit an den Arbeitsgesetz. Wir raten, bei der Aufsichtsbehörde — Magistrat Schöneberg — vorstellig zu werden. — **W. D. 100.** Nein. — **W. S. 11.** 1. Die Gebühr ist, unter Einwirkung der Entschädigung für die Börsenbesuche angemessen, da im vorliegenden Falle ein erhöhter Satz zur Anwendung gelangt. 2. Die Kasse ist zur Zahlung des ganzen Betrages verpflichtet, falls die Liquidation sich in angemessenen Grenzen bewegt.

W. G. 26. 1. Bis zu zwei Monaten. 2. Magistrat. 3. Beförderer. — **C. S. 82.** Nach Ihrer Darstellung nicht. — **J. S. 100.** Die Lohnbeschlagnahme ist, so weit angegeben, zulässig. — **H. C. 89.** 1. Ja, falls der Mietvertrag nicht etwa für die Dauer eines Jahres geschlossen ist. 2. Ist nichts anderes vereinbart, am Ende des Quartals. 3. Ja, falls eine solche zu Recht besteht. — **W. S. 31.** Sie können auf Räumung klagen. Zur Sicherheit für Ihre Forderung können Sie entbehrliche Sachen einbehalten. Die Güter abzunehmen sind Sie nur dann verpflichtet, wenn die Auktionen mit Zustimmung des Erbschafts erfolgt ist, gegen Zahlung von 6 M. Es erhebt ein Versteigerungsangebot. — **H. Rein.** — **G. H. 28.** Die Hausballungsgegenstände inbegriffen, den übrigen Nachlass zur Hälfte. — **W. D. 28.** Nein, wenn Dienstbeschäftigung im Sinne des Gesetzes nicht vorliegt. Die Auffassung des Militärarztes ist nicht immer maßgebend. Wir raten, daß Ihr Schwager sich Ansprüche vorbehält. — **W. 1000.** Nein. — **W. 101.** 1. Ja, wenn nicht der Gemeindevorstand ein Verbot erteilt, das noch andere in der Empfangsmöglichkeit belegen hatten. 2. Nein. — **G. G. 100.** 7. Können Sie Klagen, unter Einwirkung der wirtschaftlichen Verhältnisse, an die Armenverwaltung Berlin und den Gemeindevorstand in Wittenau. — **H. S. 5.** 1. u. 2. Den nachweisbaren Schäden. 3. Das letztere ist zweifelhaft. 4. Nein. — **Hinderlich, Danksagen.** 1. Ja. 2. Wenn Ihre Darstellung nicht nur auf Vermutungen beruht, sondern bewiesen werden kann, Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft. — **H. S. 100.** 1. Ja, Rechtsmittel sind erschöpft. Voraussetzungen für Wiederaufnahme liegen nicht vor. — **H. G. 90.** Nein. **Waldowitz.** Bei Hartwig, Charlottenstr. 78. — **Hedwig 29.** Ballenhaus Berlin, Alte Jakobstr. 33. 7,50 M. bis 21 M. je nach Alter.

Witterungsüberblick vom 4. September 1911.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. Tag	Temp. in C. Nacht	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. Tag	Temp. in C. Nacht
Swinemünde	766	SW	3	bed.	16	10	Haparanda	749	SW	4	Regen	9	1
Damburg	769	SW	2	bed.	14	10	Petersburg	748	SW	3	bed.	13	1
Berlin	768	SW	2	bed.	14	10	St. Petersburg	760	SW	3	bed.	18	1
Frankfurt	769	SW	3	bed.	17	10	Reval	769	SW	3	bed.	7	1
München	767	SW	3	bed.	19	10	Warsz	769	SW	3	bed.	17	1
Wien	761	SW	2	bed.	21	10							

Wetterprognose für Dienstag, den 5. September 1911.
Troden und vorwiegend heiter, nachts kühl, am Tage mäßig warm bei ziemlich frischen westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 3. 9.	seit 2. 9.	Wasserstand	am 3. 9.	seit 2. 9.
Remel, Mühl	50	+3	Basle, Großloch	81	+8
Bregel, Unterburg	-20	-2	Cassel, Spandauer	-4	+5
Beispiel, Ebern	-20	-6	Stettin, Stadtnom	-41	-1
Ober, Matzow	82	0	Spree, Spremberg	48	0
Strosien	-	-	Reedow	84	+2
Frankfurt	14	-1	Sejer, Runden	70	0
Sattler, Schrimm	-51	+1	Rhein, Runden	-63	-1
Randberg	-64	+1	Rhein, Marienhard	349	-3
Rehe, Borchmann	-44	0	Rhein, Runden	194	-2
Wilde, Helmberg	-68	-1	Rhein, Runden	94	-4
Bredben	-214	+9	Redar, Heilbrunn	10	-1
Harbo	-15	0	Rain, Berghaus	79	+1
Magdeburg	-2	0	Rain, Berghaus	79	+1

+) + bedeutet Sturz, -) Fall, -) Unterpegel.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Örtlicher Viertel.
Wegel 181.

Nachruf.
Den Angehörigen zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schüler
Wilhelm Pfennigschmidt
gestorben ist. 22/10

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand am Sonntag, den 3. September, in Hammelburg statt. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Hermann Fritsch
am 3. September gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Jakobikirchhofes in Hildorf aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die zahlreichen Franzosen und die inbegriffene Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben, unvergessenen Mannes, unseres guten Vaters, Schwagers und Großvaters sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank, unseren Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen
Frau Elise Hönicke
nebst Kindern.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Hermann Frank
am 2. d. Mts. im Alter von 27 Jahren verstorben ist. 79/12

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 5. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes, Freiwalder Straße, aus statt.

Verband der Lithographen, Steindruckere u. verw. Berufe.
(Deutscher Sonderdruck-Verband.)
Am 3. September verstarb unser Kollege und Mitglied, der Steindrucker
Felix Weißflog
im Alter von 63 Jahren an der Lungenentzündung. 29/20

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch in Strehlen statt.
Die Verwaltung der Filiale I.

Von der Reise zurück 4106
Dr. Levy,
Zwischenmüller Straße 126.

Reste
Wustekupons, „Herbst-Reserven“ für Angabe, Kostime, Meter 3, 4 Meter, Tuchlager-Gesellschaft m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21. 10-12 Uhr

Sofastoffe
Auswahl aller Qualitäten.
Wolle-Reste! Moquettes, Plüsch-Reste! Satteltaschen.
Muster bei näherer Angabe franko.
Emil Lefevre, Berlin Süd, 150.

BEKANNTMACHUNG.
Demnächst wird ein der Neuzeit entsprechendes Möbel- und Waren-
KREDIT-HAUS
eröffnet. Es empfiehlt sich, von der Reichhaltigkeit der Lager, sowohl in kompl. Wohnungs-Einrichtungen als auch in einzelnen Möbeln, moderner Herren- und Damen-Konfektion usw. zu überzeugen.

ZUM
besonderen Privatzweck haben wir es uns gemacht, unsere wertigen Kunden reell zu bedienen und allerbestmögliche Bedingungen einzuräumen. — Der

ROLLKRUG
ist weltweit bekannt und sind wir überzeugt, dass auch wir gar bald bekannt und beliebt sein werden. Beachten Sie bitte, unsere nächsten Inserate.

K. z. R. RIXDORF
Berliner Str. 1 Hermastr. 227.

Den Mitgliedern fernere zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Botenfrau
Minna Türk
am 3. d. Mts. im Alter von 51 Jahren verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedens-Kirchhofes, Nieder-Schönhausen, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die trauerige Nachricht, daß meine herzensgute Frau
Berta Michaelis
geb. Klatt
am 2. September nach langem schweren Leiden im vollendeten 47. Lebensjahre sanft entschlafen ist. Dies geht tiefst an
R. Michaelis, Schönwalder Str. 28.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Wollpus-Opferruhefriedhofes, Wäldersgrube 44-45, aus statt.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 9-4

Stempel-Fabrik
von
Robert Hecht,
Berlin S.,
Cranichstr. 142.
Liefert schnell und billig alle Arten
Stempel
in bester Ausführung
Stempel-Typen Verfertigung
zum Zusammenlegen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1,50 M. an

Verlangen Sie!

Gidon-Cigaretten 2 Pl. Spezialmarke der
Sparta-Klub 3 Pl. Anti-Trust-Gesellschaft
Berlin C. 25.

Industrie-Festale
Reuthstraße 20.
Sonnabend, den 21. Oktober 1911.
noch zu vergeben für Verleihen-Festaleiten. 4008

Syphilis-Nachweis
in allen frischen u. veraltet. zweifelhaft. Fall. durch wissenschaftl. Untersuchung sofort; bezgl. Horn- (bez. auf Gonorrhoe-Erden) u. Eputum-Analysen. Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat., Friedstraße 189, am Kronen- und Wapenstraße, L. 6724. Verh. Stützpr. bistr. u. kostenl. Gedruckt von 8-8 Sonntag von 12-1.

Allen Kolleginnen die trauerige Nachricht, daß die Botenfrau
Minna Türk
am Sonntag, den 3. September nach schwerem Leiden entschlafen ist.
Die Botenfrauen der „Vorwärts“-Expedition, Bernauer Straße.
Beerdigung Mittwoch nachm. 3 Uhr von der Leichenhalle der Friedensgemeinde, Nieder-Schönhausen, aus. 4098

Am Sonnabend, den 2. September, entschlief sanft meine in-nighgeliebte Frau
Berta Mehrlein
geb. Steingraber
im 57. Lebensjahre.
Um stille Beileid bitte!
Paul Mehrlein nebst Kindern.
Beerdigung Mittwoch nachmittags 3 Uhr vom Dankefriedhof, Blankestraße, aus. 54519

Zentral-Verband der Steinarbeiter.
Zahlfeste Berlin.
Am 1. September scheidet unser Kollege
Ernst Diefert
im Alter von 51 Jahren freiwillig aus dem Leben. 1727

Die Beerdigung findet heute, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Friedhofes, „Blanke Höhe“, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und Annäherungen bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Joseph Hanschke. sage ich allen Freunden und Bekannten, hauptsächlich dem Verband Berliner Straßenbändler und für die für mich veranstaltete Sammlung meinen herzlichsten Dank.
Die trauernde Gattin
4025 **August Hanschke.**

10 Mark
monatliche Teilzahlung liefert elegante Servengarderobe nach Maß
J. Tomporowski, Schneidermeister, Lindenstr. 110.
(Wiltbergstraße) Herstelle Preisermäßig. 3. gut. Elyw. garant. eigenes Stofflag.

Am 1. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, verstarb nach schweren Leiden meine inniggeliebte Frau, unsere gute Mutter
Anna Lieder
geb. Brendel.
Das zeigen tiefst an
Der trauernde Gatte nebst Kindern.
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 5. September, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Heidenriedhofes in Hildorf aus statt.

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Möbel
liefert auf bequeme Teilzahlung bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.

Réunion-Cigaretten

Für die Qualität der Fabrikate bürgt der Name „Réunion“

Spezialmarken:
Vinea 8b 2 Pfg.
Lookout 3
Flagship 4
Vinea-Creme 5

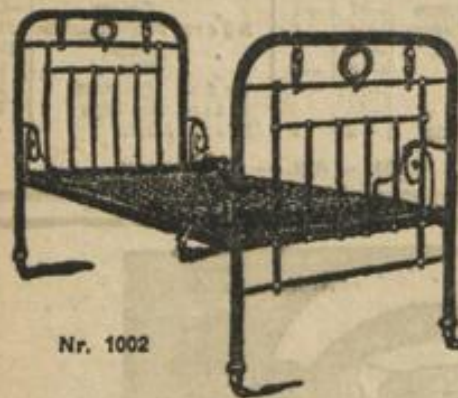
Bettfedern - I Gustav Lustig

Fabrik mit elektrischem Betriebe

BERLIN S
Prinzen-Str. 46 u. 47

Bettfedern

zu 1.25, 1.50, 1.75, 2.50, 3.00,
3.50 bis 6.00 M. per Pfund



Metall-Bettstelle
mit Zugfeder-
Matratze,
schwarz oder
weiss lackiert,
Ringe, Trallien
im Kopf- und
Fussende von
Messing.
Pfosten 33mm
stark.
190 x 90 cm
26⁰⁰
M.

Fertige Betten

besteh. aus: Oberbett, Unterbett, 2 Kiss. zu 12, 15,
23.50, 28.50, 32.50, 39, 46, 55, 63, 77 bis 105 M.

Bettinlette

Kissenbr. 80/84 cm 0.52, 0.70, 0.80, 1.05, 1.25, 1.55
Oberbettbreite 130 cm 1.10, 1.25, 1.65, 2.00 per Mtr.

Besonders empfehlenswerte Bettenfüllung:

Monopoldaunen

Pfund M. 2.85 (gesetzlich geschützt)
3-4 Pfund zum grossen Oberbett.

Daunen

zu 2.85, 3.50, 4.50, 5.00,
6.50 bis 9.00 M. per Pfund



**Metall-
Bettstelle**
mit Zugfeder-
Matratze,
schwarz od. weiss
lackiert,
190 x 80 cm
13⁰⁰
M.

Die Ausnahmepreise für Bettstellen gelten nur gegen Vorzeigung des Inserats.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mittwoch, den 6. September 1911, abends 8^{1/2} Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

1. Bericht des Obmannes. 2. Bericht der Werkstätt-Vertrauensleute. 3. Verbandsangelegenheiten.

Tischler.

Südwesten: in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5-7.
Süden: bei Oetting, Wasserstr. 63.
Südosten I. u. II: in den Naunhu-Festfäden, Naunhustr. 6.
Osten I: bei Klinge, Lange Str. 53.
Osten II: bei Jlich, Warthauer Str. 60.
Osten III: bei Bergmann, Boghagener Str. 26.
Oestliche Vororte: bei D. Schulz, Lichtenberg, Kronprinzen-
strasse 47, Ede Schrammstrasse.
Nordosten: bei Werfmann, Gr. Frankfurter Str. 16.
Jede Sargtischlerei muß einen Vertrauensmann nach dieser Versamm-
lung senden.
Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt: bei Obiglio,
Schwedter Strasse 23.
Wedding und Moabit: bei Saczorowski, Ravenstr. 6.
Weissensee: im Prälaten, Lehderstrasse 122. Abends 6^{1/2} Uhr.
Rixdorf: bei Krömke, Reichsstr. 8 (Ideal-Passage).
Schöneberg: um 5^{1/2} Uhr bei Rausche, Reiminger Strasse 8.

Bautischler.

Bezirk 1: Südwesten, Süden, Südosten bei Grahoff,
Admiralstr. 18c.
Bezirk 2: Osten bei Brauner, Seidenweg 65.
Bezirk 3: Norden und nördliche Vororte bei Oettinge,
Kobenhagener Strasse 74.
Bezirk 4: Gesundbrunnen, Wedding und Moabit bei
Zachse, Lindower Strasse 26.
Rixdorf: bei Schenk, Rosenstr. 24.

Ladeneinrichtungs- und Kontormöbelbranche
im „Englischen Garten“, Alexanderstrasse 27c.

Küchenmöbelbranche bei Lehmann, An der Stralauer Brücke 3.

Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter.

Osten bei Voelker, Weidenstr. 17.
Südosten im „Märkischen Hof“, Admiralstr. 18c.
Norden bei Günther, Brunnenstr. 96.

Maschinenarbeiter die Versammlung findet erst Montag, den
11. September, statt.

Klavierarbeiter die Versammlung fällt aus.

**Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbel-
Branche.**

Norden bei Döhling, Brunnenstr. 79.
Osten bei Schneider, Friedenstr. 67.
Südosten und Südwesten bei Stramm, Ritterstr. 123.
Einsetzer im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal 11.

Donnerstag Bezirksversammlungen:

Modelltischler bei Walde, Pfingstr. 5. Pünktlich 8 Uhr.

Bodenleger im Gewerkschaftshause, Saal 2.

Stellmacher Rosenthaler Strasse 57.

Jalousiearbeiter bei Walter, Walberstr. 62.

Vergolder im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal 5.

Kisten- und Koffermacher bei Vandaeh, Breßauer Str. 38.

Korbmacher bei Krause, Ruschauer Str. 20.

Bürstenmacher bei Preuss, Holzmarktstrasse 65. 88/4

Kammacher bei Preuss, Holzmarktstr. 65.

Bilderrahmenmacher um 6 Uhr bei Wehlisch, Stallher
Strasse 22.

Stockerarbeiter um 6 Uhr bei Lehmann, An der Stralauer Brücke 3.

Perlmutter-, Horn- u. Steinnußarbeiter um 6 Uhr
bei Ernst Thomae, Reichsstr. 5.

Schirmmacher 8 Uhr bei Lehmann, An der Stralauer Brücke 2.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Putzer.

Achtung! Putzer. Achtung!

Mittwoch, den 6. September, abends 6 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in Dräsel's Festfäden, Neue Friedrichstr. 35.

Tages-Ordnung:
1. Die ist der Beschluß der Mitglieder-Versammlung vom
9. April d. J. durchgeführt und welche Folgen hat derselbe ge-
zeitigt? 2. Verschiedenes.
Nach der längeren Pause in unseren Mitglieder-Versammlungen er-
wartet zahlreichen und pünktlichen Besuch 199/12*
Die örtliche Verwaltung.

Marmorarbeiter!

Donnerstag, den 7. September, abends 8^{1/2} Uhr, im Englischen
Garten, Alexanderstr. 27c:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Neuwahl eines Beisitzers. 2. Der neue Lohnstarif, seine
Auslegung und Durchführung sowie die Durchführung der in Be-
tracht kommenden Organisationsbeschlüsse. 3. Verschiedenes.
Kein organisierter Marmorarbeiter darf fehlen.
Die Ortsverwaltung Berlin
des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Berlin C., Rosenthalerstr. 11/12, Restaurant Schilling, Amt III, 2438.

Achtung!
Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees
und Saalinhavern unseren
kostenlosen Arbeitsnachweis, Rosenthalerstr. 11/12.

Geschäftszeit täglich von 10^{1/2}-1 Uhr mittags.
Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jeberzeit zur Verfügung. Der Vorstand.
NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 3. Quartal geld und muß
mit dem Verbandstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist unzulässig und ist sofort anzuhalten.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Ranch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche be-
kannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Amt 4, 3014.

Große Firma vergibt

Teppiche, Gardinen, Stores,
Stoppdecken, Portieren
auf Teilzahlung ohne Anzahlung.
Reine Raffiner. Chiffre S. 100. „Vor-
wärts“-Expedition, Auguststr. 60.

Mein Dorf-Gasthof mit Saal
1 Morgen Obst- und Gemüsegarten,
21 Jahre im Besitz, liegt bei Magde-
burg gelegen, wo die sozialdemo-
kratischen und bürgerlichen Parteien
ihre Versammlungen abhalten, der
einzig in dieser Art, will ich bei
10 000 M. Anzahlung verkaufen.
Forderung 60 000 M., bin Witwe und
will mich zur Ruhe setzen. Viermalig
über 300 Hektoliter, mehrere Gemme-
Stücker und großer Umsatz in alkohol-
freien Getränken. Auskünst erzieht
W. Gerecke, Galtwitz, Magde-
burg, Baumstr. 23. 184/20

**Pollmanns
Bandagen**
Geschäft, nebst Artikel zur
Gesundheits- u. Krankenpflege,
Verbandstoffe, Gummwaren etc.
Berlin N., Rothringstr. 60.
Lieferant für Krankenkassen
Eigene Werkstatt.

**Hygienische Bedarfs-
artikel
Drogerie Zaremba,
Weinbergsweg 1, dir. a. Rosenthaler
Tor. Billigste Bezugsquelle;
Versuch f. zur dauernden Kundschafft**

La Maloja
No. 61
eine
vorzügliche
63
Cigarre

No. 57 Maloja operas 5 pr.
No. 61 Maloja camellas 6 pr.
No. 91 Maloja bouquets 7 pr.
No. 24 Malojareminicos 8 pr.
No. 163 Mal. aromatics 10 pr.

**J. Neumann
Cigarren-Fabriken**
Ueber 200 Niedertagen in Deutschland!
Neu eingeführt!
Fehlfarben-Sortimente
Jeder Beutel enthält eine Mischung besonders preiswerter Fehlfarben.
Fehlfarben-Sortiment **Fortuna** 10 Stück 60 Pf.
Fehlfarben-Sortiment **Hanna** 10 Stück 75 Pf.
Fehlfarben-Sortiment **Excelsior** 10 Stück 1.00 M.

Siebenter ordentlicher Bundestag des Bundes der technisch-industriellen Beamten.

Berlin, den 3. September 1911.

Im Festsaal des Neumannschen Stadthaus, Rosenthaler Straße 86, fand heute der 7. ordentliche Bundestag des Bundes der technisch-industriellen Beamten statt. Es waren zahlreiche Delegierte aus allen Teilen Deutschlands erschienen. Außerdem hatte der Verband der kaufmännischen Angestellten und die soziale Kommission der Berliner Werkmeister Delegierte entsandt. Den Vorsitz führte Diplomingenieur Stiel (Berlin). Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete:

„Die Versicherung der Privatangestellten.“

Nach sehr langer Erörterung gelangte folgende Entschließung zur Annahme:

Der Bundestag hält die Annahme der Reichsversicherungsordnung in ihrer gegenwärtigen Fassung für einen schweren sozialpolitischen Fehler. Besonders bedauert er, daß in der Invalidenversicherung die Wünsche der Angestellten keinerlei Berücksichtigung gefunden haben und daß verhindert worden ist, die Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangestellten in organischem Zusammenhang mit unserer gesamten sozialen Versicherung zu schaffen. Der am 18. Mai dem Reichstage vorgelegte Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte weist gegenüber dem Vorentwurf nur ganz unwesentliche Verbesserungen, hinsichtlich der Erfassung aber bedeutende Verschlechterungen auf. Auch vermag er den gegen den Vorentwurf erhobenen Einwand, daß seine Grundlage völlig verfehlt sei, in keiner Weise zu erschüttern. Sollte aber dennoch der Reichstag sich bereit finden, die Versicherungsfrage der Privatangestellten auf dem von der Regierung vorgeschlagenen Wege zu lösen, so möchte zum mindesten der organisatorische Zusammenhang der Sonderversicherung mit der allgemeinen Invalidenversicherung, unter gleichzeitiger Erweiterung der den Versicherten in Regierungsdienste zugesprochenen Selbstverwaltungsbefugnisse hergestellt werden. Ferner müssen unter allen Umständen die Erfassung völlig ausgeschlossen werden.

Der Bundestag beschäftigte sich ferner mit der

Strafrechtsreform und dem Koalitionsrecht.

Es wurde folgende Erklärung angenommen:

Den schweren Gefahren, die dem Arbeitnehmer aus dem kapitalistischen Wirtschaftssystem drohen, vermag er nur durch solidarischen Zusammenstehen mit seinen Berufscollegen zu begegnen. Die gewerkschaftliche Organisation und der gemeinsame Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen sind daher unentbehrlich für die Fortentwicklung unserer gesamten Kultur. Das Solidaritätsgefühl bildet somit einen berechtigten und wesentlichen Bestandteil der Standesehre der Angestellten und Arbeiter. Einer den heutigen Verhältnissen angepaßten Strafrechtspflege erwächst daraus die Aufgabe, dem Solidaritätsgefühl als einem sittlichen Gut des gesamten Volkes Rechnung zu tragen und seine ethische Berechtigung durch Geseßgebung und Rechtsprechung anzuerkennen. Der heutige Rechtszustand steht mit dieser Forderung in schärfstem Widerspruch. Zwar wird durch § 152 der Gewerbeordnung das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten theoretisch anerkannt, die Ausübung dieses Rechtes jedoch wird durch eine Reihe Strafvorschriften bzw. ihre heutige Auslegung unmöglich gemacht. Infolge einer völlig verfehlten sittlichen Wertung des Solidaritätsgebühres wird der § 253 des Strafgesetzbuches (Erpresserparagraf) auf Arbeiter und Angestellte angewandt, die in einer allen anderen Staatsbürgern erlaubten Weise Forderungen an ihren Vertragsgegner richten; ebenso wird dem Standesgenossen, der die sittlich verwerfliche Handlung des Solidaritätsbruchs begeht, durch § 153 der Gewerbeordnung ein besonderer Schutz zuteil, der dem sittlich einwandfrei handelnden Standesgenossen verweigert bleibt. Der vom Reichsjustizamt veröffentlichte Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch läßt befürchten, daß die bevorstehende Strafrechtsreform den heutigen Zustand, anstatt ihn zu verbessern, noch verschlechtern wird. Die Bestimmungen über Nötigung, Landzwang und Aufwiegelung (§§ 240, 241, 134, 131 des Vorentwurfs) werden so erweitert, daß sie zu einer ungeheuerlichen Bedrohung des Koalitionsrechtes werden. Das durch § 152 der Gewerbeordnung gegen die Arbeitnehmer statuierte Ausnahmegeresetz wird bedauerlicherweise ganz unberührt gelassen. Auch die angebotene Verbesserung des Erpresserparagrafen bietet weder in der Fassung des Vorentwurfs noch in der der Novelle zum Strafgesetzbuch Gewähr für eine bessere Gerichtspraxis. Gegenüber dieser Gefährdung des Koalitionsrechtes fordern die technischen Angestellten seine unbedingte Siderstellung durch die bevorstehende Strafrechtsreform, also Beseitigung aller Vorschriften, durch die die Ausübung des Koalitionsrechtes unter Strafe gestellt wird und die den Charakter eines Ausnahmegeresetzes gegen den Arbeitnehmer tragen. Gleichzeitig richten sie an die Organe der deutschen Reichspräsidenten den Appell, schon jetzt durch eine dem Rechtsgefühl des Volkes entsprechende Gesetzesauslegung der Anerkennung des Solidaritätsgedankens durch die Rechtspflege zum Durchbruch zu verhelfen.

Der Bundestag beschäftigte sich alsdann mit dem

gewerkschaftlichen Kämpfen der Angestellten.

Nach sehr langer Erörterung gelangte folgender Beschluß einstimmig zur Annahme:

Unter dem Eindruck der Arbeitskämpfe der letzten Jahre hat sich mehr und mehr die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß die durch die verursachten Störungen des Wirtschaftslebens nur durch Vereinbarung des Arbeitsvertrages von Organisation zu Organisation verhütet werden können. Während aber die Arbeitnehmer seit langem ihre Bereitschaft erklärt haben, diesen Weg zu betreten, glaubt das Unternehmertum noch immer, jedes Verhandeln mit den Organisationen der Gegenseite ablehnen zu dürfen. Seine Schuld ist es daher, daß durch diese Weigerung die friedliche Verständigung über die Arbeitsbedingungen außerordentlich erschwert und in Konfliktfällen eine unnötige Schärfe verliehen worden ist. Der Bundestag hat mit Empörung davon Kenntnis genommen, daß auch den Angestellten gegenüber diese schamhafte Haltung angedeutet worden ist und daß namentlich auch der Versuch der Berliner Eisenkonstrukteure, mit Hilfe ihrer Organisation eine grundsätzliche Regelung ihres Dienstvertrages zu erzielen, bei dem beteiligten Arbeitertum nur eine brutale Ablehnung erfahren hat. So sehr die technischen Angestellten diese ablehnende Haltung bedauern, halten sie sich doch im Interesse ihres Standes für verpflichtet und sind bereit, den Kampf um die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln weiterzuführen. In der Überzeugung, daß dieses Vorgehen die Sympathie aller billigen Denkenden finden wird, wenden sie sich mit dem Appell an die breite Öffentlichkeit, ihnen in diesem schweren Kampfe ihre moralische Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Den letzten Gegenstand bildete der Ausbruch des Unterstützungswesens und die Erhöhung der Beiträge. Es wurde beschlossen, mit Rücksicht auf die vielen Abregelungen, wodurch die Klasse sehr in Anspruch genommen werde, die monatlichen Beiträge von 2 M. auf 3 M. zu erhöhen und diejenigen, die im Interesse der Solidarität eines Gemahrgelerten ihre Stellung kündigen, in erhöhtem Maße zu unterstützen. — Darauf wurde der Bundestag geschlossen.

Außerordentliche Generalversammlung der Zigarrenfortierer.

Dresden, 1. September.

Die außerordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes der Zigarrenfortierer und Astenkleber Deutschlands begann am Montag, den 4. September, im hiesigen „Volkshaus“. Der Gedanke des Zusammenschlusses verwandter Verbände zu großen leistungsfähigen Organisationen wurde wie im Vorjahre auch in diesem Jahre recht eifrig auf den Generalversammlungen der einzelnen Verbände diskutiert. Nicht weniger als 8 von den 18 Gewerkschaftsdelegationen, die in diesem Jahre tagten, erörterten die Verschmelzungsfrage und erklärten sich auch im Prinzip mit einer Verschmelzung einverstanden. Zu einem faktischen Zusammenschluß kam es bei diesen Verbänden noch nicht. Bei der letzten der gewerkschaftlichen Tagungen, der der Zigarrenfortierer, wird es voraussichtlich nicht nur zu einer prinzipiellen Zustimmungserklärung kommen, sondern dieser wird der tatsächliche Zusammenschluß bald folgen.

Der einzige Punkt der Generalversammlung, außer den notwendigen geschäftlichen, ist auf dieser Generalversammlung: Die Verschmelzung mit dem Deutschen Tabakarbeiterverband. Die Verschmelzungsfrage beschäftigt nicht zum ersten Male die Generalversammlungen des Verbandes. Schon auf der zweiten Generalversammlung der Organisation (1896) wurde die Frage angeschnitten, wenn auch kein Beschluß nach irgendeiner Richtung gefaßt wurde. Auf der letzten Generalversammlung, Leipzig 1906, wurde „als erstrebenswertes Ziel der Tabakarbeiterbewegung die Vereinigung sämtlicher Gruppen der Tabakindustrie in einem die berechtigten Interessen aller wahren Industrieverbände anerkannt.“ Die Generalversammlung war jedoch der Ansicht, daß die Vorbedingungen hierfür zurzeit noch nicht gegeben waren. Der Vorstand wurde beauftragt, „zur Herbeiführung eines wirksamen Zusammenarbeitens beider Organisationen mit dem Vorstände des Tabakarbeiterverbandes in Verbindung zu treten.“ Aufgabe der Dresdener Generalversammlung ist es nun, darüber zu entscheiden, welche Form der Organisation in Zukunft für die Zigarrenfortierer Geltung haben soll, die Industrie- oder die Branchenorganisation.

Die Generalversammlung soll auch Stellung nehmen zu den von den Vorständen beider Verbände ausgearbeiteten Einigungsvorschlägen. Diese enthalten statutarische Bestimmungen, besonders über die Unterstufungen. In weiteren Vorschlägen werden besondere Rechte für die Sortierer vorgelesen:

1. Bei der Verschmelzung wird von dem Vermögen des Sortiererverbandes pro Kopf seiner Mitglieder an den Gesamtverband so viel abgeführt, wie das Vermögen des Tabakarbeiterverbandes pro Kopf seiner Mitglieder beträgt.

2. Aus dem Reicht des vorhandenen Vermögens des Sortiererverbandes wird ein Reservefonds gebildet, der von der Hauptklasse des Gesamtverbandes verwaltet wird.

3. Aus diesem Reservefonds werden an die am Tage der Verschmelzung vollberechtigten Mitglieder des Sortiererverbandes folgende Unterstufungen bezahlt bzw. garantiert: a) die ersten drei Tage Unterstützung in Krankheitsfällen; b) die Dauer der Arbeitslosen- und der Krankenunterstützung, die die Mitglieder des Sortiererverbandes nach der Dauer ihrer Mitgliedschaft erworben haben.

4. Diese besonderen Unterstufungen beziehen sich nur auf die Dauer der Unterstufungen und werden auf 6 Jahre, vom Tage der Verschmelzung ab gerechnet, garantiert. Für die Höhe der Unterstufungen gelten die Bestimmungen des Gesamtverbandes.

5. Nach Verlauf der sechs Jahre fällt der Restbestand des Reservefonds inklusive der laufenden Zinsen der Hauptklasse des Gesamtverbandes zu.

6. Wird der Fonds vor Ablauf der sechs Jahre aufgebraucht, so fällt die Garantie fort und alle weiteren besonderen Zahlungen hören auf.

7. Beiträge zu diesem Reservefonds dürfen in keiner Zahl mehr erhoben werden.

In den übrigen Bestimmungen wird gesagt, daß im Vorstand und Ausschuß des Verbandes je ein Zigarrenfortierer vertreten sein muß. Die zwei angestellten Kollegen des Sortiererverbandes werden vom Gesamtverband übernommen.

Die Delegierten der Generalversammlung werden diese Vorschläge der beiden Vorstände wohl sehr eingehend erörtern. Es sieht zu erwarten, daß die Generalversammlung ihnen zustimmt und damit die Verschmelzung der Sortierer mit den Tabakarbeitern auspricht.

Bürgerrechtsgeld und Kommunalwahlrecht.

Das Kommunalwahlrecht ist, genau so wie das Wahlrecht zum preussischen Landtag, ein Dreiklassenwahlrecht, durch das die Nichtbesitzenden zu politischer Machtlosigkeit verurteilt sind. Die Herrschaft führen in unseren Stadtverwaltungen die Hausbesitzer und die vom Geldhof Begünstigten. Letztere haben natürlich ein lebhaftes Interesse daran, daß dieses „leude Wahlrecht“ bestehen bleibt, während die übergroße Mehrzahl der Entrechteten seine Beseitigung fordert. Unter dem Dreiklassenwahlrecht in unseren preussischen Landgemeinden und Städten leiden genau so wie im Dreiklassenstaate Preußen, dem es sein Dasein verdankt, die dringendsten Kulturaufgaben. Zwar ist es der Sozialdemokratie unter den größten Anstrengungen bereits gelungen, in eine beträchtliche Anzahl Kommunen Vertreter zu entsenden, doch zur Lösung der angestrebten Aufgaben fehlt ihnen das numerische Übergewicht gegen die nur von ihrem Klasseninteresse geleiteten bürgerlichen Vertreter. Die wachsende Anteilnahme der Sozialdemokratie am kommunalen Leben hat sogar unsere Stadtverwaltungen veranlaßt, nach Möglichkeit ein weiteres Eindringen sozialdemokratischer Vertreter zu verhindern. Eines der mannigfachen Mittel, die Vertreter der Arbeiterklasse aus den kommunalen Vertretungen fernzuhalten, bietet den Stadtverwaltungen das durch die preussische Städteordnung gewährleistete Recht, auf Grund von Gemeindebeschlüssen die Entrichtung von Bürgerrechtsgeld bei Erwerb des Bürgerrechts obligatorisch festzusetzen.

Inwieweit zurzeit Städte von diesem Rechte Gebrauch machen, geht aus einer Erhebung hervor, welche das Parteisekretariat für die Provinz Brandenburg in den brandenburgischen Städten unternommen hat. Weit größer als man glaubt — selbst der Kommentator der Städte-Ordnung, Ledermann, nimmt an, daß Bürgerrechtsgeld nur noch selten erhoben wird — ist die Zahl der Städte, die von ihren Einwohnern nach Bürgerrechtsgeld erhoben und, was das Schlimmste ist, das Wahlrecht von der Entrichtung des Bürgerrechtsgeldes abhängig machen.

Von den an die Städte der Provinz versandten 138 Fragebogen, einschließlich der beiden Berliner Nachbarkreise Teltow-Beeskow und Nieder-Barnim, sind 123 beantwortet worden. Die Fragebogen enthalten eine Reihe Fragen, darunter zunächst über die Einwohnerzahl im Jahre 1910, ob Bürgerrechtsgeld erhoben wird, wenn ja, in welcher Höhe und ob gleichmäßig oder abgestuft. Die weiteren Fragen erstrecken sich darauf, ob das Bürgerrechtsgeld durch behördliche Aufforderung oder ob es nur bei freiwilliger Zahlung erhoben wird. Nicht unwichtig ist die Frage, ob das Bürgerrechtsgeld in Maren gezahlt werden kann und wenn ja, in welcher Höhe.

Das, worauf es hauptsächlich ankommt, enthält die Frage: Ist die Entrichtung in die Gemeinbewahlerliste von der Zahlung des Bürgerrechtsgeldes abhängig? In der Beantwortung dieser und anderer damit in Zusammenhang stehender Fragen finden wir erst die Lösung des Rätsels, weshalb eine so große Anzahl Städte mit solcher Beharrlichkeit an der Erhebung des Bürgerrechtsgeldes festhalten. Die nächste Frage erfordert Aufschluß, ob bereits einmal ein Antrag auf Aufhebung des Bürgerrechtsgeldes gestellt und wenn ja, ob derselbe angenommen oder abgelehnt worden ist. Es folgen hierauf Fragen nach der Zahl der Stadtverordneten, der Magistratsmitglieder und ob und wieviel sozialdemokratische Stadtverordnete vorhanden sind. Zuletzt wird über die Höhe des Kommunalsteuerzuschlages Auskunft gefordert.

Zur eingehenden Information haben wir das aus den Fragebogen herausgezogene Material im wesentlichen übersichtlich zusammengestellt.

Danaoh wird noch in 82 Orten Bürgerrechtsgeld erhoben. Hieron erheben 45 Städte einen für sämtliche Einwohner gleichmäßigen Betrag, während in 34 Städten die Höhe des Bürgerrechtsgeldes nach dem steuerpflichtigen Einkommen oder aber nach der Wählerklasse richtet, welcher der Betreffende angehört. In Lübbenau wird das Bürgerrechtsgeld nur von Angestellten und in Ludau nur von Hausbesitzern und selbständigen Gewerbetreibenden erhoben. Für die Stadt Brück muß wohl Bürgerrechtsgeld gezahlt werden, auf dem beantworteten Fragebogen ist jedoch nicht vermerkt, in welcher Höhe. In Kremmen wird neben dem Bürgerrechtsgeld noch ein Einkaufsgeld erhoben. Hierfür erlangen die Gemeindeglieder das Recht zur Teilnahme an den Gemeindegewinnungen. In den Städten, in denen ein gleichmäßiges Bürgerrechtsgeld erhoben wird, schwankt der Satz zwischen 6 und 18 Mark; in Städten mit abgestuftem Bürgerrechtsgeld schwanken die Beträge zwischen 6—15, 5—20, 10—30, 5—30, 6—24, 5—30, 6—40, und 15—45 Mark. In Freienwalde werden Gebühren in Abstufungen von 1—12 M. erhoben.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen ist die Zahlung der Bürgerrechtsgeld eine zwangsweise, d. h. bei Nichtbegleichung derselben erfolgt Pfändung durch den Magistrat. Da es einem großen Teil der Bevölkerung nicht möglich ist, so hohe Gebühren mit einem Male zu zahlen, haben sich die städtischen Verwaltungen dazu verstehen müssen, eine gewisse Ratenzahlung zu gewährleisten. Nur in 10 Städten muß die Gebühr mit einem Male entrichtet werden.

Wo jedoch auch die Ratenzahlung zulässig, ist es oft der ärmeren Bevölkerung mit ihrem großen Verdienst nicht immer möglich, neben den sonst allgemeinen hohen Kommunalabgaben 2, 3 und 5 M. zu erübrigen. Denjenigen aber, die ihren auf Grund einer alten Bestimmung des § 62 der Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen der preussischen Monarchie auferlegten Verpflichtungen nicht genügen können, droht der Verlust des Kommunalwahlrechts. Nur in 12 von den 82 Städten, in denen ein Bürgerrechtsgeld erhoben wird, ist die Entrichtung in die Wählerliste von der Zahlung derselben nicht abhängig. In den übrigen 70 Orten verlieren die Steuerzahler einfach ihr Wahlrecht, sobald sie das Bürgerrechtsgeld nicht entrichten haben; dieses Schicksal widerfährt selbst denjenigen, die auf dem Wege der Ratenzahlung die Gebühr nicht begleichen konnten. Ein solch unerhörtes Zustand, zahlreiche Einwohner um ihr Recht zu bringen, hat bereits in einer Anzahl Städte unsere Genossen veranlaßt, bei der Stadtverordnetenversammlung die Aufhebung des Bürgerrechtsgeldes zu fordern. Diese Anträge sind — von wenigen Ausnahmen abgesehen — strikt abgelehnt worden. Es ist daher kein Wunder, wenn die Sozialdemokratie in der Provinz Brandenburg, ausschließlich der beiden Kreise Teltow-Beeskow und Nieder-Barnim, nur in 25 Städten mit insgesamt 105 Stadtverordneten vertreten ist. In den Kreisen Teltow-Beeskow und Nieder-Barnim verfügt die Sozialdemokratie in 10 Städten über 108 Mandate, mit den beiden in Posen gewählten, aber verzogenen Genossen wären es 110.

Zweifellos würde die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter auch im Kreise Teltow eine höhere sein, wenn nicht noch in sechs Orten Bürgerrechtsgeld erhoben würde. Magistrat und bürgerliche Stadtverordnete erblicken in der Erhebung des Bürgerrechtsgeldes ein Mittel, die Arbeitervertreter aus den Stadtverordnetenversammlungen fernzuhalten. Zu diesem Schluß muß man kommen, wenn man die Argumente, mittels deren die Beibehaltung dieser mittelalterlichen Gebühr begründet wird, auf ihren Wert prüft. So behauptete z. B. der Kottbuser Oberbürgermeister bei Beratung des Antrages auf Beseitigung des Bürgerrechtsgeldes, man könne auf die 6000 M., die für diese Gebühr jährlich in den Etat eingestellt würden, nicht verzichten. Das überhaupt der 48 000 Einwohner zählenden Stadt Kottbus wird sicherlich nicht glauben, daß er mit dieser Argumentation ernst genommen wird; im Ernst bedeutete sie nämlich für ihn, wie auch für die bürgerliche Stadtverordnetenversammlung das größte Armutszeugnis. In Wahrheit will man der Sozialdemokratie, die hier nur durch einen Genossen vertreten ist, den weiteren Einzug in das Stadtparlament versperrt.

In Ludenwalde, wo gleichfalls alljährlich eine bestimmte Summe Bürgerrechtsgeldentnahme in den Etat gestellt wird, ist der niedrige Satz auf Antrag unserer Genossen von 10 auf 5 M. herabgesetzt worden. Hier unterliegt die Entrichtung in die Wählerliste erst dann, wenn einmal zur Zahlung des Bürgerrechtsgeldes aufgefordert worden ist. So ist es denn schon oft vorgekommen, daß Personen bereits verschiedene Male zur Stadtverordnetenversammlung gewählt hatten, ehe dieselben zur Zahlung des Bürgerrechtsgeldes aufgefordert wurden. Eine so lokale Handhabung steht indessen vereinzelt da. Die Annahme, daß bürgerliche Stadtverordnete und Stadtverwaltungen in der Aufrechterhaltung des Bürgerrechtsgeldes ein Mittel zu haben glauben, den Einzug von Arbeitervertretern in das Stadtparlament hintenanzuhalten, wird durch folgendes Beispiel gestützt:

In Beelitz wurde seit Jahren nur in vereinzelt Fällen Bürgerrechtsgeld erhoben. Als aber ein sozialdemokratischer Vertreter in das Stadtparlament einzog, wurde plötzlich das Kommunalwahlrecht von der Zahlung des Bürgerrechtsgeldes abhängig gemacht. So kam es denn, daß Personen, die bereits früher das Bürgerrechtsgeld bezahlt, die Beseitigung hierüber aber verloren hatten, erneut zur Zahlung der Gebühr aufgefordert wurden. Verschiedene Bürger, die sich die Leitung aufbewahrt hatten, wurden gleichfalls zur nochmaligen Zahlung angehalten. In der Stadtparlament gewählter Genosse nahm Veranlassung, in der Stadtverordnetenversammlung auf diese sonderbare Vorführung der städtischen Verwaltung hinzuweisen und zugleich die Abschaffung des Bürgerrechtsgeldes zu beantragen. Die Stadtverordnetenversammlung stimmte dem Antrage zu, weil sie erkannte, daß für die Unordnung in den Magistratsbüros nicht die Bürgerpflicht haften dürfe. Der Magistrat bestätigte wohl die Lotteriewirtschaft, lehnte jedoch den Stadtverordnetenbeschluß kurzerhand ab. Dadurch wird es der Beelitzer Magistrat erwidert, daß das Beelitzer Stadtparlament den verhassten Kritiker bei der nächsten Wahl wieder los wird. Wäre es bei dem früheren Zustand geblieben, so hätte aller Voraussicht die Sozialdemokratie die dritte Abwahlung bereits befehl. Stände der Beelitzer Magistrat nicht unter der Oberaufsicht der preussischen Regierung, so wäre er wegen dieser nachgewiesenen Schamerei längst davongejagt worden.

In Trebbin stimmte die Stadtverordnetenversammlung, nachdem unsere Genossen bereits viermal die Abschaffung des Bürgerrechtsgeldes gefordert hatten, beim fünften Male einer hilfsweligen Einführung zu. Der Magistrat lehnte diesen Beschluß jedoch ab.

In Fürstenwalde gelang es unseren Genossen erst nach Abschaffung des Bürgerrechtsgeldes in das Stadtparlament einzu-

Name der Stadt	Einwohnerzahl 1910	Wohlfühlwertverhältnis	In welcher Höhe?	Kann es in Raten gezahlt werden?	Sollte die Zahlung von der Höhe des Einkommens abhängen?	Sollte die Zahlung von der Höhe des Vermögens abhängen?	Sollte die Zahlung von der Höhe des Berufs abhängen?	Sollte die Zahlung von der Höhe des Alters abhängen?	Sollte die Zahlung von der Höhe des Geschlechts abhängen?	Sollte die Zahlung von der Höhe des Familienstandes abhängen?	Sollte die Zahlung von der Höhe des Einkommens abhängen?	Sollte die Zahlung von der Höhe des Vermögens abhängen?	Sollte die Zahlung von der Höhe des Berufs abhängen?	Sollte die Zahlung von der Höhe des Alters abhängen?	Sollte die Zahlung von der Höhe des Geschlechts abhängen?	Sollte die Zahlung von der Höhe des Familienstandes abhängen?
Alt-Ruppin	1800	a	9 W.	nein	nein	nein	—	—	—	—	12	5	nein	185	—	—
Angermünde	8000	a	15 W.	ja, monatlich 5 W.	ja	nein	—	—	—	—	18	6	nein	200	—	—
Arnswalde	9883	a	15 W.	ja, 2-5 W.	nein	nein	—	—	—	—	24	8	nein	160	—	—
Baruth	2100	a	6-15 W.	ja, verschieden	nein	nein	—	—	—	—	9	5	nein	200	—	—
Beetz	5250	a	15 W.	ist noch u. geford. word.	ja	nein	—	—	—	—	15	5	ja (1)	140	—	—
Belzig	5050	a	5-20 W.	nein	ja	nein	—	—	—	—	15	5	nein	200	—	—
Berlin	6254	a	18 W.	ja, monatlich 3 W.	ja	nein	—	—	—	—	17	4	nein	178	—	—
Bernstein	2756	a	6 W.	ja, monatlich 1 W.	ja	nein	—	—	—	—	12	5	nein	200	—	—
Biebrich	3000	nein	—	—	—	—	—	—	—	—	12	6	nein	100	—	—
Bobersberg	1500	ja	15 W.	ja, je 5 W.	?	?	—	—	—	—	12	5	nein	285	—	—
Brandenburg	53000	nein	—	—	—	—	—	—	—	—	45	7	ja (14)	236	—	—
Brick	1550	ja	?	ja	ja	nein	—	—	—	—	9	8	nein	200	—	—
Brünnow	1400	nein	—	—	—	—	—	—	—	—	9	5	nein	235	—	—
Calau	3356	ja	von 6 W. aufwärts	ja	ja	ja	abgelehnt	—	—	—	12	6	nein	220	—	—
Cottbus	49000	ja	10-30 W.	ja, monatlich 2 u. 3 W.	ja	ja	abgelehnt	—	—	—	30	8	ja (1)	180	—	—
Cüstrin	17521	nein	—	—	—	—	—	—	—	—	86	11	nein	100	—	—
Christiansstadt	?	nein	15 W.	ja, von 1 W. an	ja	ja	abgelehnt	—	—	—	9	?	nein	?	—	—
Dahme	6000	nein	—	—	—	—	—	—	—	—	24	6	ja (4)	220	—	—
Dobruška	1654	ja	12 W.	ja, von 2 W. an	ja	?	—	—	—	—	9	3	nein	150	—	—
Dreßlau	1987	a	15 W.	ja, 3 W.	ja	nein	—	—	—	—	9	4	nein	195	—	—
Driesen	6800	a	18, mit Bürgerbr. 19,50 W.	ja, 5 W.	ja	ja	abgelehnt	—	—	—	?	?	nein	195	—	—
Drossen	5057	a	18 W.	ja, 1 W.	ja	nein	—	—	—	—	24	8	nein	125	—	—
Eberswalde	26000	nein	—	—	—	—	—	—	—	—	36	10	ja (3)	162	—	—
Finkenwalde	13114	ja	15 W.	ja, verschieden	ja	ja	abgelehnt	—	—	—	24	7	ja (3)	210	—	—
Forst	34000	a	10-30 W.	ja, 1-3 W.	ja	ja	abgelehnt	—	—	—	36	11	ja (5)	189	—	—
Frankfurt	60820	nein	—	—	—	—	—	—	—	—	54	16	ja (9)	200	—	—
Freienstein	1478	nein	—	—	—	—	—	—	—	—	6	8	nein	220	—	—
Freienwalde	8763	ja	1-12 W.	ja	ja	?	—	—	—	—	21	7	nein	165	—	—
Friedel	2000	ja	6-21 W.	ja, von 3-5 W.	ja	ja	abgelehnt	—	—	—	12	8	nein	185	—	—
Friedberg	5500	ja	15 W.	ja, monatlich 1-5 W.	ja	ja	abgelehnt	—	—	—	24	6	nein	200	—	—
Friedland	6488	nein	—	—	—	—	—	—	—	—	18	4	ja (2)	192	—	—
Friedrichsdorf	2827	ja	5-30 W.	ja, d. Magistratsbeschl.	ja	nein	—	—	—	—	15	6	nein	220	—	—
Fürstentum	6200	nein	—	—	—	—	—	—	—	—	18	4	ja (2)	210	—	—
Fürstenseefeld	1800	ja	15 W.	?	—	nein	—	—	—	—	12	4	nein	230	—	—
Fürstentum	22000	nein	—	—	—	—	—	—	—	—	30	6	ja (6)	175	—	—
Gaßfurt	3571	ja	6, 12, 18 und 24 W.	ja	ja	nein	—	—	—	—	12	6	nein	148	—	—
Golßen	1800	ja	9 W.	nein	?	nein	—	—	—	—	8	?	nein	215	—	—
Görs	2070	ja	12 W.	ja	ja	nein	—	—	—	—	12	8	nein	168	—	—
Guben	38492	nein	—	—	—	—	—	—	—	—	36	12	ja (4)	178	—	—
Havelberg	6100	nein	—	—	—	—	—	—	—	—	24	6	nein	210	—	—
Joachimsthal	2200	ja	10 W.	nein	ja	ja	—	—	—	—	12	4	nein	175	—	—
Jüterbog	7900	ja	5-36 W.	ja	ja	ja (1)	abgelehnt	—	—	—	18	8	ja (2)	240	—	—
Klein	3000	ja	9 W.	ja, 3 W.	ja	nein	—	—	—	—	18	?	nein	180	—	—
Klein	4825	a	15 W.	ja, 2,50 W.	ja	ja	abgelehnt	—	—	—	18	6	nein	200	—	—
Kloster Zinna	1220	nein	—	—	—	—	—	—	—	—	6	2	nein	175	—	—
Königsberg	9000	ja	15 W.	ja, monatlich 1-3 W.	?	nein	—	—	—	—	20	4	nein	188	—	—
Königsberg	1600	a	9 W.	ja, 2 W.	ja	nein	—	—	—	—	12	4	nein	185	—	—
Kreuzen	3000	a	8 W.	ja, nach Vereinbarung	ja	?	—	—	—	—	18	5	nein	100	—	—
Kröbitz	5800	a	12-36 W.	ja, nach Vereinbarung	ja	nein	—	—	—	—	19	6	nein	190	—	—
Landsberg	40000	a	6-30 W.	ja, von 50 Pf. an	ja	ja	abgelehnt	—	—	—	36	16	ja (4)	193	—	—
Lebus	2013	a	6, 12, 18 und 24 W.	ja	ja	nein	—	—	—	—	18	6	nein	190	—	—
Lenzen	3000	ja	5-30 W.	nein	ja	nein	—	—	—	—	24	4	nein	150	—	—
Liebenau	1148	ja	15 W.	ja	ja	nein	—	—	—	—	?	?	nein	165	—	—
Lindow	1557	nein	—	—	—	—	—	—	—	—	12	5	nein	210	—	—
Lützen	4089	ja	15 W.	nein	ja	nein	—	—	—	—	18	6	nein	140	—	—
Lützen	7810	nein	—	—	—	—	—	—	—	—	24	6	nein	185	—	—
Lützen	4019	ja	18 W., nur von Angehörigen	ja, 10 W.	ja	nein	—	—	—	—	18	4	nein	185	—	—
Lützen	4228	ja	30 W., nur von Hausbesitz. und Gewerbetreibenden	ja, 10 W.	ja	nein	—	—	—	—	18	6	nein	180	—	—
Lützen	23000	ja	5, 7, 50, 10 und 15 W.	ja	ja (2)	ja	abgelehnt	—	—	—	36	7	ja (12)	215	—	—
Lützen	3100	a	9 W.	nein	ja	?	—	—	—	—	18	6	nein	155	—	—
Lützen	2000	a	5-20 W.	ja	ja	nein	—	—	—	—	18	7	nein	150	—	—
Lützen	2500	a	9 W.	ja, nach Vereinbarung	ja	ja	abgelehnt	—	—	—	12	6	ja (1)	140	—	—
Lützen	3500	a	12 W. u. 790 W. Einkom. an	ja, monatlich 1 W.	ja	nein	—	—	—	—	18	?	nein	110	—	—
Lützen	9000	a	5 und 10 W.	ja, von 50 Pf. an	ja	ja (1)	abgelehnt	—	—	—	24	5	nein	188	—	—
Lützen	7828	ja	18,50 W.	ja, nach Vereinbarung	ja	nein	—	—	—	—	24	8	nein	220	—	—
Lützen	2800	a	15 W.	ja, 2-5 W.	nein	nein	—	—	—	—	18	5	nein	150	—	—
Lützen	2500	a	15 W.	ja, 3 W.	ja	nein	—	—	—	—	9	4	nein	180	—	—
Lützen	3700	a	15 W.	ja, nach Vereinbarung	ja	nein	—	—	—	—	18	9	nein	200	—	—
Lützen	2908	a	10, 20 und 30 W.	ja, 2, 3 u. 5 W.	ja	nein	—	—	—	—	12	6	ja (1)	200	—	—
Lützen	6054	a	6, 9 und 12 W.	ja, 50 Pf.	ja	nein	—	—	—	—	18	6	nein	185	—	—
Lützen	1000	ja	10 W.	nein	ja	nein	—	—	—	—	6	2	nein	125	—	—
Lützen	1859	nein	—	—	—	—	—	—	—	—	9	5	nein	210	—	—
Lützen	62224	nein	—	—	—	—	—	—	—	—	60	18	nein	110	—	—
Lützen	1007	nein	—	—	—	—	—	—	—	—	9	5	nein	220	—	—
Lützen	6000	ja	5 und 10 W.	ja, nach Vereinbarung	ja	ja	abgelehnt	—	—	—	24	8	nein	100	—	—
Lützen	25000	a	von 5-30 W.	ja, nach Vereinbarung	ja	ja	abgelehnt	—	—	—	36	11	ja (12)	272	—	—
Lützen	2370	ja	15 W.	nein	nein	nein	—	—	—	—	24	8	nein	50	—	—
Lützen	4900	ja	15 W.	ja, nach Vereinbarung	nein	nein	—	—	—	—	24	6	nein	175	—	—
Lützen	2800	nein	—	—	—	—	—	—	—	—	18	4	nein	170	—	—
Lützen	1286	nein	—	—	—	—	—	—	—	—	9	4	nein	225	—	—
Lützen	9233	ja	von 16-36 W.	ja, monatlich 3 W.	ja	ja	abgelehnt	—	—	—	24	8	nein	250	—	—
Lützen	10000	nein	—	—	—	—	—	—	—	—	36	8	nein	200	—	—
Lützen	2861	ja	15 W.	ja, 3 u. 5 W.	nein	nein	—	—	—	—	18	7	nein	210	—	—
Lützen	8600	ja	von 10-20 W.	ja, 2,50 W.	ja	nein	—	—	—	—	18	5	nein	210	—	—
Lützen	5700	ja	10, 20 und 30 W.	ja, immerh. eines Jahres	ja	nein	—	—	—	—	24	7	nein	194	—	—
Lützen	?	ja	12 W.	ja, 3 W.	ja											

Leipzigerstr. 50a
am Dönhofsplatz

H. Esders & Dyckhoff

Leipzigerstr. 50a
am Dönhofsplatz

Herren-, Knaben- und Damen-Kleidung, Herren-Artikel

Ausverkauf wegen Geschäftsverlegung

nach unseren eigenen Häusern
Gertraudenstraße 8/9
an der Petri-Kirche.

Enorme Preis-Ermäßigung in sämtlichen Abteilungen, selten günstige Gelegenheit.

Serie I	Serie II	Serie III
mit 60 %	mit 40 %	mit 20 %

Abzug vom bisherigen Verkaufspreis.

Sommer- und Winter-Kleidung.

Wir bitten höflichst um Besichtigung ohne Kaufzwang!!

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 5. Septbr. 1911:
Anfang 7 1/2 Uhr.

R. Oberhaus. Madame Butterfly.
S. Schauspielhaus. Der Eiden-
held.

Deutsches. Faust, 1. Teil.
Berliner Theater. Die junge Garde.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49.
Lebende Tierbilder von nah und
fern.

Kammerpiele. Frühlings Erntedank.
Veitling. Glaube und Heimat.
Berliner. Bummelstudenten.
Kleines. Der Leiharbeiter.
Neues. Die Frau Grell.
Neues Schauspielhaus. Eine
Million.

Komische Oper. Die deutsche Susanne.
Residenz. Die Dame von Maxim.
Neues Operetten. Der Graf von
Luzemburg.

Westen. Die geschiedene Frau.
Thalia. Polnische Witwen.
Schiller. O. Der Prokandibat.
Schiller. Charlotteburg. Der
Geizige. Der eingebildete Kranke.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Siegfried der Überwältiger.
Lustspielhaus. Die goldene Schafel.
Trianon. Ihr Alibi.
Luisen. Das Wintermärchen.
Cafino. Der seltsame Holländer.
Boigt. In Freud und Leid.
Metropol. Hobeit amüsiert sich!
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Vonia. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Herrnfeld. Das Kind der Firma.
Schmerzlose Behandlung.
Lustige Vergnügungen.
Trianon-Theater.
Ihr Alibi.

Wespen. Die deutsche Susanne.
Residenz. Die Dame von Maxim.
Neues Operetten. Der Graf von
Luzemburg.

Westen. Die geschiedene Frau.
Thalia. Polnische Witwen.
Schiller. O. Der Prokandibat.
Schiller. Charlotteburg. Der
Geizige. Der eingebildete Kranke.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Siegfried der Überwältiger.
Lustspielhaus. Die goldene Schafel.
Trianon. Ihr Alibi.
Luisen. Das Wintermärchen.
Cafino. Der seltsame Holländer.
Boigt. In Freud und Leid.
Metropol. Hobeit amüsiert sich!
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Vonia. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Herrnfeld. Das Kind der Firma.
Schmerzlose Behandlung.
Lustige Vergnügungen.
Trianon-Theater.
Ihr Alibi.

Wespen. Die deutsche Susanne.
Residenz. Die Dame von Maxim.
Neues Operetten. Der Graf von
Luzemburg.

Westen. Die geschiedene Frau.
Thalia. Polnische Witwen.
Schiller. O. Der Prokandibat.
Schiller. Charlotteburg. Der
Geizige. Der eingebildete Kranke.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Siegfried der Überwältiger.
Lustspielhaus. Die goldene Schafel.
Trianon. Ihr Alibi.
Luisen. Das Wintermärchen.
Cafino. Der seltsame Holländer.
Boigt. In Freud und Leid.
Metropol. Hobeit amüsiert sich!
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Vonia. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Herrnfeld. Das Kind der Firma.
Schmerzlose Behandlung.
Lustige Vergnügungen.
Trianon-Theater.
Ihr Alibi.

Wespen. Die deutsche Susanne.
Residenz. Die Dame von Maxim.
Neues Operetten. Der Graf von
Luzemburg.

Westen. Die geschiedene Frau.
Thalia. Polnische Witwen.
Schiller. O. Der Prokandibat.
Schiller. Charlotteburg. Der
Geizige. Der eingebildete Kranke.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Siegfried der Überwältiger.
Lustspielhaus. Die goldene Schafel.
Trianon. Ihr Alibi.
Luisen. Das Wintermärchen.
Cafino. Der seltsame Holländer.
Boigt. In Freud und Leid.
Metropol. Hobeit amüsiert sich!
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Vonia. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Herrnfeld. Das Kind der Firma.
Schmerzlose Behandlung.
Lustige Vergnügungen.
Trianon-Theater.
Ihr Alibi.

Wespen. Die deutsche Susanne.
Residenz. Die Dame von Maxim.
Neues Operetten. Der Graf von
Luzemburg.

Westen. Die geschiedene Frau.
Thalia. Polnische Witwen.
Schiller. O. Der Prokandibat.
Schiller. Charlotteburg. Der
Geizige. Der eingebildete Kranke.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Siegfried der Überwältiger.
Lustspielhaus. Die goldene Schafel.
Trianon. Ihr Alibi.
Luisen. Das Wintermärchen.
Cafino. Der seltsame Holländer.
Boigt. In Freud und Leid.
Metropol. Hobeit amüsiert sich!
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Vonia. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Herrnfeld. Das Kind der Firma.
Schmerzlose Behandlung.
Lustige Vergnügungen.
Trianon-Theater.
Ihr Alibi.

Wespen. Die deutsche Susanne.
Residenz. Die Dame von Maxim.
Neues Operetten. Der Graf von
Luzemburg.

Westen. Die geschiedene Frau.
Thalia. Polnische Witwen.
Schiller. O. Der Prokandibat.
Schiller. Charlotteburg. Der
Geizige. Der eingebildete Kranke.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Siegfried der Überwältiger.
Lustspielhaus. Die goldene Schafel.
Trianon. Ihr Alibi.
Luisen. Das Wintermärchen.
Cafino. Der seltsame Holländer.
Boigt. In Freud und Leid.
Metropol. Hobeit amüsiert sich!
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Vonia. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Herrnfeld. Das Kind der Firma.
Schmerzlose Behandlung.
Lustige Vergnügungen.
Trianon-Theater.
Ihr Alibi.

Wespen. Die deutsche Susanne.
Residenz. Die Dame von Maxim.
Neues Operetten. Der Graf von
Luzemburg.

Westen. Die geschiedene Frau.
Thalia. Polnische Witwen.
Schiller. O. Der Prokandibat.
Schiller. Charlotteburg. Der
Geizige. Der eingebildete Kranke.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Siegfried der Überwältiger.
Lustspielhaus. Die goldene Schafel.
Trianon. Ihr Alibi.
Luisen. Das Wintermärchen.
Cafino. Der seltsame Holländer.
Boigt. In Freud und Leid.
Metropol. Hobeit amüsiert sich!
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Vonia. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Herrnfeld. Das Kind der Firma.
Schmerzlose Behandlung.
Lustige Vergnügungen.
Trianon-Theater.
Ihr Alibi.

Wespen. Die deutsche Susanne.
Residenz. Die Dame von Maxim.
Neues Operetten. Der Graf von
Luzemburg.

Westen. Die geschiedene Frau.
Thalia. Polnische Witwen.
Schiller. O. Der Prokandibat.
Schiller. Charlotteburg. Der
Geizige. Der eingebildete Kranke.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Siegfried der Überwältiger.
Lustspielhaus. Die goldene Schafel.
Trianon. Ihr Alibi.
Luisen. Das Wintermärchen.
Cafino. Der seltsame Holländer.
Boigt. In Freud und Leid.
Metropol. Hobeit amüsiert sich!
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Vonia. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Herrnfeld. Das Kind der Firma.
Schmerzlose Behandlung.
Lustige Vergnügungen.
Trianon-Theater.
Ihr Alibi.

Wespen. Die deutsche Susanne.
Residenz. Die Dame von Maxim.
Neues Operetten. Der Graf von
Luzemburg.

Westen. Die geschiedene Frau.
Thalia. Polnische Witwen.
Schiller. O. Der Prokandibat.
Schiller. Charlotteburg. Der
Geizige. Der eingebildete Kranke.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Siegfried der Überwältiger.
Lustspielhaus. Die goldene Schafel.
Trianon. Ihr Alibi.
Luisen. Das Wintermärchen.
Cafino. Der seltsame Holländer.
Boigt. In Freud und Leid.
Metropol. Hobeit amüsiert sich!
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Vonia. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Herrnfeld. Das Kind der Firma.
Schmerzlose Behandlung.
Lustige Vergnügungen.
Trianon-Theater.
Ihr Alibi.

Wespen. Die deutsche Susanne.
Residenz. Die Dame von Maxim.
Neues Operetten. Der Graf von
Luzemburg.

Westen. Die geschiedene Frau.
Thalia. Polnische Witwen.
Schiller. O. Der Prokandibat.
Schiller. Charlotteburg. Der
Geizige. Der eingebildete Kranke.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Siegfried der Überwältiger.
Lustspielhaus. Die goldene Schafel.
Trianon. Ihr Alibi.
Luisen. Das Wintermärchen.
Cafino. Der seltsame Holländer.
Boigt. In Freud und Leid.
Metropol. Hobeit amüsiert sich!
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Vonia. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Herrnfeld. Das Kind der Firma.
Schmerzlose Behandlung.
Lustige Vergnügungen.
Trianon-Theater.
Ihr Alibi.

Wespen. Die deutsche Susanne.
Residenz. Die Dame von Maxim.
Neues Operetten. Der Graf von
Luzemburg.

Westen. Die geschiedene Frau.
Thalia. Polnische Witwen.
Schiller. O. Der Prokandibat.
Schiller. Charlotteburg. Der
Geizige. Der eingebildete Kranke.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Siegfried der Überwältiger.
Lustspielhaus. Die goldene Schafel.
Trianon. Ihr Alibi.
Luisen. Das Wintermärchen.
Cafino. Der seltsame Holländer.
Boigt. In Freud und Leid.
Metropol. Hobeit amüsiert sich!
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Vonia. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Herrnfeld. Das Kind der Firma.
Schmerzlose Behandlung.
Lustige Vergnügungen.
Trianon-Theater.
Ihr Alibi.

Wespen. Die deutsche Susanne.
Residenz. Die Dame von Maxim.
Neues Operetten. Der Graf von
Luzemburg.

Westen. Die geschiedene Frau.
Thalia. Polnische Witwen.
Schiller. O. Der Prokandibat.
Schiller. Charlotteburg. Der
Geizige. Der eingebildete Kranke.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Siegfried der Überwältiger.
Lustspielhaus. Die goldene Schafel.
Trianon. Ihr Alibi.
Luisen. Das Wintermärchen.
Cafino. Der seltsame Holländer.
Boigt. In Freud und Leid.
Metropol. Hobeit amüsiert sich!
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Vonia. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Herrnfeld. Das Kind der Firma.
Schmerzlose Behandlung.
Lustige Vergnügungen.
Trianon-Theater.
Ihr Alibi.

Wespen. Die deutsche Susanne.
Residenz. Die Dame von Maxim.
Neues Operetten. Der Graf von
Luzemburg.

Westen. Die geschiedene Frau.
Thalia. Polnische Witwen.
Schiller. O. Der Prokandibat.
Schiller. Charlotteburg. Der
Geizige. Der eingebildete Kranke.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Siegfried der Überwältiger.
Lustspielhaus. Die goldene Schafel.
Trianon. Ihr Alibi.
Luisen. Das Wintermärchen.
Cafino. Der seltsame Holländer.
Boigt. In Freud und Leid.
Metropol. Hobeit amüsiert sich!
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Vonia. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Herrnfeld. Das Kind der Firma.
Schmerzlose Behandlung.
Lustige Vergnügungen.
Trianon-Theater.
Ihr Alibi.

Wespen. Die deutsche Susanne.
Residenz. Die Dame von Maxim.
Neues Operetten. Der Graf von
Luzemburg.

Westen. Die geschiedene Frau.
Thalia. Polnische Witwen.
Schiller. O. Der Prokandibat.
Schiller. Charlotteburg. Der
Geizige. Der eingebildete Kranke.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Siegfried der Überwältiger.
Lustspielhaus. Die goldene Schafel.
Trianon. Ihr Alibi.
Luisen. Das Wintermärchen.
Cafino. Der seltsame Holländer.
Boigt. In Freud und Leid.
Metropol. Hobeit amüsiert sich!
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Vonia. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Herrnfeld. Das Kind der Firma.
Schmerzlose Behandlung.
Lustige Vergnügungen.
Trianon-Theater.
Ihr Alibi.

Wespen. Die deutsche Susanne.
Residenz. Die Dame von Maxim.
Neues Operetten. Der Graf von
Luzemburg.

Westen. Die geschiedene Frau.
Thalia. Polnische Witwen.
Schiller. O. Der Prokandibat.
Schiller. Charlotteburg. Der
Geizige. Der eingebildete Kranke.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Siegfried der Überwältiger.
Lustspielhaus. Die goldene Schafel.
Trianon. Ihr Alibi.
Luisen. Das Wintermärchen.
Cafino. Der seltsame Holländer.
Boigt. In Freud und Leid.
Metropol. Hobeit amüsiert sich!
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Vonia. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Herrnfeld. Das Kind der Firma.
Schmerzlose Behandlung.
Lustige Vergnügungen.
Trianon-Theater.
Ihr Alibi.

Wespen. Die deutsche Susanne.
Residenz. Die Dame von Maxim.
Neues Operetten. Der Graf von
Luzemburg.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:

Die geschiedene Frau.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Sommerpreise.

Die Dame von Maxim.
Schwan in 3 Akten von Georges
Beydau. Deutsch v. Benno Jacobson.

Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Dienstag, den 5. Sept., abends 8 Uhr:
Siegfried, der Cherusker.
Mittwoch nachm. 3 1/2 Uhr: Jugend-
vorstellung. Märchen in 5 Akten:
Rumpelstilzchen. 8 Uhr: Judith.

Belle-Alliance-Theater
(fr. Volkoper) Belle-Alliancestr. 7/8.
Novität! Heute Novität!
Des Lebens Possenspiel.
Schauspiel in 4 Aufz. v. Kurt Hiller.

Luisen-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Das Wintermärchen.

ROSE-THEATER
Große Hamburger Str. 132.
Staatsanwalt Alexander.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Auf der Gartenterrasse:
Es gibt nur ein Berlin.
Große Revue.

Apollo
Theater
8 Uhr:
Vollständig neues Programm.
Sensationelle Novitäten
u. a.
Die G'schamige.
Ein Dialog nach dem bekannten Bild
von F. v. Regisbee.
Sera Hoch: H. v. Balberg u. G.

Metropol-Theater.
Zum 130. Male:
Hobeit amüsiert sich!
Operette in 3 Akten von F. Freund.
Musik von Rudolf Hellm.
In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Herrnfeld
Theater
Jubiläums-Saison 20-jährig. Direktion
Anton und Donat Herrnfelds.
Seit 20 Jahren der größte Erfolg
die Novitäten

Das Kind der Firma
Verwandlungskomödie in 2 Akten mit
den Autoren
A. Herrnfeld u. Tobias Tschoppornock.
Donat Herrnfeld als Philipp Katzenfell.

Schmerzlose Behandlung
Anfang 8 Uhr.
Vorverl. 11-2 Uhr (Theaterkasse).
Stadttheater Sommergarten.
Lustige Vergnügungen.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Ihr Alibi.

LUNA-PARK.

Sensationelle Attraktionen.
Kairo, Johnstons Untergang, Ben Ali Bey i. Theater-
saal, Lachhaus, Hippodrom-Lehmann, Tanagra-
Theater, Teufelsrad, Moulin-Rouge, Schwebbahn,
Gebirgsbahn, Wasserrutschbahn.

3 Kapellen 3

Eintrittspreis 50 Pf. — Saisonkarten M. 3.—

Weissensee Zirkus Moulier Streustraße
Heute Dienstag, 5. September, und folgende Tage:
8 1/2 Uhr Große Gala-Vorstellung. 8 1/2 Uhr
4 1/2 Uhr Mittwoch zwei Vorstellungen. 8 1/2 Uhr
Kinder bis zu zehn Jahren halbe Preise.

Sport-Palast
Potsdamer Str. 72.
Kühlster Aufenthalt Berlins!

Kurrah! Parade! Sport-Attraktionen
I. Rang
Grosse militärische Revue in 6 Bildern
ca. 200 Mitwirkende.

Eintritt 0,50 M. bis 6 Uhr.
Sperrsitz 1,00 M. Sonntags bis 4 Uhr.
Von 6 Uhr ab Eintritt 1,00 M.
Sonntags von 4 Uhr ab Sperrsitz 2,00 M.

Größter Eispalast der Welt

Volksgarten-Theater
Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.
Die Rose von Japan.
Heute: Neue Spezialitäten.

Noachs Theater.
Direktion Robert Hill.
Berlin N., Brunnenstraße 16.
Bete und arbeite.
Schausp. in 5 Akten v. H. v. Braßvogel.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Entrée 30 Pf. bis 1 Mark.
Ehren- und Vergünstigungen gültig!
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Moabiter Wintergarten
Artus-Hof
Parloberger Str. 26, Stendaler Str. 18
Direktion: Karl Pirrau.
6 Madonnen
auf der Bühne.

Clown Jansly
mit seiner Tierfamilie.
M. Wiegmanns
beste Seitkünstler der Welt.
Theater — Spezialitäten.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Marietta Oily
(Kleines Theater)
Guido Herzfeld
(Deutsches Theater)
in ihrem Skotch
„In einer Nacht!“
Soma Balogh
d. Sängerin d. doppelte Kehle
und das große
Variété-Programm.

PASSAGE :: ::
ANOPTIKUM
Das größte Schauetablisement
des Kontinents.
Lebend
der Mann mit der
eisernen
Zunge.
Ein Fakir ohne Nerven.
AGA die schwobende Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entrée.

CLOU

Berliner Konzerthaus
Mauerstraße 82 x Zimmerstraße 90/91.
!!! Heute !!!
Großes Konzert!

Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachm. 4-7: Gr. Promenadenkonzert
bei freiem Eintritt.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Lebende Tierbilder
von nah und fern.

Casino-Theater
Lothring. Str. 37. Täglich 8 Uhr
Abendlich der neue
Berliner Pöffen-Schlager
Der seltsame Holschinsky.
Sonn. nachm. 3 1/2 Uhr: Berühmte
Töchter.

ZOO
LOGISCHER
GARTEN
Täglich:
Großes Militär-
Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Admiralpalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Geöffnet v. 10 Uhr vorm.
In der heißen Jahreszeit
angenehm kühler Aufenthalt.
Abendlich:
Montreal
Die Stadt auf Schlitt-
schuhen.
Neu: Push-Ball-Spiel
Zahlreiche
Kunstlaufproduktionen.
Exquisite Restauration
bis 1 Uhr nachts.
Bis 7 Uhr u. von 10 1/2 Uhr
abds.: halbe Kassenpreise.

Eröffnung Mitte September
Ausstellung
Nordland
auf dem
entsprechend hergericht. Platze
Kurfürstendamm 151
(frühere Rollschuhbahn)
125 Polarbewohner
bei Arbeit, Sport und Spiel.
Wissenschaftliche und lehr-
reiche Darstellungen.
Original-Hütten u. -Zeile.
Hausindustrie.
Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die Meißerringer v. Dirnberg
unter Solotritt.
Nr. 14.
Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 79, Gde Alexanderstr.
Täglich:
Der Pariser Taugenlicht.
Lustspiel in 2 Akten.
Außerdem vielfältig Spezialitäten.
Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag
Tanzkränzen.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 6 Uhr.

Max Kliems
Sommer-Theater
Rudolf Krüger, Salzenheide 13-15.
Täglich: Erstklassige Theater-
und Spezialitäten-Vorstellungen.
Täglich abends 8 1/2 Uhr:
Karl Braun
der Original-Verwandlungskünstler.
Donnerstag: Eilttag.

Volgt-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Heute sowie täglich:
Zu Freud und Leid.
Hochst. mit Gesang und Tanz in
4 Akten von Jacobson und Wilten.
Neue erstklassige Spezialitäten.
Kasseneröffnung 2, Anfang 4 1/2 Uhr.

Volks-Theater.
Rixdorf, Hermannstr. 20.
Sonntag, 10. 9.: Einer von unsere Deut.
Waise in 3 Akten (8 Bildern) von
Pöffen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag, 11. 9.: Die Schuld der
Mutter, Schauspiel in 4 Akten von
Pöffen. Anfang 8 1/2 Uhr.

Gür den Inhalt der Anzeiger
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Partei-Angelegenheiten.

Hildorf. Heute abend 8 1/2 Uhr findet in Hoppes Festsaal (Zah. Bartsch), Hermannstr. 49, die außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins statt. — Tagesordnung: 1. Bericht der Stadtverordnetenfraktion. 2. Diskussion. 3. Wahl eines weiblichen Vorstandsmitgliedes. 4. Verschiedenes. — Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Mariendorf. Heute Dienstag, den 5. September, bei Preuß. AurlaufstraÙe: Öffentliche Versammlung mit dem Thema: „Was fordern wir von dem neuen Gemeindevorsteher?“ Der Vorstand.

Potsdam. Mittwoch, den 6. September, abends 1/9 Uhr: Wahlvereinsversammlung bei Wilhelm. Tagesordnung: Bericht von der Kreisgeneralversammlung und der Provinzialkonferenz. Lokalfrage. — Vor der Versammlung: Kassierung der Beiträge. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Sommerhitze und Säuglingssterblichkeit.

1147 Säuglingssterbefälle in vier Wochen, das ist für Berlin das furchtbare Ergebnis der Periode ganz ungewöhnlicher Sommerhitze, die hier am 22. Juli einsetzte und erst vom 15. August an sich abschwächte.

Die vom Berliner Statistischen Amt ausgeführte Zusammenstellung der Todesmeldungen liegt jetzt für die Woche vom 13. bis zum 19. August vor. Sie schließt ab mit 333 Sterbefällen von Kindern des ersten Lebensjahres, das sind wieder noch mehr als in der vorhergehenden Woche. In den vier Wochen vom 23. Juli bis zum 19. August starben von Kindern des ersten Lebensjahres 223, 282, 309, 333, zusammen 1147, darunter eheliche 161, 216, 238, 258, zusammen 873, uneheliche 62, 66, 71, 75, zusammen 274. Unter den Todesursachen sehen wir in den vier Wochen 76, 93, 106, 136, zusammen 411 Fälle von Darmkatarrh und 30, 57, 94, 85, zusammen 266 Fälle von Pseudocholera, so daß allein diesen beiden Krankheiten 106, 150, 200, 221, zusammen 677 Säuglinge erlagen. In der mit 19. August endenden Woche ist es übrigens auch zu einer plötzlichen Mehrung jener besonders den Säuglingen gefährlichen Erkrankung gekommen, die als „einheimische Cholera“ bezeichnet wird. An ihr starben in den genannten vier Wochen 1, 2, 2, 10, zusammen 15 Säuglinge.

Wie sehr durch Temperaturerhöhungen und Temperaturermäßigungen die Säuglingssterblichkeit gesteigert bzw. abgeschwächt wird, das sah man mit besonderer Deutlichkeit bei Beginn dieser opferreichen Hitzeperiode im letzten Drittel des Juli und dann wieder bei ihrer Unterbrechung um Mitte August. Nachdem noch die mit 22. Juli endende Woche nicht mehr als 117 Säuglingssterbefälle gebracht hatte, wurden aus der folgenden Woche sofort 223 gemeldet. Die plötzliche Zunahme der Säuglingssterblichkeit setzte genau mit dem Tage ein, der auf den ersten ungewöhnlich heißen Tag folgte. Es starben in der Woche vom 16. bis zum 22. Juli an den einzelnen Tagen 16, 15, 11, 20, 14, 25, 16 Säuglinge, dagegen an den einzelnen Tagen der Woche vom 23. bis zum 29. Juli plötzlich 30, 32, 32, 30, 34, 31, 34. Die Zahl der Säuglingssterbefälle hielt sich dann in den nächsten Wochen fast ausnahmslos über 30 pro Tag, überschritt oft 40 und mehrmals sogar 50. In der Woche vom 13. bis zum 19. August brachten schließlich Sonntag, Montag, Dienstag 57, 58, 60 Säuglingssterbefälle, aber dann Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend nur 46, 36, 35, 41. Am Dienstag jener Woche war ein Witterungsumschlag mit plötzlicher Abkühlung eingetreten, und ebenso plötzlich zeigte am Mittwoch sich eine Minderung der Säuglingssterblichkeit.

Aus den Sterblichkeitsergebnissen früherer Jahre ist oft nachgewiesen worden, daß es fast nur die Kinder des Proletariats sind, die unter dem Einfluß der Sommerhitze durch einen raschen Tod hingerafft werden. Bei der besitzenden Klasse, wo auf Ernährung und Pflege des Nachwuchses die weitestgehende Sorgfalt verwendet werden kann, ist von einer Steigerung der dort ohnedies nur geringen Säuglingssterblichkeit auch im Sommer kaum etwas zu merken.

Eine Dampferfahrt ist manchmal wirklich „ein Vergnügen eigener Art“. Wer das mal mit durchgeführt hat, wie da mitunter darauf los gefahren wird, der könnte sich versucht fühlen, künftig vor Antritt einer solchen Fahrt sein Testament zu machen.

Von einer Fahrt, bei der es wieder mal große Aufregung gab, weil die Teilnehmer einen Zusammenstoß fürchten zu müssen meinten, erzählt uns ein Leser unseres Blattes. Am Sonntag voriger Woche (27. August) fuhr er abends mit dem der „Stern“-Gesellschaft gehörenden Dampfer „Alice“ auf der oberen Havel von Heiligensee her nach Tegel, von einem Anschlag mit seinen Angehörigen und mehreren Bekannten heimkehrend. In der Nähe von Tegelort beunruhigte es ihn, daß ein anderer Dampfer, der gleichfalls der „Stern“-Gesellschaft gehörende „Halle“, nahe hinter ihnen sich zeigte und mit ziemlicher Geschwindigkeit hinterherfuhr. Für eine Weile blieb dann „Halle“ zurück, aber in der Mitte des Tegelers Sees wurde er plötzlich wieder ganz nahe bei der „Alice“ sichtbar und zwar diesmal seitwärts. „Bleibt zurück! Ihr gehört hinter uns!“ mahnte der Führer der „Alice“, nach dem „Halle“ hinüberrief. Als Antwort schallte es herüber: „Ihr habt wohl keine Lust mehr?“ „Ihr wollt wohl eure Graborgel spielen?“ erwiderte der Führer der „Alice“, indem er stoppen ließ und mit einer Wendung zur Seite den Kurs seines Schiffes änderte. Sogleich danach fuhr der „Halle“, an dessen Bord sich unter den Passagieren lautes Geschrei, namentlich von Frauen und Kindern, erhob, dicht vor dem Bug der „Alice“ vorüber und nahm dann seinen Kurs nach Tegel zu, während vom Bord der „Alice“ ihm Rufe der Entrüstung nachgeschickt wurden. Aufscheinend hatte der Führer des „Halle“ die „Alice“ überholen wollen, um noch vor ihr in Tegel an einer der dortigen Landungsbrücken anlegen zu können. Das gelang ihm denn auch, und die Mehrzahl seiner Passagiere hatte bereits den „Halle“ verlassen, als erst „Alice“ in Tegel eintraf und anlegte. Unter den der „Alice“ verlassenden Passagieren wurden jetzt nochmals heftige Worte der Entrüstung laut, die sich gegen den Führer des „Halle“ richteten und ihn erkennen ließen, welche Aufregung er durch sein Manöver hervorgerufen hatte.

Wir müssen unentschieden lassen, ob einer der beiden Führer unvorschriftsmäßig gefahren war, und gegen wen etwa dieser Vorwurf erhoben werden darf. Vermutlich handelte es sich um eine gewöhnliche Ueberholung, bei der nur die Entfernung der beiden Schiffe voneinander und die Geschwindigkeit ihrer Fahrt falsch beurteilt worden war. Daß die Passagiere allen Grund gehabt hätten, einen Zusammenstoß zu fürchten, wird uns von mehreren Beteiligten auf das Bestimmteste versichert, und schließlich soll ja auch der „Halle“, wie

von gesagt, ganz knapp vor dem Bug der „Alice“ vorbeigefahren sein. Inneres Frachten sollten Dampfmaschinen namentlich im Abenddunkel derartige Manöver nur mit der größten Vorsicht ausführen, damit jede Gefährdung verhütet und selbst der Schein einer solchen vermieden wird. Alles leicht entsteht unter Passagieren eines am späten Abend heimfahrenden Dampfers schon aus geringem Anlaß eine Panik, die die verhängnisvollsten Folgen haben kann. Es ist so oft bei Dampferfahrten leichtfertig mit Menschenleben gespielt worden, daß man sich nicht wundern kann, wenn das Publikum löffelweise wird. Nach der Schilderung, die man uns gegeben hat, scheint ja die Verunsicherung auf dem „Halle“ noch größer gewesen zu sein als auf der „Alice“. Auf der „Alice“ wurde eine Panik wohl durch den Führer verhütet, der die Passagiere durch Zurufe zur Ruhe mahnte.

In Sachen der städtischen Nord-Südbahn fand gestern, wie angekündigt, eine Besprechung der vom Minister der öffentlichen Arbeiten an dem abgeänderten Projekt gemachten Ausstellungen statt. Es nahmen daran teil: der Dirigent der Verkehrsabteilung des Königl. Polizeipräsidiums, Ober-Reg.-Rat Dr. Haselau, Reg.- und Baurat Meißner von der Königl. Eisenbahndirektion sowie als Vertreter des Magistrats Stadtbaurat Strauß und Magistratsbaurat Weitzel. Die vom Minister geäußerten Bedenken sind vorwiegend technischer Natur und werden sich erst durch eine Ergänzung der zeichnerischen Unterlagen eingehend klären lassen, da im Rathaus die Absicht besteht, mit dem Bau der Nord-Südbahn nunmehr baldigst zu beginnen, so wird die städtische Tiefbauverwaltung die erforderlichen Zeichnungen und Erläuterungen ungesäumt in Angriff nehmen. Von anderer Seite wird berichtet, daß an dem Projekt kaum mehr in Verbindung stehen und zu einem ungeheuren Kostenaufwand führen würden.

Großfeuer in Schöneberg.

Auf dem Bau- und Rüstplatz von Wilhelm Torgau, am Sachsendamm, neben dem Kirchhof der Zwölf-Apostel-Gemeinde in Schöneberg, brach am Sonntagmittag gegen 1 Uhr ein großes Schandfeuer aus, bei welchem außer mehreren Schuppen und Stallungen etwa 40 Schweine, mehrere Ziegen, Hunde und Pferde verbrannten. Da das Feuer infolge des heftigen Windes auch auf den Kirchhof der Zwölf-Apostel-Gemeinde übersprang, mußte die gesamte Schöneberger, sowie ein Zug der Berliner Feuerwehr eingreifen. Ueber den Brand selbst erhalten wir folgende Meldungen:

Am Sachsendamm, in der Nähe des Güterbahnhofes, liegen zahlreiche Rüst- und Holzplätze, auf denen riesige von der Hitze ausgebrütete Holzstapel lagern. Etwas abseits vom Sachsendamm, am Tempelhofer Weg, befindet sich hinter dem Zwölf-Apostel-Kirchhof der Lagerplatz von Wilhelm Torgau. Auf dem etwa 6000 Quadratmeter großen Gelände, das von der Straße durch einen allen kaufmännigen Vorgang abgetrennt ist, hatte seit einiger Zeit der Kriminalschutzmann Roderich eine Schweine- und Ziegenzucht errichtet. Außerdem hatte der Fuhrmann Wahle auf dem nördlichen Teil des Geländes seine Stallungen und Remisen. Gegen 1 Uhr mittags bemerkte ein Stallmann der Firma Janitsch, deren Holzplatz zwischen dem Kirchhof und dem Torgauschen Lagerplatz sich befindet, eine dicke Rauchsäule aus dem Schuppen aufsteigen. Er sowie auch zahlreiche Passanten eilten auf den Torgauschen Lagerplatz, um zu sehen, was es dort gäbe. Bei ihrem Ankommen fanden sie den weiten Platz bereits lichterloh brennend vor. Die Schweinezucht des Kriminalschutzmannes Roderich, in der sich etwa 100 Tiere befanden, stand bereits in Flammen. Die aus Holz errichteten Schuppen drohten bereits einzustürzen und die geängstigten Tiere drängten sich verzweifelt gegen die Tür, um das Freie zu gewinnen. Der Besitzer der Zucht, Herr Roderich, war mit dem Wächter des Platzes gerade zum Mittagessen gegangen, als das Feuer ausbrach. Die Retter, die sich in wenigen Minuten zahlreich an Ort und Stelle einfanden, versuchten zuerst, die 100 Schweine, 10 Ziegen und 2 Pferde aus den Ställen zu ziehen. Obwohl sie furchtlos in die verqualmten und zum Teil schon eingestürzten Gebäude eindringen, vermochten sie nur noch etwa 60 Schweine, 1 Pferd und 2 Ziegen unversehrt ins Freie zu schaffen. Die übrigen Tiere kamen unter den auf sie herabstürzenden brennenden Balken und Brettern elend um. Vier Wackhunde, die mit Ketten an die Stelle gefesselt waren, wurden gleichfalls ein Opfer der Flammen. Die Schöneberger Feuerwehr erschien auf die Meldung „Großfeuer“ mit ihren beiden Zügen. Bei ihrer Ankunft hatte der Brand bereits eine riesige Ausdehnung angenommen. Sämtliche Schuppen, Holzstöße und Gerüste standen unter starker Qualmentwicklung in Flammen und der starke Wind trieb die Glut nach den benachbarten Lagerplätzen hinüber. Ein auf dem Zwölf-Apostel-Kirchhof stehender herrlich gemauertes Lebensbaum fing Feuer und brannte in wenigen Augenblicken ab. Die Flammen griffen dann auf die Gräber über und in wenigen Minuten brannten die verdorrten Grashalme, die Sträucher und kleineren Bäume auf einem Areal von etwa 1000 Quadratmeter. Etwa 120 Gräber wurden durch das Feuer ihres Feuers und Blumenschmuckes beraubt und einige Denkmäler belamen infolge der glühenden Hitze Risse und Sprünge. Die Löscharbeiten gestalteten sich deshalb so schwierig, weil das Wasser 600 Meter weit von den Hydranten am Sachsendamm herbeigeleitet werden mußte. Mit neun Schlauchleitungen griffen die Mannschaften, die unter dem furchtbaren Rauch schwer zu leiden hatten, an, und erst nach zweieinhalbstündiger angestrengter Tätigkeit gelang es ihnen, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Die angrenzenden Lagerplätze wurden ständig unter Wasser gehalten, um ein Uebergreifen des verheerenden Elementes zu verhindern. Der durch den Brand entstandene Schaden wird auf 90 000 bis 100 000 M. beziffert. Am schlimmsten wurde der Kriminalschutzmann Roderich betroffen, der seine Gebäude und die darin befindlichen Tiere erst in den nächsten Tagen versichern wollte. Ueber die Ursache des Brandes arbeiten dauernd bis in die späten Abendstunden und ein starkes Schuhmannsaufgebot hielt die angrenzenden Straßen, in denen sich Tausende von Schaulustigen eingefunden hatten, abgesperrt. Die aus dem obigen Bericht hervorgehende Tatsache von dem Schweinezucht betreibenden Kriminalbeamten dürfte in weiten Kreisen großes Aufsehen erregen.

Was ist's mit der Ferienkolonie Uebigau?

Wir berichteten in Nr. 100 und in Nr. 202 über Erkrankungen in der Ferienkolonie Uebigau. In den Sommerferien waren dort eine Anzahl Ferienkolonisten aus Berlin einer nach dem anderen von einer Krankheit ergriffen worden, die der zu Rate bezogene Arzt immer wieder für Wandeleutzündung erklärte haben soll. Bei einem der krank gewordenen Jungen wurde, nachdem er mit seinen Kameraden nach Berlin zurückgekehrt war, eine Nierenaffektion bemerkt, und am nächsten Tage nach seiner Rückkunft gaben zwei Ärzte das Gutachten ab, daß er etwa drei Wochen vorher eine Schärliche Erkrankung durchgemacht haben müsse. Inzwischen waren von sechs Geschwistern dieses Jungen in den Tagen nach seiner Heimkehr ins Elternhaus nacheinander fünf an Scharlach und eins an Diphtherie erkrankt und schließlich zwei der an Scharlach er-

krankten Geschwister gestorben. Ein anderer Ferienkolonist von Uebigau, der krank mit auf die Heimreise genommen worden war, wurde in Berlin den Eltern als an Wandeleutzündung leidend übergeben. Er mußte hier zwei Tage nachher in ein Krankenhaus gebracht werden und zwei Stunden nach seiner Aufnahme starb er; die ärztliche Todesbescheinigung sagt: an Scharlach und Diphtherie.

An unsere Leser richteten wir die wiederholte Bitte, uns weitere Adressen der in Uebigau gewesenen Ferienkolonisten mitzuteilen, damit in dieser traurigen Angelegenheit wir selber zur Aufhellung des Sachverhalts beitragen könnten, auf die der Berliner Verein für Ferienkolonien uns warten ließ. Einige der in Betracht kommenden Familien sind uns seitdem noch bekannt geworden, teils durch eigene Meldung, teils durch Vermittelung von Personen, denen sie bekannt waren. Was uns da über die Ferienkolonie Uebigau erzählt wurde, hat uns noch mehr in der Ansicht bestärkt, daß vor aller Oeffentlichkeit die Ursache dieses über zwei Familien gekommenen Unglücks klargestellt werden muß, wenn nicht durch den Berliner Verein für Ferienkolonien, der die Kinder nach Uebigau geschickt hatte, so durch die Aufsichtsbehörde, die für Fragen der Gesundheitspflege zuständig ist. Wierzig Kinder waren nach Uebigau geschickt worden, wurden hier in einem Massenquartier untergebracht, siedelten aber nach etwa zwei Wochen in das benachbarte „Waldschlößchen Falkenberg“ über und bezogen da wieder ein Massenquartier. Die „Wandeleutzündungen“ auftraten, sollen Kranke bei den Gesunden in dem gemeinsamen Schlafsaal geblieben sein; nur in einzelnen Fällen habe der Kolonieleiter, sagt man uns, Kranke in sein eigenes Zimmer hineingelagt. Die Krankenpflege sei nicht einer Pflegerin übertragen worden, sondern teils vom Kolonieleiter besorgt worden, teils von einem der gesunden Kolonisten, der den Leiter darin vertreten habe, wenn der mit den anderen Jungen seine Spaziergänge machen mußte. Ein Anabe von vielleicht 13 Jahren sei es gewesen, der Erkrankten fälschliche Umschläge gemacht, ihnen Arznei gereicht, an ihnen die Temperatur durch Einlegung des Thermometers festgestellt habe. Soll man derartiges für möglich und glaubhaft halten? In den Familien, die wir aussuchten, wurde es uns von den Ferienkolonisten übereinstimmend so gesagt.

Auf eine Erklärung des Vereins für Ferienkolonien warteten wir; aber zunächst ließ niemand etwas von sich hören. Erst sieben Tage nach Erscheinen des ersten Artikels über Uebigau erfuhren wir, daß unsere Veröffentlichungen nicht unbeachtet geblieben waren. In der Familie eines der Uebigauer Ferienkolonisten, den wir befragten, wurde uns mitgeteilt, daß soeben der Kolonieleiter Lehrer Schmalpfeffer dagewesen sei und dem Jungen eingeschärft habe, dem Mann vom „Vorwärts“ die Wahrheit zu sagen, falls er komme. Herr Schmalpfeffer habe dann, wohl zu demselben Zweck, sich noch zu anderen Ferienkolonisten begeben, die in dem Stadtteil wohnen. Hat der Herr diesen Rundgang aus eigenem Antrieb unternommen, oder hat er im Auftrag des Vereins für Ferienkolonien gehandelt? Daß die Jungen uns nichts anderes als die reine Wahrheit sagen dürfen, ist selbstverständlich, und wir selber scharfen ihnen das aufs dringlichste ein. Die Wahrheit zu ermitteln, könnte der Vorstand des Vereins helfen, wenn er öffentlich eine genaue Darstellung des Sachverhalts geben wollte. Bis zu dem Augenblick, wo wir diese Zeilen niederzuschreiben, ist noch keine diebezügliche Äußerung des Vereinsvorstandes zu unserer Kenntnis gelangt. Wir richten nochmals an alle unsere Leser die Bitte um Mitteilung weiterer Adressen von Ferienkolonisten, die in Uebigau (zuletzt im „Waldschlößchen Falkenberg“) untergebracht waren.

Liebestragödie.

Eine Liebestragödie hat gestern in früher Morgenstunde mit dem gewaltsamen Tode zweier junger Menschen im Humboldthain einen blutigen Abschluß gefunden. Dort hat um 5 Uhr der 21 Jahre alte Maschinenbauer Bruno Gipp, der bei seinen Eltern in der Wattstr. 3 wohnte, seine Geliebte, die noch nicht ganz 18 Jahre alte aus Freienwalde a. O. gebürtige Arbeiterin Frida Walle, die in der Vellermannstr. 87 wohnte, und sich selbst erschossen. Bruno Gipp war als Dreher in einer Fabrik in der Admiralstraße beschäftigt. Seit Donnerstag voriger Woche blieb er dort weg. Seinen Eltern sagte er nur, sie sollten ihn nicht weiden, er gehe nicht mehr zur Arbeit. Das Mädchen Frida Walle war seit Donnerstag aus der Wohnung des Stiefvaters, eines Arbeitsinvaliden, verschwunden. Sie war mit dem Vermerken weggegangen, daß sie zum Nervenarzt gehen wolle. Wo sie sich seitdem aufgehalten hat, weiß man nicht. Die jungen Leute verkehrten seit 1/2 Jahren miteinander. Die Eltern des Mädchens waren gegen dieses Verhältnis, weil ihre Tochter, die als Näherin in der Kaiser-Wilhelm-Straße beschäftigt war, oft erst spät nach Hause kam. Gipp verließ Sonntagmittag um 4 Uhr seine Wohnung, nachdem er seine Sonntagskleider angezogen hatte. Er hinterließ einen Zettel, auf dem nur stand: „Befomme 150 M. Sterbegehalt.“ Das Kassenbuch lag bei dem Zettel. Wo sich das Paar die Nacht hindurch aufgehalten hat, ist noch nicht bekannt.

Im patriotischen Rausch.

Am Sonnabendabend feierte der Feldwebel Gädke von der 4. Kompanie des Garde-Schützenbataillons mit mehreren Unteroffizieren und Einjährigern und in Begleitung einiger Freundinnen den für Patrioten so wichtigen Sedantag in den heimischen Wingerstudien in der Leipziger Straße. Gädke soll besonders stark gejeht haben. Gegen 1/2 Uhr nachts geriet G. mit mehreren Gästen in Streit. Ehe es jedoch zu Tätlichkeiten kommen konnte, wurde der stark Angetrunkene aus dem Lokal entfernt. Man hob ihn auf den Hof und schloß die Tür. Gädke war nun sinnlos vor Wut, tobte auf dem Hof und wollte in das Lokal zurück. Da ging zufällig der in den Wingerstudien angestellte Koch Wilhelm Brömme über den Hof. Als Gädke ihn sah, zog er ein Dolchmesser und stürzte sich auf den harmlosen Menschen. Ehe dieser sich noch zur Wehr setzen konnte, stach der rasende Feldwebel auf ihn ein. Blutüberströmte sank der Betroffene zu Boden. Auf die Hilferufe des Gestochenen eilten Angehörige des Lokals herbei. Der Feldwebel wurde nun entwaffnet und der Polizei übergeben. Inzwischen war Brömme nach der Unfallstation gebracht worden. Er hatte zwei tiefe Stiche in der Brust und einen in der linken Handgelenke. Nach Anlegung von Verbänden wurde der Schwerverletzte in die königliche Klinik in der Ziegelstraße gebracht. Ob sein Leben gefährdet ist, steht noch dahin.

Familientragödie in der Dycker Straße. Der 40jährige Arbeiter und Harmonikspieler Otto Leber verlor am Samstag über seine traurige Lage sein sechsjähriges Töchterchen Anna zu erschließen und verwundete sich dann selbst durch einen zweiten Schuß in den Kopf schwer. Er ist in der Nacht zum Sonntag in der Charité seiner Verletzung erlegen, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Das Befinden des Kindes ist noch bedenklich. Der Schuß hat ein Auge vollständig erblindet und auch das andere stark beschädigt. Leber war von Beruf Musiker und hatte einst bessere Tage gesehen. Vor einigen Jahren wurde er aber nebenkrank, wozu im Laufe der Zeit noch häuslicher Unfrieden kam. Seine Frau trennte sich schließlich von ihm und strengte die Ehescheidungsfrage an. Durch diesen Schritt verlor den Mann völlig den Gist,

so daß er beschloß, mit seinem Töchterchen zusammen in den Tod zu gehen.

Den Dieb im Finanzministerium glaubt die Kriminalpolizei in einem dreißigjährigen Namen Walter Döring ergriffen zu haben, der wiederholt in den Irrenanstalten Herzberge und Buch gewesen ist. Döring soll der Mann sein, der wiederholt in öffentlichen Gebäuden, im Reichsanzeigerpalast, Finanzministerium und Krankenhäusern aufgetreten ist und bei der Gelegenheit sich Wertgegenstände angeeignet hat. D. wurde dem Untersuchungsrichter zugeführt.

Durch Abwurf vom Dache tödlich verunglückt ist am Sonnabend der Dachbeder Kurt Ring aus der Gubener Str. 27. Ring war auf dem Uebernachtungsgebäude des Rangierbahnhofes Wusternmark mit Reparaturarbeiten beschäftigt. Infolge eines Fehltritts stürzte er aus einer Höhe von 10 Meter ab. Er wurde sterbend nach dem Krankenhaus in Spandau gebracht. Der Tod trat aber schon unmittelbar nach der Einlieferung ein.

Ein schwerer Betriebsunfall hat sich gestern nachmittag in der Wäscherei des Kaiserfelders zugetragen, die sich im fünften Stock des Hauses Laubentz. 40 befindet. Als dort in einer sogenannten Waschtrommel Wäsche gelöscht wurde, öffnete sich durch einen unglücklichen Umstand beim Umdrehen der Trommel ein Verschluß und ein heißer Wasserstrahl wurde herausgeschleudert. Die heißen Wasserstrahlen trafen die in der Nähe stehenden Wäscherinnen Anna Smoda aus der Bergstr. 79 und Wanda Kruschel, die im Kaiserfeld wohnt. Beide erlitten schwere Verletzungen im Rücken und an den Armen. Sie wurden mit einem Krankenwagen des Verbandes für erste Hilfe nach der Charité geschafft. Am schwersten verletzt ist Paula Smoda, die im 28. Lebensjahre steht. Ihre mitverunglückte Kollegin ist vier Jahre älter.

Verhaftung des Spandauer Frauenmörders. Der Spandauer Kriminalpolizei ist es in der Nacht zum Sonntag gelungen, den Mörder der vierzigjährigen Frau Wulfsche aus der Reuendorfer Str. 43 in Spandau, die, wie berichtet, vor acht Tagen auf der Raffenhager Chaussee von Radfahrern erschossen aufgefunden wurde, zu ermitteln und zu verhaften. Es handelt sich um den achtzehnjährigen Schlosser Friedrich Schumann aus der Staakenstr. 6 in Spandau, der auch bereits ein Geständnis abgelegt hat. Nach seiner Behauptung hat er aber die Frau nicht mit Wulfsche, sondern aus Versehen erschossen. Er will Frau Wulfsche auf der dunklen Chaussee getroffen haben, als er mit einer Browningpistole spielte. Durch einen unglücklichen Handgriff sei der Schuß dann losgegangen. Ob diese Angaben richtig sind, muß erst durch weitere polizeiliche Nachforschungen festgestellt werden. Schumann wurde nach dem eingehenden Verhör durch den Kriminalkommissar Marcus am Sonntag nach dem Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert, von wo er dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden soll. In seinem Besitz wurden noch über 50 Patronen gefunden. Die Pistole hat sich Schumann aus Thüringen beschaffen lassen. Mit der Polizei ist er bisher noch nicht in Konflikt geraten. Seine Verhaftung erfolgte auf den sogenannten Spelteswiesen, die etwa 1000 Meter von der Mordstelle entfernt liegen. Durch Kriminalpatrouillen war die dortige Gegend fortgesetzt beobachtet worden. Am Sonnabendabend kurz nach 9 Uhr fiel wieder ein Schuß, und als die Beamten dem Schall nachgingen, fanden sie Schumann vor, der sofort nach Spandau geschafft wurde. Anfangs wollte er von dem Mord nichts wissen, später gestand er aber die Tat ein.

Der Dieb als Gärtner. Der Revolverkampf zwischen Kriminalbeamten und Verbrechern, der sich auf dem Wedding abspielte, hat jetzt dazu geführt, daß auch der Wächter des Hauses Müllerstr. 72a, der 50 Jahre alte Albrecht Schüring, verhaftet worden ist. Er war Verwalter des Hauses Grefenbagerer Straße 14, in dem er wohnt, und zugleich Wächter der Grundbesitzergenossenschaft. Er lernte die Mitglieder der „Weddingkolonne“ vor einiger Zeit kennen und steht unter dem dringenden Verdacht, auf die Einbruchsgelassenheit in der Müllerstraße aufmerksam gemacht und den Verbrechern bei der Tat Vorlauf geleistet zu haben.

Die Raube der Verschmähten. Eine aufregende Szene spielte sich gestern vormittag bald nach 9 Uhr im Hause Barnimstr. 29 ab. Dort verübte ein etwa 23 Jahre altes Mädchen, angeblich ein Dienstmädchen Agnes Weißkopf aus Leipzig, ein Salzsäure-Attentat auf den Schlächtergehilfen Franz Spagner. Eifersucht und verschämte Liebe sollen das Motiv sein.

Ein unmaßhaltiger Kindesmord beschäftigt wieder die Kriminalpolizei. An dem Grundstück Alt-Stralau Nr. 1/2 wurde Sonntagabend aus der Spree die Leiche eines neugeborenen Knaben geborgen, der nach ärztlichem Gutachten gelebt hat und lebensfähig war. Keuchere Verletzungen waren an der kleinen Leiche nicht sichtbar. Nachforschungen nach der Mutter wurden sofort eingeleitet.

Der Kollektionschwinder mit dem Eisbeinchen, der angeblich für den Bau eines katholischen Waisenhauses sammelte und bei dem Gastwirtin Eisbeinchen bestellte, ist gestern in Rixdorf verhaftet worden. Es ist ein 43 Jahre alter wohnungsloser Agent Bruno Koenigsmann, der schon viele Jahre im Justizhaus gesessen hat. Er hatte vor 15 Jahren in Rixdorf eine gute Stellung, gründete damals einen Volksunterstützungsverein, der einen großen Aufschwung nahm, beging dann aber Urkundenfälschungen und lebte seitdem nur vom Schwindel, längere Zeit auch als Privat-Schwinder in Süddeutschland. Ein Rixdorfer Gastwirt, der die Warnung gelesen hatte, ließ ihn gestern festnehmen.

Zu dem Explosionsunglück in der Stralauer Straße erlucht und der Vortier des Hauses, mitzuteilen, daß er mit dem Gasometer von Eisenmann nichts zu tun gehabt habe.

Zeugeneinladung. Am Sonnabend, den 22. Juli, abends gegen 10¹/₂ Uhr, wurde in der Jahnstraße der Unterzeichnete von zwei Schaulustigen verhaftet. Die Art, wie diese Verhaftung und die Abführung erfolgte, lockte eine Anzahl Zuschauer herbei. Der Verhaftete hat die Umstehenden, ihre Adresse bei der „Vorwärts“-Redaktion zu hinterlegen. Da das bis jetzt nicht geschehen ist, werden Benoten des Vorganges gebeten, sich bei R. Vehr, Kronenstraße 11 III, zu melden.

Kabarett im Olympia-Park, 3. September. Das reichhaltige Programm des Tages brachte sowohl Flieger- wie Dauerrennen mit erstklassiger Besetzung. Der Große Flieger-Preis über 1200 Meter (1000, 500, 400, 250 M. ergab im Endlauf, der von den Ersten der fünf Vorläufe bestritten wurde, den Sieg von Walter Müti vor D. Meyer, Schürmann, H. Meyer, die dicht gefolgt das Ziel passierten, während W. Wend wie als Vierter endete. Der Große Sommer-Preis über 50 Kilometer (2000, 1800, 1500, 1200, 1000 M.) vereinigte neun Fahrer, und zwar Demke, Dickentmann, Galvin, Graf, Janke, Linart, Miquel, Nijer und Walthour, die zunächst zwei Vorläufe bestritten, von denen je die beiden Ersten und der schnellste Dritte sich in einem Endlauf trafen. 1. Vorlauf (50 Kilometer): 1. Janke 44 Min. 5¹/₂ Sek., 2. Linart, 500 Meter 3. Galvin, 346 Meter 4. Nijer, 4410 Meter, 5. Graf, weit zurück. Das Rennen lag nur zwischen Janke, der von Anfang bis zum Schluß an erster Stelle war, und Linart, der beim 40. Kilometer nur 270 Meter hinter Janke lag und erst zum Schluß die erste Runde verlor; die anderen blieben gleich anfangs zurück. — 2. Vorlauf: 1. Walthour in 39 Min. 59¹/₂ Sek.; 2. Miquel, 820 Meter; 3. Demke, weit zurück. Dickentmann war auf der Bahn, fuhr aber nicht mit. Demke wurde schon in den ersten 10 Kilometern überholt; nach dem 30. Kilometer, wo er 2030 Meter zurück war, mußte er das Rad wechseln, vermochte sich auch dann nicht zur Geltung zu bringen. — Der Endlauf über 50 Kilometer brachte einen spannenden Kampf zwischen Walthour und Janke. Der Amerikaner ging als erster ins Rennen vor Janke, Galvin, Miquel und Linart.

Erst vor dem 40. Kilometer konnte Walthour seinen Widerstand überholen, der bei 40 Kilometer mit 480 Meter im Rückstand war, dann aber zum Schluß so gut fuhr, daß er Walthour wieder erreichte, zu passieren und von seinem Rückstand über eine halbe Runde aufzulösen vermochte. Walthour beendete die 50 Kilometer in 40 Minuten 5 Sekunden vor Janke (100 Meter), Miquel (1200 Meter), Linart (3310 Meter) und Galvin (3550 Meter zurück). Walthour fuhr eine Ehrenrunde, an der auch Janke teilnahm. — September-Handicap. 600 Meter. 50, 50, 30, 20 M. Endlauf: 1. Schmittchen (25 Meter Vorgabe), 2. Fr. Stellbrink (25), 3. Fr. Hoffmann (20), 4. Lorenz (10). In drei Vorläufen 40 Fahrer. — Tandemfahren. 2400 Meter. 800, 250, 200, 150 M. 1. H. Mayer-Lorenz, 2. Müti-D. Meyer, 3. Kowald-Münzner, 4. Fr. Hoffmann-Stellbrink. — Die Rennen endeten ohne Unfall bei hereinbrechender Dunkelheit gegen 7¹/₂ Uhr bei gutem Besuch.

Ueber Bord gestürzt und ertrunken. Von einem traurigen Geschehnis ist der 47 Jahre alte Schiffer Wilhelm Scholz betroffen worden. Sch. der sich auf der Fahrt nach Berlin befand, wurde, als der Kapitän die Obersee entlang fuhr, in dem Augenblick, als er am Steuer stand, plötzlich von einem Ohnmachtsanfall heimgeführt. Er stürzte rückwärts zu Boden, fiel über Bord und verschwand in den Fluten. Obwohl der Vorgang beobachtet worden war und sofort Rettungsversuche unternommen wurden, sollte es nicht gelingen, den Verunglückten zu bergen. Der Ertrunkene hinterläßt eine zahlreiche Familie.

Die Dachstuhlbrände werden in Berlin und den Vororten zu einer großen Kalamität. Am Sonntag wurden solche Brände aus der Rauhaustr. 23, Wilmertstr. 2 und vom Südlicher Ufer 5 gemeldet. Gestern früh um 9 Uhr stand der Dachstuhl des Hauses Reinickendorfer Straße 19 in großer Ausdehnung in Flammen. Die Jäger 21 und 23 mußten längere Zeit Wasser geben, um den Brand an weiterer Ausdehnung zu verhindern. Die Ursache dieser Brände konnte mit Sicherheit nicht festgestellt werden, weil sie bei ihrer Entdeckung schon so weit vorgeschritten waren, daß die Entscheidung schwer festzustellen war. Gleichzeitig mußte gestern früh ein großer Kellerbrand in der Vaidingstraße 20 gelöscht werden. Dort brannten Polstermaterialien, Holz, Gängegerät und anderes unter großer Qualmentwicklung. Der Rauch wollte nicht abziehen, er füllte das ganze Grundstück ein. Um an den Brandherd zu gelangen und Wasser mit Erfolg geben zu können, mußten drei Rohrführer Rauchschubapparate anlegen. Ferner hatte die Feuerwehr in der Stragburger Straße 88 zu tun, wo ebenfalls der Dachstuhl gestern früh in Brand geraten war. Als die Feuerwehr erschien, war der Boden bereits vollständig verunreinigt, so daß der Angriff sehr erschwert war und über mechanische Leitern vorgegangen werden mußte. Neben diesen und den schon gemeldeten größeren Bränden kamen noch über 20 kleinere zum Ausbruch.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung lehnte in ihrer gestrigen Sitzung den Antrag, die Errichtung eines Kolonialkriegerdenkmals an einen Ausschuß zu überweisen, mit 17 gegen 17 Stimmen ab. Die Magistratsvorlage wurde hierauf mit 18 gegen 13 Stimmen ebenfalls abgelehnt.

Lichtenberg.

Ein erschütterndes Drama hat sich in der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag in dem Hause Scheffelstr. 2 abgepielt. Dort wohnte seit längerer Zeit die 33jährige Witwe Marie Glas mit ihrem achtjährigen Sohn. Die Frau, deren Gatte Gerichtsbeamter gewesen, hing mit abgöttischer Liebe an ihrem einzigen Kinde. Frau Glas kränkelte seit etwa einem halben Jahr und befand sich in der Behandlung eines Arztes. Obwohl dieser seiner Patientin wiederholt versicherte, daß das Leiden in absehbarer Zeit behoben werden würde, bildete sich die G., in daß sie nicht mehr lange zu leben haben werde. Ihre größte Sorge war dann immer bei solchen Gesprächen, was dann wohl aus ihrem armen Kinde werden würde. Am Sonntagvormittag bemerkten Hausbewohner, daß aus der Wohnung der Witwe ein intensiver Gasgeruch hervorbrang und da auf wiederholtes Klopfen an der Tür die Witwe nicht öffnete, so schickte der Hausverwalter zu einem in der Nähe wohnenden Schlosser, der die Tür erbrach. Im Schlafzimmer fand nun die inzwischen hinzugekommene Polizei Frau Glas und deren Sohn tot in ihren Betten leise nebeneinander liegen. Die Gasbäume waren geöffnet und beide Personen infolge des ausströmenden Leuchtstoffes bewußtlos. Es wurden nun sofort Mannschaften der Feuerwehr mit einem Sauerstoffapparat requiriert und ebenso die Kräfte der Rettungswache. Nach etwa einstuündigem Bemühen gelang es Frau G. wieder ins Leben zurückzurufen, während der schwerleidende Knabe bewußtlos blieb. Beide Personen wurden mittels Krankenwagens nach der Charité gebracht. Dort ist der Knabe im Laufe des Tages gestorben, während die Mutter, die als Vollzeitanhängerin eingeliefert wurde, am Leben erhalten werden wird.

Wegen eines gewaltigen Dachstuhlbrandes wurde am Sonntagabend um 9 Uhr die Lichtenberger Feuerwehr nach der Wilmertstraße 2 an der Frankfurter Allee alarmiert. Als die Wehr an der Brandstelle eintraf, war diese total verqualmt. Um an den Brandherd zu gelangen und diesen festzustellen, mußte erst gründlich Luft gemacht werden. Das Dach wurde an mehreren Stellen eingeschlagen und dann, als die Flammen mächtig emporloberten, kräftig Wasser gegeben. Die Wilmertstraße war vollständig in Qualm eingehüllt. Die Hausbewohner, von Schreien erfüllt, brachten sich und die Kinder in Sicherheit. Die Feuerwehr ging von mehreren Seiten unter Benutzung einer mechanischen Leiter wieder vor und es gelang dann auch die Flammen auf den Dachstuhl des Vorderhauses zu beschränken. Die Entstehung konnte am Abend nicht mehr ermittelt werden.

Akkordarbeit ist Mordarbeit, aber auch Schandarbeit! Die Fundamente unserer öffentlichen Gebäude scheinen bei den Unternehmern, soweit diese mit der Stadt Geschäfte machen, im gewissen Sinne als Ausgleichsobjekte angesehen zu werden, inwiefern in den meisten Fällen die im Wege des Submissionsverfahrens zu vergebenden Arbeiten an den Mindestfordernden vergeben werden.

Beim Turmbau in der Möllendorferstraße wurden bekanntlich die Fundamente mit zusätzlich neben der Baustelle liegenden, der Gemeinde gehörigen Pflastersteinen verfüllt! Natürlich ohne Wissen und Willen des Unternehmers! Die bösen Arbeiter! Der Unternehmer wurde später — Stadtverordneter!

Kun wurde endlich der Krankebau begonnen. Sicherlich, um die Sünden derer, die solange den Bau verzögert haben, etwas wieder gut zu machen, will die Firma Geld u. Franke den Bau beschleunigen und läßt daher die Fundamente durch Akkordarbeiter ausführen. Die Akkordarbeiter wollen natürlich verdienen, selbst auf die Gefahr hin, daß alle Regeln der Baukunst in den Wind geschlagen werden. Und wenn die Gesellen 90 Mark die Woche herauszubringen, dann soll auch die Firma Geld u. Franke nicht leer ausgehen. Jetzt hat der Stadtbaurat der Akkordmanerei ein vorzeitiges Ende bereiten müssen. Ein Aufstöhnen der bisherigen Arbeit zeigt eine so nichtswürdig liebliche Ausführung, daß die ganze Gesellschaft vom Bau gesagt werden möchte und die Baukommission demnach die Regrehanprüche an die Firma stipulieren muß!

Wilmersdorf-Galeuse.

Ueber den Jenner Parteitag referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Harber. Die darauf folgende Inzeratenteil veranw.: H. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Diskussion ergab über die Reichsversicherungsordnung einige Meinungsverschiedenheiten mit dem Referenten. Genosse Haubold ergründete die Mitglieder, die Wählerlisten, welche vom 1. bis 15. September ausliegen, einzusehen, damit auch jedem sein Wahlrecht gesichert sei. Genosse Engelhardt gab bekannt, daß die 88. Verlaufsliste der Konsumgenossenschaft in der Auguststr. 3 eröffnet ist und ermahnte die Mitglieder, ihren Bedarf nur dort zu decken. Genosse Grassow hat im 1. Bezirk seinen Posten als Bezirksführer niedergelegt, an dessen Stelle hat Genosse Lebnhagen den Posten provisorisch übernommen. In die Kinderkommission wurde als Ersatz für die aus Wilmersdorf verzogene Genossin Tölle die Genossin Frau Vahr, Pfalzburger Str. 73, gewählt.

Rixdorf.

Zu dem Betriebsunfall am Freitag abend im Dampfagewerk von Köpfe, Ganner Chaussee, teilt uns die Firma mit, daß die Schutzvorrichtungen den polizeilichen Vorschriften der Berufsgenossenschaft entsprechen haben, als sich der tödliche Unfall ereignete. Polizei und Gewerbeinspektion hätten den Betrieb nach dem Unfall beaufsichtigt und die Schutzvorrichtungen im vorgeschriebenen Zustande befunden.

Steglitz.

Ueber die kriegerischen Tendenzen des Kapitalismus hielt Genosse Düvel in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins einen interessanten und zeitgemäßen Vortrag, der die volle Aufmerksamkeit der Versammelten fand. Bei der hierauf folgenden Berichterstattung der Lokalkommission kam zum Ausdruck, daß der Vorloht gegen den Albrechtshof mit allem Nachdruck gefordert werden müsse. Der Schloßpark dagegen sei für den persönlichen Verkehr freigegeben, da der Oekonom desebelben seinen Saal seiner politischen Partei zur Verfügung stellen will. In die Kinderkommission wurden die Genossinnen Hater, Arnold, Lange und Ziedemann gewählt. Bei der kürzlich stattgefundenen Agitation wurden für den „Vorwärts“ 84 Abonnenten gewonnen; für den Wahlverein 34 Mitglieder. Der Bericht über die Kreis- und Verbandsgeneralversammlung wurde der vorgeschrittenen Zeit wegen von der Tagesordnung abgesetzt. Der Vorsitzende Genosse Viedt machte noch auf das Programm des Bildungsausschusses aufmerksam. Das Thema des ersten Vortrages am 5. September lautet: „500 Jahre Hohenzollern-Dynastie“.

Große Anstrengungen verursachten der hiesigen Feuerwehr am gestrigen Montag drei gefährliche Dachstuhlbrände. Der erste Brand kam gestern früh in der Wilmertstraße zum Ausbruch. — Einer gefährlichen Situation sah sich die Wehr gegenüber, als gestern abend 1¹/₂ Uhr in der Albrechtstraße 14a Feuer ausbrach und eine halbe Stunde später, noch ehe der Brand gelöscht war, in der Alsenstr. 16 der Dachstuhl in Flammen stand. In der Albrechtstraße drohte der Giebel auf die Straße zu stürzen. Die hiesige Feuerwehr erhielt in dieser schweren Lage Verstärkung durch die Vanköyter und Friedenauer Wehren. In allen Fällen wird Brandstiftung vermutet.

Pankow.

Ein großer Dachstuhlbrand kam gestern nachmittag in der Kaiser-Friedrich-Straße 53 zum Ausbruch. Das Feuer wüthete im Dachgeschoss des Vorderhauses und gewann schnell an Ausdehnung, so daß von Strahnpassanten auch die Berliner Feuerwehr alarmiert wurde. Der darauffolgende anrückende Berliner Löschzug trat aber nicht in Tätigkeit, da die Pankower Feuerwehr schon einen umfassenden Löschangriff mit drei Kohren ausführte. Von dem Dachstuhl war nur wenig zu retten. Die Ursache des Feuers ist nicht ermittelt.

Nieder-Schönhausen.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung wurde zunächst Gemeindevorstand Thormann in sein Amt als Schöffe eingeführt. Nachdem wurde mitgeteilt, daß das Jahr 1910 einen Ueberschuß von 31 807,76 M. gebracht habe; diese Summe soll dem Ausgleichsfonds zugeführt werden. Gemeindevorstand Veder (Vertreter der Beamten) stellte die Anfrage, ob er auf sein zweimaliges Schreiben an den Gemeindevorstand, bezüglich der Vorgänge vom 14. Juli dieses Jahres, eine Antwort erwarten darf. In der Sitzung vom 14. Juli fand bekanntlich unter anderem auch ein Besuch der Lehrpersonen um Abänderung der Besoldungsordnung auf der Tagesordnung. In der Diskussion trat Herr Veder energisch für die Lehrerschaft ein. Da der Etat in diesem Jahre nicht noch mit größeren Mehrausgaben belastet werden konnte, wurde das Gesuch gegen die Stimme des Herrn Veder abgelehnt. Der Bürgermeister hielt Herrn Veder damals entgegen, daß es ja leicht sei, zu allem „Ja“ zu sagen, man dürfe die Angelegenheit aber nicht nur als Vertreter der Beamten beurteilen, sondern auch als Gemeindevorstand. Dadurch fühlte sich Herr Veder beleidigt und blieb mehreren Sitzungen fern. In zwei Schreiben ersuchte er den Gemeindevorstand, daß die ihm nach seiner Ansicht zugehörige Beleidigung vom Bürgermeister zurückgenommen werde, was jedoch nicht geschah. Auf seine mündliche Anfrage ließ ihm nun der Gemeindevorstand durch den Bürgermeister mitteilen, daß der Gemeindevorstand beschlossen habe, die Angelegenheit zu den Akten zu legen. Damit dürfte der Fall Veder erledigt sein, der unter den Beamten eine große Aufregung verursacht hatte. Zur Teilnahme von Lehrern an einem Ausbildungskursus für Jugendpflege wurden von der Schuldeputation 100 M. gefordert. Genosse V e r e i t m a n n protestierte gegen die Bewilligung dieser Summe, jedoch wurden die 100 M. mit schwacher Mehrheit bewilligt. Die Klassenbeamten haben den Wunsch ausgesprochen, ihnen die Hebesgebühren von 66 M. für die zwangsweise Einziehung der Kirchensteuer zu überweisen. Von den einzelnen Rednern wurde gewünscht, die Kirchensteuer mit den Gemeindesteuern zu erheben. Ganz richtig führte Bürgermeister Abraham aus, daß es nicht vorteilhaft für eine Gemeinde sei, kirchliche und kommunalpolitische Interessen miteinander zu verquiden. Die Angelegenheit wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Ein Redner betonte noch, daß gerade die Vollziehungsbeamten von der Verteilung ausgeschlossen worden seien, denen bei der Einziehung der Steuern mitunter wenig schmeichelhafte Redensarten an den Kopf geworfen würden. Die Wahl eines Mitgliedes zur Schuldeputation, zum Kuratorium der höheren Schulen, sowie zur Armendeputation an Stelle des zum Schöpfen gewählten Vertreters Thormann wurde in die nächste öffentliche Sitzung verlegt. Aus welchem Grunde dies geschah, teilte der Bürgermeister gar nicht mit. Die Anleihe von 410 000 Mark ist vom Kreisausschuß genehmigt worden. Eine längere Debatte zeitigte die Bewilligung der Kosten zur teilweisen Umarbeitung des Bebauungsplanes. Das Ministerium hatte mitgeteilt, daß der Bebauungsplan den modernen Anforderungen in bezug auf Verkehr und Gesundheit der Einwohner nicht mehr genüge und einer Umarbeitung bedürfe. Diese Abänderung kann sich jedoch nur auf die Teile des Ortes beziehen, die noch nicht bebaut sind. Nach längerer Debatte wurde eine Kommission gebildet, die sich eingehend damit beschäftigen soll. — Wie der Gemeindevorstand A. Kuhlmann nunmehr zu dem in die nächste öffentliche Sitzung verschobenen Punkt 7 der Tagesordnung mittelste, hat ihn der Vorsitzende der Beamtenvereinigung und Gemeindevorstand Herr Veder, nachdem er in das Kuratorium für die höheren Schulen gewählt worden war, bei dem Provinzial-Schulkollegium als dieses Postens unwürdig demanzert unter Einsetzung von Ausschnitten aus den „Nieder-Schönhausener Nachrichten“. Er, A. K., bemerkt, daß kurze Zeit vorher Herr Veder in seiner Wohnung von ihm ein kollegialisch empfangen und aufgenommen worden sei. Er halte es für seine Pflicht, die Aufmerksamkeit der Gemeindevorstand auf diesen neuen Zweig kollegialer Tätigkeit hinzulenken und auch diese Tatsachen hiermit der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Es folgte eine längere nichtöffentliche Sitzung, die bis 10 Uhr abends dauerte.

Kaufmännische Kranken- und Sterbekasse von 1885. (S. 71.) Heute abend 8 Uhr im Restaurant Bärenstr. 18/19: Sitzung. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.